

# Umwelt und Sport

## Umweltschutz

Die Magistratsabteilung 22 für Umweltschutz ist in mehrere Bereiche gegliedert. Seit der Umstrukturierung im Jahr 1992 gibt es ein „Technisches Dezernat“ und ein „Rechtsdezernat“. Geleitet wird das „Technische Referat“ vom Abteilungsleiter und das „Rechtsdezernat“ vom Abteilungsleiterstellvertreter. 1993 konnte sich dieses neue Organisationsmodell erstmals für ein ganzes Jahr lang bewähren. Die folgende Gliederung zeigt die Organisationsstruktur der Abteilung im Detail: Der Abteilungsleitung zugeordnet ist die Stabstelle mit Budget, EDV-Angelegenheiten und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Kanzlei. Das Dezernat „Rechtliche Angelegenheiten“ besteht aus dem Referat 1 (Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes), Referat 3 (Natur- mit Landschaftspflege) und Referat 6 (Abfallwirtschaft), das Dezernat „Technische Angelegenheiten“ aus dem Referat 2 (Lärmbekämpfung und Schallschutz), Referat 4 (Bodenschutz und Altсанierung), Referat 5 (Luftreinhaltung), Referat 7 (Lobau) und dem Referat 8 (Luftmeßnetz). Insgesamt waren in den einzelnen Referaten, der Kanzlei und der Stabstelle, mit dem Stichtag 13. Dezember 1993 61 Personen in der Abteilung beschäftigt. Davon waren 22 A-Beamte, 22 B-Beamte, 7 C-Beamte, 6 D-Beamte, 2 Facharbeiter und 2 Amtsgehilfen.

Im Jahr 1993 fielen in der Abteilung insgesamt 10 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz und 8.067 sonstige Akten an. Es langten 7.913 Einladungen der MA 35, 614 Einladungen der MA 36, 584 Einladungen der MA 37 und 3.350 Einladungen der MA 46 zu Verhandlungen ein. An diesen Verhandlungen nahmen die Mitarbeiter der Abteilung teil oder gaben schriftlich ihre Stellungnahmen ab. Wenn eine Teilnahme nicht notwendig schien, ließen sich die Mitarbeiter schriftlich entschuldigen.

Zu den Aufgaben des Referates 1 für rechtliche Angelegenheiten zählt vor allem die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes bzw. der Stadt Wien. Im Rahmen der legistischen Tätigkeit wurde 1993 in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen, Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Darüber hinaus ist das Referat für die Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene verantwortlich. Neben der Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen, auf dem Gebiet des Umweltrechtes, führte das Referat 1 auch den Vorsitz in der Nationalparkvorbereitungs- und Klimabündnis-Kommission. Auch im Bereich Schulung, Ausbildung und Prüfung z. B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlicher Geschäftsführer oder Umweltberater waren die Mitarbeiter des Referates tätig. Zahlreiche Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft, die fachliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten, die Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des Abfallwirtschaftsgesetzes sind nur einige weitere Beispiele aus dem umfangreichen Aufgabengebiet, das dieses Referat zu erfüllen hatte. Im Detail umfaßte das Tätigkeitsfeld des Referates für Rechtsangelegenheiten im Jahr 1993 die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen, Ausarbeitung/Stellungnahme zu Gesetzen und Verordnungen, Aufgaben in Kommissionen und Arbeitsgruppen, Aufgaben im Bereich Schulung und Ausbildung, Rechtsauskünfte, Information und Beratung sowie Aufgaben im Bereich Kontrolle und Überprüfungen.

Die Behördentätigkeit des Referates 1 umfaßt die Vollziehung der umweltrelevanten Bundes- bzw. Landesgesetze. Dazu gehören auf Bundesebene das Abfallwirtschaftsgesetz, das Chemikaliengesetz, das Ozongesetz, das Smogalarmgesetz, das Luftreinhaltegesetz, das Umweltinformationsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz. Speziell das Abfallwirtschaftsgesetz ist eines der arbeitsintensivsten und umfangreichsten Gesetze, dazu den zahlreichen bereits bestehenden Verordnungen im Jahr 1993 zusätzlich noch fünf weitere in Kraft getreten sind. Die neuen Verordnungen des Abfallwirtschaftsgesetzes, die 1993 in Kraft getreten sind, waren die Verordnung über die Trennung von Bauabfällen, BGBl. Nr. 259/1991 (in Kraft getreten am 1. 1. 1993), Verordnung über die Kennzeichnung von Verpackungen aus Kunststoffen, BGBl. Nr. 137/1992 (in Kraft getreten am 1. 1. 1993), Verordnung über die Rücknahme von Kühlgeräten, BGBl. Nr. 408/1992 (in Kraft getreten am 1. 3. 1993), Verordnung über die Ausnahme bestimmter Abfälle von der Bewilligungspflicht für die Durchfuhr (Ausnahmeverordnung), BGBl. Nr. 232/1993 (in Kraft getreten am 7. 4. 1993), sowie die Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen bestimmter Warenreste (Verpackungsverordnung), BGBl. Nr. 645/1992 (in Kraft getreten am 1. 10. 1993). Auf Grund des Abfallwirtschaftsgesetzes wurden 1993 insgesamt 107 Verfahren durchgeführt, und zwar 15 Verfahren nach § 4 (Feststellungsbescheide), 12 Verfahren nach § 9 (anlagenbezogene Abfallvermeidung und Prüfung von Abfallwirtschaftskonzepten), 59 Verfahren nach § 15 (Erlaubniserteilung zur Sammlung oder Behandlung von gefährlichen Abfällen), 2 Verfahren nach § 28 (Genehmigung für bestimmte Abfallbehandlungsanlagen), 16 Verfahren nach § 29 (konzentriertes Genehmigungsverfahren für bestimmte Abfallbehandlungsanlagen), 3 Verfahren nach § 32 (Berufungsbescheide gegen Behandlungsaufträge). Im Rahmen der konzentrierten Genehmigungsverfahren sind bei jeder Errichtung, jeder wesentlichen Änderung oder Inbetriebnahme derartiger Anlagen auch die Bestimmungen des Gewerbe-, Wasser-, Forst-, Berg-, Luftfahrts-, Schifffahrts-, Luftreinhalte-, Rohrleitungs- sowie des Eisenbahnrechts und des Baurechts anzuwenden. Im Bereich der Gesetze auf Landesebene wurden das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Umweltschutzgesetz sowie das Landesdurchführungsgesetz zum Washingtoner Artenschutzabkommen vom Referat I vollzogen.

Im Rahmen der legislativen Tätigkeit wurden Gesetze und Verordnungen bearbeitet oder ausgearbeitet, und zwar die Novelle zum Wiener Naturschutzgesetz, Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Umweltschutzgesetz, das Wiener Landesgesetz zur Durchführung des Washingtoner Artenschutzabkommens, der Wiener Smogalarmplan und die Geschäftsverordnung für den Rat der Sachverständigen für Umweltfragen. Darüber hinaus mußten umfangreiche Stellungnahmen im Rahmen von Begutachtungsverfahren zu Bundesgesetzentwürfen (z. B. Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes, Umweltinformationsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gutachtens oder die Novellierung des Altlastensanierungsgesetzes) sowie von Verordnungsentwürfen (z. B. Elektronikschrottverordnung, Druckereierzeugnisverordnung, Deponieverordnung) abgegeben werden. Auch für die Ausführung zahlreicher Erlässe des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie zeichnete das Referat verantwortlich, genauso wie für das Studium der EG-Richtlinien und des *acquis communautaire*.

Die Aufgaben im Bereich von Kommissionen und Arbeitsgruppen umfassen die Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechts (drei Umweltreferentenkonferenzen und Naturschutzreferentenkonferenz), die Organisation der Umsetzung der Klimabündnisziele in Wien und Leitung der Klimabündnis-Kommission, die Mitgliedschaft und der Vorsitz in der Nationalparkvorbereitungskommission (Abfallwirtschaft, Chemikaliengesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gutachten) sowie die Führung der Geschäfte des Naturschutzbeirates und der Unterkommission gemäß der Verpackungsverordnung.

Die Aufgaben im Bereich Schulung und Ausbildung bestehen in der Abhaltung von Vorträgen, insbesondere auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, in der rechtlichen Ausbildung und Prüfung der Wiener Naturwacheorgane und der Erarbeitung eines Skriptums für diese Ausbildung, in der Durchführung von Prüfungen abfallrechtlicher Geschäftsführer sowie der Einschulung der Umweltberater durch Informationsveranstaltungen.

Die Aufgaben im Bereich Rechtsauskünfte, Information und Beratung umfassen die Erteilung von Rechtsauskünften an andere Referate, Magistratsabteilungen und Privatpersonen, die Erstellung von Merkblättern für Genehmigungsverfahren nach § 15 und § 29 AWG, die Erarbeitung von Stellungnahmen und Antwortentwürfen für den amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Sport sowie die fachliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten, die Aufgaben im Bereich Kontrolle und Überprüfungen, die Kontrolle des Begleitscheinsystems auf Einhaltung der Abfallnachweisverordnung, die Überprüfung des Ausgangs (beantragter) Verwaltungsstrafverfahren, die fachliche Unterstützung der Unterbehörden z. B. bei Verfahren nach § 32 AWG, bei Erteilung/Nichterteilung von Giftbezugslicenzen oder Bewilligungen zur Baumentfernung sowie die Durchführung und Anordnung von Überprüfungen gemäß § 33 AWG.

Die Bediensteten des Referates 2 für Lärmbekämpfung und Schallschutz arbeiten als technische Sachverständige bei Planungsprojekten der MD-BD sowie als Amtssachverständige in erster Instanz bei verschiedensten Bauverfahren der Baupolizei und gewerbebehördlichen Verhandlungen der magistratischen Bezirksämter. In Behördenverfahren nach der Bauordnung, der Gewerbeordnung und dem Abfallwirtschaftsgesetz stellt das Referat auch Amtssachverständige in zweiter Instanz. Als weitere Schwerpunkte sind unmittelbare Lärmmessungen und die Beurteilung von Lärmbelästigung durch Betriebe und Verkehr (Kfz und Schienenfahrzeuge) anzuführen. Hierbei ist auf die Messungen von Bau-, Industrie- und Gewerbelärm hinzuweisen, die auch außerhalb der üblichen Dienstzeit durchzuführen sind. In der Zeit von 22 bis 2 Uhr früh finden überwiegend Begehungen von Gaststätten, Diskotheken, Freiluftveranstaltungen und anderen Vergnügungseinrichtungen statt. Das Referat führt diese Tätigkeiten im Auftrag der magistratischen Bezirksämter, der MA 7, der MA 15 und des Administrationsbüros der Bundespolizei durch. Insgesamt wurden 1.700 Messungen bei Tag, 600 bei Nacht sowie 300 Baulärmmessungen durchgeführt, um 300 mehr als im Jahr 1992. Im Rahmen seiner umfangreichen Beratungstätigkeit steht das Referat der Bevölkerung auch als Auskunftsstelle bei Lärmproblemen jeder Art, aber auch bei Fragen zur möglichen Ausbreitung von Schadstoffen zur Verfügung, wie zum Beispiel bei befürchteten Lärm- oder Schadstoffimmissionen durch Garagen, Parkplätze vor Supermärkten oder in sensiblen Hofbereichen.

Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Anfragen der damit befaßten Bezirksvertretung oder der amtsführenden Stadträte werden bearbeitet und erforderliche Antwortentwürfe ausgearbeitet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Meßwerterfassung computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Schadstoffe. Während Lärmquellen in der Regel Normen und Richtlinien entsprechen, wurden die maßgeblichen Emissionsdaten für Kfz-Abgase mit Prognosen bis zum Jahr 2000 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Verbrennungsmotoren an der Technischen Universität Wien ermittelt. Auf Grund dieser Arbeit konnte den medizinischen Erfordernissen des Jahres 1993 in Hinblick auf das von der MA 15 festgestellte toxische Potential von Benzol und Ruß Rechnung getragen werden. Die Software der Simulationsprogramme zur Abschätzung der Schadstoffausbreitung im Nahbereich von Emissionsquellen wurde wesentlich verbessert. Die Darstellung der Rechendaten ist nicht wie bisher in Tabellenform abfragbar, sondern die Konzentrationen von Schadstoffwolken werden durch verschiedene Farbkodierungen (rote Bereiche für Grenzwerte) nun auch in grafisch anschaulicher Weise dargestellt. Durch eine Weiterentwicklung des ÖNORM-Modells für kleinere und mittlere Emittenten können nun auch die Immissionskonzentrationen bei windschwachen Wetterlagen berechnet werden (Stille-Modell). Das vorhandene Gauss-Modell wurde modifiziert, so daß mit Hilfe von Simulationsmodellen auch Ausbreitungsmechanismen von Stäuben erfaßt werden. Einen Schwerpunkt in der Verbesserung des umwelttechnischen

Beurteilungsinstrumentarium bildete die Erstellung eines Computerprogrammes zur Abschätzung der Schadstoffausbreitung bei Störfällen. Somit kann auch die bodennahe Ausbreitung schwerer Gase abgeschätzt werden.

Verschiedene Projekte und Forschungsarbeiten wurden erstellt:

Im Zuge der Vorarbeiten für die Großstudie Wien wurde ein Konzept für eine vereinfachte Umwelterhebung erstellt. Die Arbeiten an diesem Projekt werden 1995 abgeschlossen. Im Jahr 1993 wurde der Schienenverkehrslärmkataster fertiggestellt. Dieser Kataster berücksichtigt sowohl die Bereiche Immission wie Emission. Für 1994 ist geplant, auf der Basis dieses Katasters, Vorprojekte für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenstrecken zu erstellen. Mit dem Lärmausbreitungsmodell wird es möglich sein, sowohl projektbezogen als auch für Flächenwidmungsverfahren und für Bürgerdiskussionen Lärmprognosen zu erstellen. Im Jahr 1993 begannen nach der abgeschlossenen Testphase die projektbezogenen Arbeiten und die Weiterentwicklung dieses Computermodells. Im Genehmigungsverfahren ist zur Schadstoffemission zunehmend auch der Schadstoffpfad abzuschätzen. Zu diesem Zweck wurde eine Literaturstudie über den Einfluß von Gebäuden auf Strömungsfelder in der Luft verfaßt, die den derzeitigen Stand der Übereinstimmung von Simulationsversuchen und Feldversuchen darlegt.

An folgenden internationalen Normenausschüssen waren die Bediensteten beteiligt: FNA 138 Akustik, FNA 170 Schwingungen, FNA 208 Schallschutz und Bauakustik im Hochbau, Arbeitsgruppe 138.03 Terminologie, ÖAL 30, Arbeitsgruppe 138.09 Schallausbreitung, Arbeitsgruppe 138.12 Geräuschmessung an Maschinen, Arbeitsgruppe 138.14 Schalltechnische Beurteilung von Gastgewerbebetrieben, RVS 3.114 Lärmschutz, FVS Arbeitsgruppe Stadtstraßen, Arbeitsausschuß Knoten innerort, RVS 3.931 Arbeitsausschuß Querschnittsgestaltung. Bei der Weiterentwicklung der ÖNORM 9440 zum Thema „Ausbreitung von luftverunreinigenden Stoffen in der Atmosphäre“ wurde mitgearbeitet, ebenso im Arbeitskreis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Bundesländer zum Thema „Ausbreitung von Schadstoffen aus kleinen Quellen im Nahbereich von Emissionsquellen“.

Die grundlegenden Ziele des Referates 3 – Naturschutz und der Landschaftspflege sind im „Wiener Naturschutzgesetz 1984“ festgelegt. Das Referat 3 bemüht sich, schutzwürdige Landschaften und Landschaftsteile einschließlich seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräume zu sichern. Raum- bzw. systembezogene Umweltfragen wie Stadtentwicklung, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung sowie die Schutzgebietsplanung erfolgt schwerpunktmäßig im Referat für Naturschutz und Landschaftspflege. Das Aufgabengebiet dieses Referates läßt sich am besten in die zwei Fachgebiete „Naturschutz“ und „Stadtökologie“ zusammenfassen. Die Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 1993 lagen beim behördlichen Naturschutz, beim Informationssystem für Naturschutz und Stadtökologie, beim Biotopmonitoring, bei der Wienerwaldforschung im Systemzusammenhang, beim Fachausschuß Landschaftshaushalt/Landschaftsbild im Rahmen der Internationalen Alpenschutzkonvention, bei den konzeptiven Überlegungen für ein Naturschutzgesetz, beim Karstforschungsprogramm und bei der Nationalparkvorbereitung.

Im Rahmen des behördlichen Naturschutzes wurden im Jahre 1993 insgesamt 52 Verwaltungsverfahren nach dem „Wiener Naturschutzgesetz 1984“ durchgeführt. Insgesamt waren es 42 Anträge auf Erteilung von naturschutzbehördlichen Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten und 3 Genehmigungen zum Fangen von Tieren. Ferner wurde ein Naturgebilde zum Naturdenkmal erklärt und die Unterschutzstellung von vier Naturgebilden widerrufen. Im Bereich des Internationalen Artenschutzes wurden insgesamt 453 Bescheinigungen nach dem Übereinkommen über den Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen ausgestellt.

Anfang des Jahres 1993 konnte mit der Erstellung eines fachspezifischen Informationssystems für Naturschutz und Stadtökologie auf der Basis bereits vorhandener Daten und der laufenden Projekte begonnen werden. Vorerst wurde ein geografisches Informationssystem erarbeitet, das die Biotopkartierung Wien, die Kulturlandschaftstypengliederung und zum Teil auch die Naturdenkmäler enthält. In dieses System sind auch Daten anderer Abteilungen wie die Realnutzungskartierung oder die generalisierte Flächenwidmung eingegeben, die vor allem für die Sachverständigenarbeit von wesentlicher Bedeutung sind.

Als Grundlage des Biotopmonitorings sind geografische Daten und Fachdaten aus der Luftbildinterpretation zu verwalten. 1993 wurden die Klassifikationsarbeiten für das Biotopmonitoring abgeschlossen. Somit konnten auch die endgültigen Informationsinhalte festgelegt werden. Als Arbeitsgrundlage ist aus der Mehrzweckkarte der MA 41 für die inneren Bezirke eine spezielle Grünflächenkarte erstellt worden. Als Produktionsergebnis liegen nun die stadtökologisch relevanten Daten der Grünausstattung der inneren Bezirke vor. Mit der Integration dieser Daten in das Informationssystem für Naturschutz und Stadtökologie wurde ebenfalls noch 1993 begonnen.

1993 wurde die Zustandserhebung des Wienerwalds abgeschlossen. Der Schlußbericht wird für das erste Halbjahr 1994 erwartet. Nun wird versucht, ein EDV-gestütztes Systemmodell zu realisieren. Dieses Modell soll die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Faktoren, die den Wald beeinflussen, und ihre spezifischen Auswirkungen verdeutlichen. Mit Hilfe dieses Systems sollen auch Prognosen und Trends zur Entwicklung des Waldzustandes berechnet werden. Bedeutsam für die Fortführung dieses Projektes sind, wie sich bei Expertengesprächen herausgestellt hat, die rechtlichen, sozialen und politischen Dimensionen der den Wald beeinflussenden Faktoren. Praktisch bedeutet das, daß Verpflichtungen, Interessen und Einstellungen der im und mit dem Wienerwald beschäftigten Handlungspartner mit in die Wirkungsanalyse aufzunehmen sein werden. Weiters wurden EDV-Fortschritte bei Daten-

banken, Bilderfassung, Bildspeicherung und Bilddarstellung sowie Neuentwicklungen im multimedialen Bereich laufend beobachtet.

Eine besondere Aufgabe des Referates für Naturschutz und Landschaftspflege bildet die Leitung des CIPRA-Fachausschusses Landschaftshaushalt/Landschaftsbild. 1993 wurde, bedingt durch die intensive fachliche Diskussion, der Teilaspekt „Landschaftsbild“ inhaltlich erweitert. Bei den Begriffsbestimmungen wurde der ehrgeizige Versuch unternommen, Begriffe mit hoher Abstraktion für jedermann klar erkennbar zu formulieren. Im methodischen Teil des Leitfadens wurden erste Ansätze für die Charakterisierung der Landschaftselemente als ökologische Parameter und die Analyse der Wirtschaftsweise im Hinblick auf eine lebensraumbewahrende, nachhaltige Raumnutzung formuliert. Mit deren Hilfe soll die Beurteilung des Landschaftshaushaltes erfolgen.

Die konzeptiven Überlegungen zur Novellierung des Wiener Naturschutzgesetzes konnten 1993 abgeschlossen werden. Wesentlicher Aspekt der fachlichen Überlegungen war die Definition von Funktionstypen. Das Institut für örtliche Raumplanung der Technischen Universität Wien und das Institut für Landschaftsgestaltung der Universität für Bodenkultur waren in diesen Prozeß miteingebunden. Als Ergebnis einer längeren Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten einer Differenzierung des Wiener Stadtgebietes wurden auf Grundlage der wissenschaftlichen Arbeiten von Prof. Moser und Prof. Schacht folgende Funktionstypen herausgearbeitet:

- dichtbebaute Wohn- und Mischgebiete mit geringem Reproduktionspotential
- dichtbebaute Wohn- und Mischgebiete mit vorhandenem bzw. ausbaufähigem Reproduktionspotential
- Einzelhaus- und verdichtete Einfamilienhausbebauung
- sonstige Standorte (Verkehrsflächen, Deponien usw.)
- Parkanlagen und Großerholungsgebiete
- Brachen
- Agrarräume
- Wälder

Die ökologischen Funktionstypen sollen mit dazu beitragen, die Dynamik, die der Natur und der Stadt eigen ist, zu berücksichtigen.

Ziel des Karstforschungsprogramms ist die Erarbeitung von Grundlagen bzw. Voraussetzungen für ein Zukunftskonzept „Trinkwasser“. Neue Entwicklungen im mitteleuropäischen Raum, eine steigende Bevölkerungszahl und verschärfte Qualitätsnormen für die Wasserversorgung lassen länderübergreifende, gemeinsame Wasserversorgungsanlagen aktueller denn je erscheinen. Das Karstwasser ist eine der bedeutendsten Trinkwasserreserven im alpinen Raum. Bis zu einem Drittel der österreichischen Bevölkerung wird mit Trinkwasser aus dem Karstgebiet versorgt. Über die komplizierten Abläufe, die Karst entstehen lassen, ist jedoch noch sehr wenig bekannt. Aus diesem Grund wurde die „Forschungsinitiative Karst“ weiter vorangetrieben. Das Karstphänomen im Rax-Schneeberg-Gebiet wurde kartierungsmäßig erfaßt und bewertet. Für die Wasserwirtschaft erscheint die Erstellung eines geologisch-hydrogeologischen Modells für die Erkundung noch nicht erschlossener Karsttiefenwasser sinnvoll. Für den Schneeberg wurde eine vegetationskundliche Hochlagenkartierung als Pilotstudie durchgeführt. Neben der Definition von Kartierungseinheiten nach Vegetationsaufnahmen an möglichst verschiedenen Stellen und anschließender Vegetationsanalyse soll im Frühjahr 1994 im Rahmen dieser Forschungsinitiative geklärt werden, wie weit diese vegetationskundliche Kartierung hydrogeologisch brauchbar ist.

Von der mit der Nationalparkplanung beauftragten Marchfeldkanal Planungs- und Errichtungs-Gesellschaft wurden die Vorbereitungsarbeiten im Jahr 1993 abgeschlossen und dem Naturschutzbeirat über die Ergebnisse berichtet. Die Gesellschaft soll in den kommenden beiden Jahren Aufklärungsarbeiten im Hinblick auf die Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung leisten.

Zu den Hauptaufgaben des Referates 4 für Bodenschutz und Altlastensanierung gehörten die Tätigkeit als chemisch-technische Amtssachverständige im Rahmen wasserrechtlicher Bewilligungsverfahren und die Mitwirkung an Behördenverfahren. Diese Behördenverfahren bezogen sich einerseits auf die Sanierung oder Sicherung von Verdachtsflächen und Altlasten und andererseits auf die Einleitung von Maßnahmen zur umweltschonenden Beseitigung von Abfallstoffen und Abbruchmassen aus Gewerbe- und Industrieanlagen, die mit boden- oder wassergefährdenden Stoffen kontaminiert sind. Als Basis für die Tätigkeit als chemisch-technische Amtssachverständige im Rahmen wasserrechtlicher Bewilligungsverfahren dient das Wasserrecht bzw. die 1990 in Kraft getretene WRG-Novelle (Wasserrechtsgesetz-Novelle), das Altlastensanierungsgesetz (ALSAG) und das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG). Die Emissionsverordnungen der WRG-Novelle enthalten Emissionsgrenzwerte für die Einleitung von Abwässern in Fließgewässer sowie in öffentliche Kanalisationsanlagen. Durch eine Immissionsverordnung wird die Gewässergüte für Fließgewässer geregelt. Aufgabenschwerpunkte im Rahmen der Amtssachverständigkeit waren die Abfassung von Stellungnahmen zu Einreichprojekten bezüglich Grundwasser-, Gewässer- und Bodenschutzaspekten aus der Sicht des Umweltschutzes, sachverständige Begutachtung anlässlich der Teilnahme an Verwaltungsverfahren, insbesondere im Rahmen des WRG (Wasserrechtsgesetzes) und die sachverständigen Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen betreffend WRG, ALSAG und AWG.

Der Sanierung oder Absicherung von Altlasten und Verdachtsflächen sowie der Einleitung von Maßnahmen zur Beseitigung von kontaminierten Abfallstoffen und Abbruchmassen aus aufgelassenen Gewerbe- und Industrieanlagen kommt ein hoher Stellenwert im Bereich des kommunalen Umweltschutzes zu. An den 1993 dazu notwendigen

Behördenverfahren war dieses Referat ebenfalls beteiligt. Vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie wurde ein Altlastenatlas und Verdachtsflächverzeichnis aufgelegt und zur öffentlichen Einsichtnahme freigegeben. Damit verbunden war eine Fülle von Anfragen über jene Altlastenflächen, die im Bundesland Wien bekannt sind. Darunter fielen auch Fragen zu früher gewerblich oder industriell genutzten Betriebsstandorten und zur Bewertung der möglicherweise dadurch entstandenen Schadstoffbelastungen. Außerdem wurden andere Referate der Abteilung bei der Betreuung der Probennahme- und Sammelstellen für Regen und Staubbiederschläge sowie bei der Behandlung von Baulärmbeschwerden personell unterstützt.

Die Begutachtung als Sachverständige im Zuge sämtlicher in Betracht kommender Verwaltungsverfahren bildet einen wesentlichen Schwerpunkt in der Arbeit des Referates 5 für Luftreinhaltung. Diese Gutachten bezogen sich 1993 hauptsächlich auf Verwaltungsverfahren nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kessel. Außerdem unterstützte das Referat die Kollegen des Luftmeßnetzes bei der Durchführung der Aufgaben, die vom Ozongesetz vorgeschrieben werden. Zahlreiche schriftliche oder telefonische Anfragen sowohl von den Dienststellen der Stadt Wien als auch von Betrieben und Privatpersonen wurden ebenfalls beantwortet. Diese Anfragen betrafen neben dem großen Thema Luftschadstoffe und Luftreinhaltung auch die verschiedensten anderen Gebiete, die mit Luftreinhaltung kaum etwas zu tun hatten. Sie wurden jedoch vom Referat 5 soweit wie möglich beantwortet, wenn es offensichtlich war, daß es bei Gemeinde, dem Land und dem Bund keine dafür zuständige Verwaltungsdienststelle gab. Auch das Thema Innenluft, das nicht mehr in den Arbeitsbereich des Referates fällt, war häufig Gegenstand solcher Anfragen.

Im Rahmen der Expertenkommission für Sanierungsmaßnahmen von CKW-Anlagen wurden Grundlagen für die Sanierungsmaßnahmen von Böden im Bereich von Betrieben mit CKW-Anlagen geschaffen. Außerdem werden gemeinsam mit dem Umweltbundesamt Messungen der Raumluftbelastung, die durch solche Anlagen entstehen kann, durchgeführt.

Das Referat 5 hat auch die Expertenkommission zur Erarbeitung von Emissionsgrenzwerten für Kleinf Feuerungsanlagen beschickt und in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Umweltbundesamt die Schadstoffbilanzen mehrerer Altölverbrennungsanlagen untersucht.

Die fachliche Betreuung der mit den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland in Auftrag gegebenen Studie über „Ozongesetzliche Sofortmaßnahmen“ lag ebenfalls im Aufgabenbereich des Referates 5.

Ebenfalls zu erwähnen ist die Mitwirkung im Beirat zur Vergabe des Umweltzeichens, der vom Bundesministerium für Jugend und Familie eingerichtet worden ist, und die Mitarbeit in den einschlägigen Arbeitsgruppen des FNA Luftreinhaltung des Österreichischen Normungsinstitutes.

Das Abfallwirtschaftsgesetz ist die wichtigste Grundlage für die Aufgaben des Referates 6 für Abfallwirtschaft. Die damit in Zusammenhang stehende Sachverständigentätigkeit zählte zu den Hauptaufgaben dieses Referates, dessen Mitarbeiter auch bei den gewerblichen und baubehördlichen Verwaltungsverfahren als Sachverständige beigezogen wurden. Insgesamt haben die Mitarbeiter an rund 130 solcher Verhandlungen teilgenommen. Weitere Schwerpunkte in der Tätigkeit des Referates für Abfallwirtschaft bildeten folgende Bereiche:

- Erteilung und Überprüfung von Genehmigungen für das Sammeln und Behandeln von gefährlichen Abfällen nach § 15 des AWG
- Genehmigungsverfahren für Abfall- und Altölbehandlungsanlagen nach § 28 und § 29 des AWG
- Begutachtung von Abfallwirtschaftskonzepten nach § 45 des AWG
- Begutachtung von Asbestsanierungsprojekten sowie Verfahren und Einsätze als Hauptsachverständige im Rahmen von Asbest-Sofortmaßnahmen nach § 32 des AWG
- Erhebung von Abfallmengen und Überprüfung der Entsorgung
- Tätigkeiten im Rahmen der Vollziehung der Abfallnachweisverordnung
- Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen, die für die Umweltschutzabteilung relevant waren
- Stellungnahmen zu Bewilligungen für die Einfuhr und Ausfuhr von Abfällen oder Altölen
- Kontrolle von Meldedaten
- Aufgaben im Bereich Information und Beratung
- Mitarbeit in Gremien und Fachausschüssen
- Beschäftigung mit neuen Technologien

1993 gab es einige neue Verfahren für die Behandlung von gefährlichen Abfällen im Zuge von Genehmigungen gemäß § 15 des AWG. Nach diesem Paragraphen muß jedem Abfallsammler bzw. Abfallbehandler eine Erlaubnis ausgestellt werden, bevor er seine Tätigkeit ausüben darf. Bevor diese Genehmigung erteilt wird, werden nicht nur die Behandlungsmethoden, die Zwischenlagermöglichkeiten und die fachlichen Fähigkeiten überprüft, sondern auch eine schriftliche, informative Befragung durchgeführt. Im Jahr 1993 wurden insgesamt 24 Genehmigungen zum Sammeln und Behandeln gefährlicher Abfälle erteilt. Zusätzlich wurden 16 Betriebsanlagen überprüft, die bereits im Jahr 1992 eine derartige Erlaubnis erhalten hatten.

Die Arbeitsschritte am Beispiel eines Ansuchens um eine Genehmigung nach § 15 AWG sind, wie folgt:

1. Telefonat mit dem Werber
2. Zusendung eines Merkblattes, das Auskunft über die Vorgangsweise und die dafür notwendigen Unterlagen gibt
3. Terminvereinbarung für ein Bürogespräch

4. Büroggespräch, in dem die speziell auf die Bedürfnisse des Werbers abgestimmten Details besprochen werden. Bei diesem Gespräch ist jedesmal auch ein Jurist des Referates für rechtliche Angelegenheiten dabei.
5. Behandlung des schriftlichen Antrags, Sichtung und Beurteilung der Unterlagen, die mengenmäßig oft dem Umfang eines A 4-Ordners oder mehr entsprechen.
6. Anforderung noch notwendiger ergänzender Unterlagen
7. Lokalaugenschein vor Ort beim jeweiligen Unternehmen
8. Informativ Befragung des abfallrechtlichen Geschäftsführers, in der seine Sachkenntnis überprüft wird. Auch in dieser Phase wird wieder ein Jurist des Referates für rechtliche Angelegenheiten beigezogen.
9. Schriftliche Stellungnahme, die an das Referat für rechtliche Angelegenheiten weitergeleitet wird.

Nach dem § 15 des AWG hat der Landeshauptmann eine Liste zu führen, in der die Sammler und Behandler von Abfällen und Altölen verzeichnet sind. Deshalb wurden 125 Bescheide, die nach § 11 Sonderabfallgesetz und § 15 AWG erteilt worden sind, auf ihre Gültigkeit überprüft und anschließend dem Büro des Magistratsdirektors zur Veröffentlichung im Amtsblatt zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Vollziehung des § 28 (Genehmigung von Abfall- und Altölbehandlungsanlagen), des § 29 (Genehmigung von besonderen Abfall- und Altölbehandlungsanlagen) wurde an 16 Genehmigungsverfahren teilgenommen. Bei derartigen Verfahren muß ein großer Zeitaufwand einkalkuliert werden, da bereits vor der Einreichung des Projektes regelmäßig mehrere Vorbesprechungen und oftmals auch während des Genehmigungsverfahrens noch zusätzliche Verhandlungen notwendig sind.

Betriebe, die mit dem Stichtag 1. 7. 1990 mehr als 100 Arbeitnehmer beschäftigen, müssen gemäß § 45 des AWG ein betriebliches Abfallwirtschaftskonzept erstellen und auf Verlangen der Behörde vorlegen. 1993 wurden insgesamt 35 Abfallwirtschaftskonzepte begutachtet. Da die Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten bei den betroffenen Betrieben mit einer Vielzahl von fachspezifischen Fragen verbunden ist, gewinnt die Beratungs- und Informationstätigkeit immer mehr an Bedeutung. Darüber hinaus werden sowohl innerhalb wie auch außerhalb des Magistrates Vorträge zum Thema Abfallwirtschaftskonzept gehalten, z. B. in der Verwaltungsakademie und der MD-Gruppe Umwelttechnik.

Auf dem Gebiet der Asbestproblematik zählt das Referat für Abfallwirtschaft zu den renommiertesten in Österreich, vor allem auf dem Gebiet der Entwicklung von Richtlinien zur Entsorgung von Asbeststaub und asbesthaltigen Materialien. Die vom Referat 6 diesbezüglich ausgearbeiteten Auflagen wurden vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie als Erlaß vom 30. März 1992 herausgegeben. 40 Sanierungsprojekte wurden 1993 begutachtet. Als Hauptsachverständige im Rahmen von Sofortmaßnahmen gemäß § 32 des AWG haben die Mitarbeiter in 12 Verfahren mit insgesamt 31 Einsätzen teilgenommen. 1993 wurden auch die Möglichkeiten überprüft, einen Asbestkataster Wiens anzulegen und dem Stadtratbüro darüber berichtet. Vorträge zum Thema Asbest in den verschiedensten Gremien, z. B. beim Asbestsymposium oder bei der Innung der Bodenleger, runden den Tätigkeitsbereich des Referates ab.

Gemäß dem Erlaß des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, der die Behandlung von Abfällen aus dem medizinischen Bereich regelt, wurden in Wien insgesamt 30 Zahnarztordinationen überprüft. Kontrolliert wurde, ob die vorgeschriebenen Amalgamabscheider auch ordnungsgemäß montiert und die anfallenden, gefährlichen Abfälle auch richtig entsorgt werden. Auch die Wiener Sammler und Behandler von Amalgam sind 1993 überprüft worden. Zu beiden Kontrollen wurde dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ein entsprechender Bericht übermittelt. Weiters wurde bei allen 53 städtischen und privaten Krankenanstalten der Stadt Wien schriftlich angefragt, ob den gesetzlichen Verpflichtungen in bezug auf die Entsorgung von gefährlichen Abfällen entsprochen wird. Zusätzlich wurden auch die Abfallmengen erhoben. Auch in der Farb- und Lackindustrie sind Abfallmengen eruiert und die fachgerechte Entsorgung kontrolliert worden. Ebenfalls geprüft wurden die Mistplätze der MA 48. Ungefähr 20 Beschwerden und Anzeigen wegen unsachgemäßer Entsorgung von Autowracks, Kühlschränken, medizinischer Abfälle usw. wurden 1993 bearbeitet.

Eine der Aufgaben des Referates besteht auch in der Vollziehung der Abfallnachweisverordnung. Die folgende Tabelle beschreibt die Art der Tätigkeiten und den Arbeitsumfang in diesem Bereich.

#### Art und Anzahl der einzelnen Tätigkeiten

Art	Anzahl
Meldungen gemäß § 4 der ANVO über den Anfall von gefährlichen Abfällen und Altöl .....	1.550
registrierte Parteien im Zuge dieser § 4 Meldungen .....	162
Eingang an Begleitscheinen .....	52.721
Anzahl der erfaßten Begleitscheine einschließlich Rückstand aus dem Vorjahr .....	89.084
erstellte Datenauswertungen für Betriebsrevisionen der MA 36 und der Magistratischen Bezirksämter .....	574
übermittelte Überprüfungsbögen, resultierend aus diesen Revisionen .....	759
bearbeitete Überprüfungsbögen .....	105

Aus der Sicht der Sachverständigen wurden vom Referat 6 insgesamt 10 Gesetze, Verordnungen und Richtlinien begutachtet, die für die Umweltschutzabteilung relevant sind. Im Rahmen von Feststellungsverfahren gemäß

§ 4 AWG wurden 15 Beurteilungen über die Gefährlichkeit von Abfällen abgegeben. An der Erstellung des Erlasses über die Abfallwirtschaftskonzepte, der vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie herausgegeben worden ist, hat das Referat ebenfalls mitgearbeitet.

Gemäß § 34 und § 35 des AWG bedarf die Ein- und Ausfuhr von Abfällen oder Altölen der Bewilligung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie. 1993 wurden in diesem Zusammenhang 20 Stellungnahmen verfaßt und an das Ministerium übermittelt.

Allen Betrieben mit mehr als 250 Arbeitnehmern und regelmäßig anfallenden gefährlichen Abfällen wird durch den § 9 des AWG vorgeschrieben, daß der Inhaber einen Abfallbeauftragten zu bestellen und der Behörde bekanntzugeben hat. Insgesamt 50 solcher Meldungen wurden 1993 registriert.

Um eine effektive Gesetzesanwendung zu gewährleisten, ist eine umfangreiche, unterstützende Informationsarbeit notwendig. Vom Referat 6 werden Vorträge zum Thema Abfallwirtschaft gehalten sowie Merkblätter und Informationsschreiben an Interessensvertretungen verfaßt. Bürgerinformation und Bürgernähe sind für dieses Referat kein Fremdwort. 1993 sind rund 8.000 telefonische Anfragen von Betrieben und Privatpersonen behandelt worden. Hauptsächlich wurden Auskünfte zum Thema Abfallwirtschaftsgesetz samt den dazugehörigen Verordnungen sowie zur Behandlung oder Entsorgung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen erteilt. Sehr oft richten auch Landtagsabgeordnete Anfragen zum Thema Abfallwirtschaft an das Büro des Stadtrates für Umwelt und Sport. Das Referat 6 ist dann mit der Erarbeitung von Antwortentwürfen betraut. Vorträge z. B. beim Symposium „Raumverträglichkeitsprüfung“ an der Technischen Universität Wien, das Verfassen von Fachartikeln z. B. in den Zeitschriften „WASTE“ und „PERSPEKTIVEN-SPEZIAL“, aber auch die Beratung bei raumbezogenen Angelegenheiten im Bereich der Stadtentwicklung gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Referates.

An folgenden Fachnormenausschüssen und Gremien war das Referat 6 im Jahr 1993 beteiligt:

- Gremien: ÖGUT (Asbeststudie),  
ÖSKOSORTA (Baustoff-Recycling)
- Fachnormenausschüsse: AG 199.05 „Verfahrenstechnik“  
AG 139.32 „Faserförmige Stäube“  
FNA 058 „Heizungsanlagen“  
FNA 157 „Abfallwirtschaft“
- „Umweltnetzwerk“: Vertretung der Stadt Wien bei dieser Kooperation mit der Bank Austria und der Wiener Handelskammer
- „Abfalldatenverbund“: EDV-Koordination des Abfalldatenverbundes

Auf Grund der Vielfältigkeit des Aufgabenbereiches auf einem relativ neuen und innovativen Gebiet kommt der Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. 1993 haben Mitarbeiter des Referates an insgesamt 20 Tagungen im In- und Ausland teilgenommen. Im Bereich der neuen Technologien auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft wurden Schwerpunkte in den Bereichen „Recycling von Alautos“, „Elektronikschrott“, „Immobilisierung von Schadstoffen“ und „Mechanisch-biologische Abfallbehandlung“ gesetzt.

Das Umweltlabor (Referat 7) sieht sich als „Serviceeinrichtung“ für die übrigen Referate der Abteilung. Auch für andere Magistratsdienststellen wird das Labor der Abteilung im Amtshilfverfahren tätig, wenn der Einsatz eines der übrigen Labors des Magistrats (Prüfanstalten wie z. B.: MA 15, MA 39, MA 60 – Lebensmitteluntersuchungsanstalt) weder von der Problemstellung noch aus Kostengründen zu rechtfertigen wäre. Bezüglich der Ausstattung des Labors war 1993 als Jahr der technischen Aufrüstung und Anpassung an den Stand der Technik anzusehen. So konnten im Laufe des Jahres sowohl ein neues IR-Spektrofotometer (FTIR MATTSON 1020) als auch ein Titrierautomat (METTLER DL 25) angeschafft und mit großem Erfolg eingesetzt werden. Zum Jahresende gelang es, dann noch die Schwermetallanalytik des Labors auf den neuesten Stand zu bringen. Die rund 20 Jahre alte Apparatur (AAS PERKIN ELMER 360) konnte durch ein ICP/MS (PERKIN ELMER ELAN 5000) ersetzt werden. Diese Neuanschaffung stellt einen „Quantensprung“ in der Schwermetallanalytik für das Labor der Abteilung dar. Damit wird es nicht nur möglich, noch weiter und genauer in den Spurenbereich vorzudringen, sondern auch mehrere Elemente gleichzeitig zu bestimmen. Bei gleichem Meßaufwand steht somit mehr umweltrelevante Information zur Verfügung. Dieser Umstand macht die Durchführung umfangreicher Studien, wie die erweiterte Bodenuntersuchung auf verschiedenste umweltrelevante Schwermetalle, möglich. Der Analysenaufwand des Labors im Jahr 1993, berechnet auf der Basis der Tarife für Zivilingenieure im Bereich technischer Chemie, entspricht 2,5 Millionen Schilling (einschließlich Probennahme). Die Hauptaktivitäten des Jahres 1993 lagen im Detail in den Bereichen WADOS-Untersuchungen der Regeninhaltsstoffe, Untersuchung von Staubniederschlägen, Kühlschranksentsorgung, Leuchtstoffröhrenentsorgung, CKW-Messungen in Wohnungen, Bürgerfragen, Bürgerbeschwerden sowie Amtshilfeersuchen anderer Dienststellen. Regelmäßige Untersuchungen von Regenproben wurden durchgeführt und ein jährlich erscheinender Bericht über die Regeninhaltsstoffe in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien erstellt. Ebenso wurden Staubinhaltsstoffe nach den Vorschriften des Forstgesetzes untersucht und ein jährlicher Bericht darüber an die MA 49 verfaßt. Untersuchungen zur Effizienz von Kühlschranksorgungsanlagen, besonders zur Eliminierung von FCKW aus den Isolierschäumen, wurden vorgenommen. Weiters wurden Untersuchungen über die Fortschritte bei der Rückgewinnung von Quecksilber im Zusammenhang mit der Entsorgung von Leuchtstoffröhren durchgeführt und die Einhaltung der Emissionsvorschriften überprüft. CKW-Messungen in Wohnungen bei

vorliegenden Beschwerden oder Verdachtsmomenten im Zusammenhang mit Putzereien oder metallverarbeitenden Betrieben waren vorzunehmen. Aus den verschiedenen Anfragen und Beschwerden von Bürgern, die an das Labor herangetragen wurden, sollen nur einige aufgezählt werden, um die Vielfalt der Themen zu dokumentieren: „Ruß vom Kraftwerk“ im Garten wurde als Kies vom Dach identifiziert, „weißes Gift“ auf Spazierweg erwies sich als Mehl, das zur Markierung von Joggingrouten verwendet worden ist, beim „Giftattentat“ Flecken auf Teppich war keine Kontamination feststellbar, „gelber Staub“ im Garten war Thermoputz vom Nachbarn, diverse Geruchsbelästigungen in Wohnungen wurden untersucht.

Amtshilfeersuchen anderer Dienststellen wurden erfüllt: So wurden regelmäßig monatlich Deponien und Planierungen in Zusammenarbeit und auf Ersuchen der MA 45 überprüft. Schmelzwasser auf Straßen und deren Randbereichen wurden dahin untersucht, ob es zu Kalium- und Chloridablagerungen durch die Verwendung alternativer Auftaumittel kommt. Weiters wurde die Eluier- bzw. Deponierbarkeit von Straßenkehricht (MA 29) festgestellt, vergleichende Untersuchungen (Methodenvergleich) bei CKW-Bestimmungen (MA 39) vorgenommen, Bodenkontamination im Bereich ARENA (MA 26) untersucht und CO<sub>2</sub>-Messungen in Brunnen des Grundwasserwerkes Lobau (MA 30) durchgeführt.

Selbstverständlich sollen die Untersuchungen der mittel- und langfristigen Trends der Schadstoffkonzentrationen fortgesetzt und eventuell ausgebaut werden. Deshalb ist für 1994 eine Wiederholung der Untersuchung des Wiener Bodens auf Schwermetalle geplant. Auf Grund der nun verbesserten Ausstattung wird sich diese Untersuchung nicht nur auf Blei und Cadmium beschränken, sondern noch weitere umweltrelevante Elemente beinhalten. Generell muß auch die Flexibilität und Mobilität des Labors erweitert werden. Dies wird im nächsten Jahr unter anderem durch die Aufnahme einer B-Chemikerin geschehen. Gleichzeitig ist es speziell für ein behördliches Umweltlabor unerlässlich, ein Qualitätssicherungssystem aufzubauen. Auch damit soll im kommenden Jahr begonnen werden. Auf Grund des 1993 vorgenommenen Investitionsprogrammes ist die Ausstattung des Labors der Abteilung weitgehend modern und entspricht dem Stand der Technik. Selbstverständlich ist gerade am Sektor der Umwelanalytik eine ständige Modernisierung und Adaptierung der Geräte und Methoden notwendig, so daß auch für die nächsten Jahre weitere Anschaffungen notwendig sein werden. Neben Kleininvestitionen (Tischabzug, Kühlschrank) soll 1994 ein „Head-space“-Sampler für die Gaschromatographie angeschafft werden, um speziell auf dem Sektor der leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffe und Chlorkohlenwasserstoffe eine höhere Reproduzierbarkeit und einen größeren Probendurchsatz zu erreichen.

Die Hauptaufgaben des Referates 8 – Luftmeßnetz bestanden einerseits im Betrieb, in der Wartung und im Ausbau des Luftmeßnetzes, andererseits in der Durchführung der stationären und mobilen Schadstoffmessungen. Die Luftmeßwerte wurden von den Mitarbeitern beurteilt, aufbereitet, anschaulich dargestellt und veröffentlicht. Zahlreiche Anfragen zur Luftsituation in Wien wurden ebenfalls behandelt. Bei Smogalarm- und Ozonwarnungen hatte das Referat die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zu veranlassen. Zur Kontrolle der Luftreinhaltung wird ein Immissionsmeßnetz mit 18 stationären Meßstellen, einem Meßbus und einer Meßnetzzentrale in der Ebendorferstraße betrieben. Das Meßnetz ist gegenwärtig so ausgebaut, daß im wesentlichen alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Meßstellen wird Kohlenmonoxid gemessen, fünf Meßstellen sind mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. In den 18 Meßstellen sind zur Analyse der Schadstoffkonzentration 64 Luftmeßgeräte im Einsatz. An drei Standorten sind meteorologische Geber für die Erfassung von Windgeschwindigkeit, Windrichtung, Lufttemperatur, Luftdruck und Feuchte ins Meßnetz eingebunden. Der Meßwagen ist sowohl für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon als auch für die Überprüfung von Emissionen der Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Kohlenmonoxid ausgerüstet. Der Meßbus wird so wie die übrigen stationären Luftmeßstellen vom Meßnetzcentralcomputer überwacht und übermittelt die Meßdaten direkt in die Meßnetzzentrale.

Nach der im Frühjahr 1993 durchgeführten Aufrüstung der Meßstellen Kandlerstraße, Schafberg und Floridsdorf sind alle Meßcontainer mit modernen Meßplätzen ausgestattet und durch eine einheitliche Datenerfassung mit der Meßnetzzentrale vernetzt, wodurch die Subzentrale Rathausstraße aufgelassen werden konnte. Die im Wiener Luftmeßnetz bereits seit mehreren Jahren integrierten beiden Meßstellen Zentralanstalt und Stephansdom wurden bisher von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (MZA) betreut. Nach dem unerwarteten und plötzlichen Tod des für den Betrieb dieser beiden Meßstellen verantwortlichen Technikers sah sich die Direktion der MZA außerstande, diese Stelle nachzubesetzen und somit die weitere Betreuung sicherzustellen. Da die Stadt Wien auf Grund von Gesetzen (Smogalarmgesetz und Ozongesetz) verpflichtet ist, diese beiden Meßstellen weiterzubetreiben, wurden sie von der Umweltschutzabteilung übernommen.

Die Hauptaufgaben 1993 waren:

Ende 1993 konnte für die Meßstelle Lobau ein Staubmeßgerät angeschafft werden. Mit der Installation dieses Meßgerätes werden nun alle Immissionsmeßstellen, die eine Überwachung der Luftqualität in Bodennähe vornehmen, mit Meßgeräten für die Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub ausgerüstet.

An den Standorten in 10, Altes Landgut, 22, Industriepark Nord, Zwerchäckerweg, 22, Donauuferautobahn Abfahrt Kagran, 6, Kreuzungsbereich Otto-Bauer-Gasse/Gumpendorfer Straße, wurden mittels Meßbus mobile Immissionsmessungen durchgeführt. Über die erfaßte Schadstoffbelastung ist ausführlich berichtet worden. Außerdem wurde eine Beurteilung der Luftqualität im Vergleich zu den stationären Meßstellen erarbeitet.

Obwohl das Ozongesetz bereits mit 1. Mai 1992 in Kraft getreten ist, bestanden erst im Sommer 1993 alle rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Gesetzes, da die notwendigen Verordnungen vom Bund verspätet erlassen worden sind. Zur Umsetzung des Ozongesetzes wurde durch das Referat 8 „Luftmeßnetz“ der „Einsatzplan Ozon“ als Teil des Katastropheneinsatzplanes der Stadt Wien entwickelt. Der nun vorliegende „Einsatzplan Ozon“ enthält alle Maßnahmen, die im Ozongesetz hinsichtlich der Überwachung, der Information sowie der Sofortmaßnahmen vorgesehen sind.

Im Ozongesetz ist die Errichtung und der Betrieb eines Datenverbundes mit dem Umweltbundesamt vorgeschrieben. Die Aufgaben des Ozondatenverbundes bestehen darin, die in den einzelnen Landeszentralen gewonnenen und aufbereiteten Daten über die Luftgüte allen Betreibern zugänglich zu machen. Damit können übergreifende Aussagen über den Momentzustand der Ozon-Belastungssituation gewonnen und Analysen und Prognosen erstellt werden. Das technische Gesamtkonzept beruht darauf, daß vor den Meßnetzrechnern der Landesmeßzentralen ein einheitlicher Kommunikationsrechner vorgeschaltet wird, der via Datex-P mit allen anderen Kommunikationsrechnern vernetzt ist. 1993 konnte nach der Lieferung des Kommunikationsrechners durch das Umweltbundesamt die Implementation in das Rechnernetzwerk der Luftmeßnetzzentrale durchgeführt und ein Probetrieb aufgenommen werden.

Ende 1993 wurde schließlich der Umweltbericht Luft 1992 dem Gemeinderat vorgelegt. Dieser Bericht befaßt sich mit den Ergebnissen der durchgeführten Messungen von Luftverunreinigungen und den von der Stadt Wien getroffenen Maßnahmen, die Luft reinzuhalten. Neben den aus dem Smogalarm- und Ozongesetz resultierenden Maßnahmen wurden vom Referat Luftmeßnetz zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet.

## Kanalisation

Die Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Beschluß Pr.Z. 3867, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 51/1987 (Kanalgebührenordnung 1988), zuletzt geändert durch Verordnung des Gemeinderates vom 24. März 1992, Pr.Z. 987, wird wie folgt geändert:

1. § 1 hat zu lauten:

„§ 1. Die Gebühr für die Einleitung von Abwasser in einen öffentlichen Kanal wird mit 13,20 S je Kubikmeter festgesetzt.“ Diese Verordnung trat mit 1. Jänner 1993 in Kraft.

Im Herbst 1993 wurde der Betriebsstandort der zentralen Einrichtungen der Abteilung nach 3, Modecenterstraße 14, verlegt. Dadurch konnte die bisher aus Platzmangel auf zwei Objekte aufgeteilte Zentrale räumlich zusammengeführt werden.

In Fortsetzung des ständig steigenden Trends zu noch umfangreicheren Investitionen in das Wiener Kanalnetz war auch 1993 wieder eine beachtliche Steigerung von rund 20 Prozent zu verzeichnen. Die Finanzierung dieser Investitionen war durch die mit 1. Jänner 1993 in Kraft getretene Gebührenerhöhung möglich.

Mit dem Baubeginn des Bauloses 02/2 des Entlastungskanales zum Rechten Hauptammelkanal konnte ein ganz entscheidender Schritt für dieses wichtige Umweltvorhaben gesetzt werden. Das Baulos 02/2 ist mit der Querung der Franzensbrücke das bisher technisch und organisatorisch schwierigste Einzelbaulos dieses Entlastungskanales. Dank umfangreicher Begleitmaßnahmen war es möglich, den Individualverkehr ohne wesentliche Einschränkungen an der Baustelle vorbeizuführen. Im Bereich des übergeordneten Sammelkanalnetzes konnten weitere Bauabschnitte des Prager-Straßen-Sammelkanales, des Asperner Sammelkanales und des Süßenbrunner Sammelkanales begonnen werden. An der Unteren Alten Donau wurde der „Ufersammelkanal“ in Angriff genommen.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk und hier speziell im Nahbereich der Alten Donau (Bruckhausen). Insgesamt konnten neben der Fortsetzung der in Bau befindlichen Arbeiten 32 neue Baulose in Angriff genommen werden. Zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl neuer Wohnungen waren umfangreiche Kanalbauten in den Stadtentwicklungsgebieten mit Schwerpunkt 21. und 22. Bezirk erforderlich. Da die meisten Kanäle in erst künftig auszubauenden Straßenzügen liegen, konnten mangels Verkehr und behindernder Einbauten äußerst günstige Laufmeterkosten erzielt werden.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 1993 neben der Fortsetzung der laufenden Bauten 16 neue Kanalumbauten und 5 Totalsanierungen begonnen werden.

Eine immer größer werdende Bedeutung nimmt dabei die Instandsetzung ein. Durch neue Sanierungsmethoden ist es oft möglich, örtliche Schäden rasch und wirtschaftlich zu beheben und dadurch die Kanalsubstanz für weitere Jahrzehnte zu erhalten. Neben den genannten Kanalbauten wurden auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten, zur Freimachung von U-Bahn-Trassen sowie die Erschließung der Donau-City in Angriff genommen. Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine intensive Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 3.921 Einsätze geleistet.

Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut, aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes, betrug im Jahre 1993 13.448 m<sup>3</sup>. Im einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 2.968 m<sup>3</sup>, aus den Hauptammel-

kanälen 1.881 m<sup>3</sup>, aus den Straßenkanälen 2.316 m<sup>3</sup>, aus der Kläranlage Blumental 2.141 m<sup>3</sup> und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 149 m<sup>3</sup> Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepreßte Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 3.993 m<sup>3</sup>. Durch Hochdruckwagenräumung wurden im Jahre 1993 614.576 m Rohrkanäle und 592.557 m Profilkänaäle gereinigt.

Der Bestand an Senkgruben hat sich im Jahre 1993 etwas verringert und betrug 33.441. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die Abteilung machte 29.041 aus, mit einer Gesamtaushubmenge von 163.257 m<sup>3</sup>. 1.920 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 3.898 m<sup>3</sup> betrug.

An rund 2.712 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 878 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 586 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Insgesamt haben im Jahr 1993 die Fahrzeuge der Abteilung rund 1.000.000 km zurückgelegt, davon der Senkgrubenwagen 401.760 km, der Hochdruckwagen 71.345 km, die Abscheiderräumfahrzeuge 42.608 km, der Verstopfungswagen 56.629 km und diverse andere Fahrzeuge 464.912 km.

An behördlichen Aufgaben wurden u. a. 367 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 383 Schreiben, die Räumtermine, Parteigehör, Räumzahlfestsetzungen betreffen, sowie amtswegige Räumungen verfaßt. Bei 405 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidaufgaben überprüft.

Die Regenwasserpumpwerke förderten 423.547 m<sup>3</sup>, die Abwasserhebwerke 51.737.624 m<sup>3</sup>. In der Kläranlage Blumental wurden 16.984.904 m<sup>3</sup> Abwasser gereinigt, wofür 5.585.300 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 234 mg/l BSB<sub>5</sub>, die im geklärten Ablauf 11 mg/l BSB<sub>5</sub>.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal betrug der Energieverbrauch für die Versorgung der angeschlossenen Hochwasserpumpwerke, einschließlich der Revisionen für die Hauptkläranlage Wien, 1.924.800 kWh.

Im Jahre 1993 wurden vom Referat Chemie 1.750 Abwasserproben gezogen sowie an 280 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 252 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In 14 Fällen wurden zusätzlich Strafanträge erstattet. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1993 rund 1.100, die Zahl der weniger gefährlichen Abwasserleiter etwa 3.400. Es sind somit zur Zeit rund 4.500 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 353 gewerblichen Verhandlungen teil.

Mit dem Kanalfernsehaube wurden 100.220 m Rohrkanäle überprüft.

In der Friedrichstraße wurden im Jahre 1993 80 Führungen mit 2.146 Personen durchgeführt.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung wurden 68 leichte Unfälle registriert.

## Wasserwerke

Im Jahre 1993 wurden insgesamt 153.954.000 m<sup>3</sup> (1992: 155.924.100 m<sup>3</sup>) Wasser aufgebracht, davon 150.947.400 m<sup>3</sup> (1992: 152.464.000 m<sup>3</sup>) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist.

146.787.000 m<sup>3</sup> (95,34 %) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 4.519.600 m<sup>3</sup> (2,94 %) aus den Wiener Grundwasserwerken, 1.396.700 m<sup>3</sup> (0,91 %) aus dem Wientalwasserwerk sowie 633.900 m<sup>3</sup> (0,41 %) aus dem Wasserleitungsverband Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 616.800 m<sup>3</sup> Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung sank gegenüber dem Vorjahr um 1.970.100 m<sup>3</sup>, das sind 1,26 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2.130.200 m<sup>3</sup> an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 150.947.400 m<sup>3</sup> an das Wiener Rohrnetz und 876.400 m<sup>3</sup> an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 413.554 m<sup>3</sup>. Tagesmaximum wurde am 7. Juni 1993 mit 556.400 m<sup>3</sup> erreicht, das Tagesminimum am 11. April 1993 mit 318.500 m<sup>3</sup>. Zur Desinfektion der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 31.101 kg Chlorgas und 42.768 kg Natriumchlorit verwendet. Für Rohrstrandesinfektionen und Behälterreinigungen kamen 1.466 l Hypochlorit und 100 kg Wasserstoffsperoxyd zum Einsatz. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 63.360.607 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfielen 5.213.033 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 13.289.366 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 44.858.208 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung. Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurde an der I. Wiener Hochquellenleitung im Frühwarn- und Sicherheitssystem in Ternitz eine weitere Güteüberwachungsstation geschaffen, die vollautomatisch und ständig Daten der Wasserqualität feststellt und aufzeichnet. Beim Leitungsspeicher Neusiedl wurde eine Subzentrale für die Überwachung der I. Wiener Hochquellenleitung baulich fertiggestellt.

Für das Projekt Pfannbauernquelle wurden im Auftrag der Wasserrechtsbehörde Druckspiegelmessungen bei Voll-Lastbetrieb (300 l/s) erhoben und dokumentiert. Als Vorarbeiten zur Verbesserung der Wasserdurchleitung durch den Schneepalpenstollen wurden Vermessungen des Stollenprofils zwischen 0,0 und 480 m „Nord“ sowie 0,0 und 1.930 m „Süd“ durchgeführt. Durch die Forschungsanstalt Joanneum Graz wurde eine hydrogeologische Untersuchung über Wassertrübungsursachen und deren Beseitigung vorgenommen. Die Transporteinrichtungen außerhalb der Stollenabmauerungen wurden für künftige Bauarbeiten adaptiert.

Durch die Geologische Bundesanstalt wurden im Rahmen der Karstforschung Oberflächenkartierungen im Bereich Schneeberg, Kräutlerin und Hochschwab ausgeführt, die Forschungsanstalt Joanneum Graz setzte die hydrogeologische Erforschung der Zeller Staritzen (Einzugsgebiet Pfannbauernquelle, Brunngrabenquelle, Höllquellen) fort. Die hydrogeologischen Erhebungen im Bereich Kräutlerin durch den Ziviltechniker Dr. Gamerith, Graz, wurden fortgesetzt. Das Betriebs- und Schnellfiltergebäude mit Warte und Subzentrale für die II. Wiener Hochquellenleitung wurden fertiggestellt. Eine Gas-Zentralheizungsanlage wurde von der MA 32 installiert und in Betrieb genommen, die Fassadenverkleidung am Feinfiltergebäude fertiggestellt. 1993 wurden die Arbeiten an der Behälterzu- und -ableitung Bisamberg zügig weitergeführt, so daß die Rohrleitungen etwa zu zwei Drittel fertiggestellt werden konnten. Mit dem Bau des Wasserbehälters Bisamberg wurde im Spätsommer begonnen. 1993 konnten die Aushubarbeiten abgeschlossen werden. Für die Trassenabschnitte der Behälterzu- und -ableitungen, die nicht im öffentlichen Gut liegen, konnten mit den Grundeigentümern die notwendigen Verträge abgeschlossen werden.

Für das Projekt Umgehungsstollen Scheibbs an der II. Wiener Hochquellenleitung wurden alle notwendigen behördlichen Bewilligungen erreicht. Mit der Gemeinde Scheibbs wurde Einigung über die Auflassung der alten Hochquellenleitung im Gemeindebereich erzielt. Die Bauarbeiten zur Realisierung dieses Projektes wurden öffentlich ausgeschrieben, ein Bestbieter wurde festgestellt. Der nutzbare Speicherraum des Behälters Lainz soll durch das Tieflegen des Behälterablaufes vergrößert werden. Durch diese Arbeiten wird auch der Neubau der Behälterableitung erforderlich, die vor dem Behälter Mauer an das bestehende Rohrnetz angebunden wird. Die Planungsarbeiten wurden 1993 abgeschlossen. Das baubehördliche, wasserrechtliche, naturschutzrechtliche und forstrechtliche Genehmigungsverfahren wurde eingereicht. Die Erd- und Baumeister- sowie die Rohrlegerarbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben. Der Transportrohrstrang im Straßenzug Kundratstraße, Kerschensteingasse, zwischen Triester Straße und Eichenstraße sowie im Straßenzug Karplusgasse, Untermeidlinger Straße und in Triester Straße von Kundratstraße bis Rotenhofgasse soll einer Erneuerung unterzogen werden. Die Abschnitte Karplusgasse, Untermeidlinger Straße sowie Triester Straße von Kundratstraße, Rotenhofgasse, Zur Spinnerin, Buchengasse, Neilreichgasse bis Quellenstraße wurden zur Förderung beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds eingereicht. Die Arbeiten zu den oben angegebenen Erneuerungen wurden öffentlich ausgeschrieben, Sachkredit und Vergabe genehmigt. Die Bauarbeiten wurden im Dezember aufgenommen. Das Stadterweiterungsgebiet 11, Leberberg Süd, soll zur Trink- und Feuerlöschwasserversorgung aufgeschlossen werden. 1993 wurde das Projekt beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur Förderung eingereicht. Nach Genehmigung des Sachkredites wurden die Erd- und Baumeister-, die Rohrlegerarbeiten sowie die Lieferung des Künettenfüllmaterials öffentlich ausgeschrieben. Die Vergabegenehmigung wird Ende Februar 1994 erwartet, mit dem Beginn der Bauarbeiten kann im März 1994 gerechnet werden. Nach interner Erhebung des Raumbedarfes wurde für den Neubau des Mehrzweckgebäudes am Gelände des Behälters Wienerberg ein Raumprogramm erstellt, das in drei Raumprogrammvorbesprechungen teilweise geändert und in einer Raumprogrammbesprechung im Dezember bewilligt wurde.

1993 wurden grundsätzliche Überlegungen über einen Neubau des Amtsgebäudes der Abteilung in 14, Gleisdreieck Baumgarten (altes Rohrlager) angestellt. Da hiedurch einige Objekte der Abteilung frei wurden, wurde die MA 40 beauftragt, eine Liegenschaftsbewertung bezüglich freierwerdender Objekte durchzuführen. Ein Ergebnis dieser Bewertung kann Anfang 1994 erwartet werden. 1993 wurde mit der Projektierung einer zentralen Brauchwasser-schiene begonnen. Sie soll entlang des linken Donaukanalufers verlegt werden und vorerst die beiden städtischen Bäder (Brigittenufer Bad, Dianabad) mit Brauchwasser versorgen. Das Brauchwasser soll dem Wasserwerk Nußdorf entnommen werden. Weitere Brauchwasserverwendungen im Bereich der Schiene werden überlegt. Im Bereich zwischen Behälter Lainz und Bossigasse waren die Bauarbeiten voll im Gange, ebenso der Preßrohrvortrieb unter dem Wiental.

Die Messungen und Qualitätsuntersuchungen für das Beweissicherungsprogramm des wasserrechtlichen Verfahrens III. Wasserleitung wurden fortgesetzt. Zur Fortsetzung (Wiederaufnahme) des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens sowie der Betriebsgenehmigung für das Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke besteht ein Arbeitskreis, in dem Vertreter der MD – Büro des Magistratsdirektors, der MD-BD-Gruppe Umwelttechnik und technische Betriebe sowie der MA 58 und MA 31 mitarbeiten. Die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurde fortgesetzt. Das bestehende Frühwarnsystem für chlorierte Kohlenwasserstoffe wird routinemäßig untersucht. Trotz Grundwertunterschreitung in den Brunnenwässern wurde vorbeugend an der Projektierung einer Aufbereitungsanlage gearbeitet. Zum Notversorgungskonzept wurden die Interessen der Abteilung für eine Erschötung tiefliegender, geschützter Gewässerreserven mit den Zielen des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans zur Erzielung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung koordiniert. Die Beweissicherungsarbeiten im Grundwasserwerk Lobau wurden für das bevorstehende Kraftwerk Freudenua vertraglich abgeändert, für die Errichtung einer Aufbereitungsanlage Vorarbeiten geleistet und Aufgaben zur Trinkwasserversorgung gegenüber der DOKW Kraftwerk Freudenua vertreten. Ein Probetrieb im Rahmen des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides und flächendeckende hydrologische Beweissicherungen und Qualitätsmessungen im Rahmen der Bescheidaufgaben wurden durchgeführt. Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurden der ganzjährige Versuchsbetrieb und Pilotversuche am Brunnenwasser zur Entwicklung optimaler Aufbereitungstechnologien fortgesetzt. Hydrologische Beobachtungen und Auswertungen sowie laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen wurden durchgeführt. Das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren wurde fortgeführt und die Aufgabe der Trinkwasserversorgung gegenüber der DOKW Kraftwerk Freudenua vertreten. Das Projekt Abwasser- und Schlammbehandlungsanlage im Wientalwasserwerk um-

faßt die Behandlung sämtlicher Betriebswässer. Die Feststoffe werden mittels Kammerfilterpresse entwässert. Die Baulichkeiten wurden fertiggestellt. Die Anlage befindet sich im Probebetrieb.

Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten an der I. Hochquellenleitung wurden vier Abkehren durchgeführt. Im Zuge der Arbeiten wurden 15 km Stollen maschinell gereinigt, 20 Einstiegschächte hergestellt, 480 m<sup>2</sup> schadhafter Gewölbeverputz abgebrochen, Spritzbeton-Gewölbeverkleidung (600 m<sup>2</sup>), Dichtputzarbeiten (2.200 m<sup>2</sup>), Folienauskleidung im Aquädukt Baden (1.250 m<sup>2</sup>), Ausbesserungen von Verputzschäden auf 5 km Leitungslänge sowie Rekonstruktion und Vermarkung von Stationsbezeichnungen durchgeführt. Weiters wurden an diversen Betriebsgebäuden Erhaltungsarbeiten vorgenommen.

Bei den Abkehren im Quellgebiet I wurde der Hochsteg-Aquädukt mit einer Folienauskleidung abgedichtet, 2.500 m Leitungskanal gereinigt und Kabelverlegungsarbeiten durchgeführt. Im Wetterinstollen wurden an zwei nachbrüchigen Stellen Sanierungen mit Bergankern und Spritzbeton ausgeführt, auf 20 m Länge wurde die Sohle bis auf ungestörtes Gebirge abgetragen und mit Spritzbeton instand gesetzt. Die Betriebsfernmeldeanlagen wurden um 2.000 m Verbindungsleitungen zur Funkstation Fegenberg und 4.900 m Fernmeldekabel Payerbach-Reichenau erweitert. Auf der Schneesalpe und auf dem Schneeberg im Quellenschutz wurden insgesamt 5.000 m<sup>2</sup> Erosionsflächen begrünt. An der II. Hochquellenleitung in Oberndorf wurde der im Laufe der Zeit um rund 30 cm abgesunkene Leitungskanal auf einer Strecke von etwa 200 m durch eine im Preßvortrieb hergestellte Stahlbetonrohrleitung ersetzt. Die schwierigen Verbindungen der alten und neuen Leitungsteile wurde bei der 2. Herbstabkehr termingerecht bewältigt. Die dabei gewonnenen bodenmechanischen Daten und Erkenntnisse sollen für die Sanierung weiterer ähnlicher Schadensstellen ausgewertet werden. Bei vier Abkehren wurden Instandsetzungen und Reinigungsarbeiten durchgeführt: 940 m<sup>2</sup> Dichtputz, 100 lfm Rißabdichtungen, Hochdruckreinigung von 400 m Sohl drainagen vorgenommen, 16 Drainage-Putzschächte umgebaut, 20 Armaturen in Düker- und Entleerungskammern repariert, 7,5 km maschinell gereinigt. Für die Neuherstellung von zwei Hangentwässerungen und Rekonstruktion von 10 Sohl drainagen-Ableitungen wurden 900 m Kunststoffrohre verlegt. An zahlreichen bestehenden Entwässerungen wurden Überprüfungen und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Zur Sicherstellung von Zufahrtsmöglichkeiten zur Leitung wurden 500 m Güterweg hergestellt und Beiträge zum Bau öffentlicher Güterwege geleistet. Weiters wurden fünf Einstiegschächte mit Sicherheitsverschlüssen neu hergestellt und 15 Zugänge mit Innentüren ausgestattet. Im Quellgebiet II wurde im System Pfannbauernquelle eine Dichtklappe DN 700 mm in der Kammer „Aschbach-Düker“ mit unabhängiger Verschlusssteuerung bei Gebrechen im Hebewerk eingebaut, im Brunngrabenstollen 2.000 m GFK-Rohre DN 500 mm verlegt, im Kraftwerk Kammer 22 eine neue Schaltanlage mit Generatorschutz und automatischer Synchronisierung eingebaut. Für die Umwelt-Daten-Meßstation Edelbodenalm wurden eine Wasserzuleitung, Fernmeldeleitungen und Energiekabel verlegt. Beim Zugang 23 wurden Räume für die Unterbringung einer Qualitäts-Meßstation geschaffen und eine Zufahrt hergestellt. Wegen der zahlreichen Exkursionen zur Kläfferquelle wurde dort eine neue WC-Anlage errichtet. Die Durchführung der behördlichen Bewilligungsverfahren für die Fäkalien-Entsorgung des Schiestlhauses und der Voisthalerhütte könne erreicht werden. Da die Bauträger alpine Vereine sind, hängt die Realisierung der Projekte von Förderungen ab. Für die Fassung der Anenkarquelle, die Wiederherstellung des Zugangsstollens zum Hochkarstollen und die Abwasserbeseitigung für das Betriebsgebäude Brunngraben wurden Projekte erstellt. Im Wientalwasserwerk wurden Arbeiten im Stausee-Bereich, und zwar Ufersäuberungen, Schwemmholtzabtransport und Mäharbeiten, durchgeführt. Im südlichen Teil wurde ein Damm aus Steinblöcken für die Erleichterung der Räumung des vom Wolfgrabenbach eingetragenen Geschiebes hergestellt. Die gesamte Elektroinstallation der Wehrklappensteuerung wurde erneuert. Durch die Firma Waagner Biro AG wurden von der Tal Sperrenkommission aufgezeigte Mängel behoben. Am Ableitungsrohrstrang DN 700 mm trat 1993 nur ein Gebrechen in der Bundesstraße 44 auf, das behoben wurde.

Was die Anlagen in Wien betrifft, mußte für die Errichtung des neuen Wasserbehälters Bisamberg ein provisorischer elektrischer Bauanschluß hergestellt werden. Die im Zuge der Herstellung des Planarchivs im Drucksteigerungswerk Knödelhütte erforderlichen Adaptierungsarbeiten wurden beendet. Die Umbauarbeiten an den Überwachungs- und Steuerungseinrichtungen im Hebewerk Krapfenwald sowie die fernmeldetechnische Anbindung an die Subzentrale Hungerberg konnten abgeschlossen werden. Weiters wurden in der Subzentrale Hungerberg die Dienst räumlichkeiten für das Aufsichtspersonal neu adaptiert. Zur besseren Absicherung der Anspeisung des Behälters Michaelerberg wurde ein zusätzliches Pumpenaggregat im Drucksteigerungswerk Neustift/Walde installiert. Dafür wurde eine geräuscharm arbeitende Rohrpumpe angeschafft. Saugseitig änderte man die hydraulische Anlage so, daß künftig der Zufluß zu den Pumpen getrennt von zwei Seiten, nämlich vom Behälter Hackenberg bzw. von der Hauptleitung I, möglich ist. Beim neuen Wasserbehälter Schmelz erfolgte die Fertigstellung der steuerungs- und fernmeldetechnischen Anlageteile sowie deren Anbindung in die Zentrale Grabnergasse. In der Übergangskammer Mauer installierte man eine zweite UV-Versuchsanlage eines anderen Fabrikates. In Zusammenarbeit mit der MA 15 – Institut für Umweltmedizin und der Universität für Bodenkultur begann man mit mehreren Versuchsreihen. Im Rohrkeller des Hebewerkes Unterlaa wurde zur Verbesserung der Versorgung der Tiefzone ein Druckreduzierventil DN 500 eingebaut. Damit kann aus der Ringleitung Süd nach Abminderung des Druckes direkt Wasser von der I. Wiener Hochquellenleitung zusätzlich in diese Zone eingeleitet werden. Zur Funktionsüberwachung dieses Ventils und zur Ermöglichung der Veränderung des Sekundärdruckes war die Einrichtung einer Fernsteuerung zur Schaltwarte des Hebewerkes Laaerberg notwendig. Im Elektrolager Wienerberg wurde zur Vergrößerung der Stellflächen ei-

ne Zwischendecke eingezogen. Im Zuge dieser Arbeiten mußte auch die elektrische Installation abgeändert und erweitert werden. Um die Durchführung diverser Veranstaltungen im Wasserturm Wienerberg zu ermöglichen, erfolgte eine Verbesserung der Innenbeleuchtung. Im Grundwasserwerk Lobau mußten im Brunnenschacht des Horizontalfilterbrunnens Alter Kreuzgrund Rißabdichtungen durchgeführt werden. In den Brunnenanlagen Schüttelau I und Schüttelau II wurden die elektrischen Anspeisungen und Steuerungen auf den letzten Stand der Technik gebracht. In der Meßkammer des Grundwasserwerkes Lobau wurde eine Entleerungsmöglichkeit für die Druckleitungen der Brunnen Schüttelau I und Schüttelau II in die zur Donau führende Entleerungsleitung geschaffen. Beim Grundwasserwerk Markethäufel erneuerte und erweiterte man die Fernübertragung in die Zentrale des Grundwasserwerkes Lobau. Im Grundwasserwerk Prager Straße wurde mit Sanierungsarbeiten an den hydraulischen, elektrischen und baulichen Anlagen begonnen. Die Installierung eines Datenkonzentrators in der Zentrale Grabnergasse machte die fernmeldetechnische Einbindung der Stationen Lobau, Schüttelau, Markethäufel, Schmelz, Rosenhügel und Hungerberg in diese Anlage möglich. In diversen Objekten wie Behältern, Pumpwerken, Brunnenanlagen, Desinfektionsanlagen (auch UV-Anlagen an den Außenstrecken), Druck- und Mengenmeßstellen sowie Druckreduzieranlagen (Claytonventile) führte man Instandhaltungsarbeiten mittleren und kleinern Umfanges und diverse Störungsbehebungen an den hydraulischen, elektronischen, nachrichtentechnischen, starkstromtechnischen und verfahrenstechnischen (Chloranlagen) Einrichtungen durch. Bei sämtlichen Gleichrichter- und Batterieanlagen erfolgten die erforderlichen Wartungsarbeiten. 1993 erreichten die Kabelanlagen für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von 5,45 km. Zu erwähnen wären die Kabellegungen in der Geblergasse, Hollgasse, Margaretengürtel, Arnehtgasse, Krottenbachstraße sowie die begonnene Kabellegung für den neuen Behälter Bisamberg im 21. Bezirk. Im Bereich der Außenstrecken und der Quellgebiete erfolgten Kabellegungen im Ausmaß von 16,7 km. Außerdem mußten einige größere Kabelgebrechen geortet und behoben werden. Die Arbeiten im Rahmen des Frühwarn- und Sicherheitssystems konnten planmäßig fortgesetzt werden. Es wurden die Errichtungen weiterer Frühwarnstationen (Qualitätsmeßstationen, meteorologische Meßstationen) in Angriff genommen (Ternitz, Wientalwasserwerk, Edelbodenalm, Hopfgarten, Winterhöhe, Kläfferquelle). Am 22. Oktober 1993 konnte im Rahmen einer Pressekonferenz der erste Teil der Wiener Wasserwelt am Kardinal-Rauscher-Platz im 15. Bezirk feierlich eröffnet werden. Entsprechend dem EDV-Systemisierungsplan konnte auch 1993 die Ausrüstung von Arbeitsplätzen mit PC fortgesetzt werden. Die Installation dieser Geräte konnte bereits von der im Herbst 1992 neu ins Leben gerufenen EDV-Gruppe durchgeführt werden, deren Aufgaben darüber hinaus die Anwenderberatung beim Einsatz von Hard- und Software, Störungsbehebung an Hard- und Software, Anwenderunterstützungen bei Problemen mit Hard- und Software, ständige Systemoptimierungen von PC und Netzwerk, Erstellung von Software, Planungsarbeiten von neuen und Koordination mit bestehenden Softwareapplikationen, Testen verschiedener neuer Hard- und Softwarekomponenten, Bestandsaufnahme von Hard- und Software einschließlich Inventarisierung sind. Die wegen ihres Alters schadhafte und undichte Tondachsteineindeckung des Betriebs- und Wohngebäudes im 5. Bezirk, Spengergasse 45, wurde erneuert. Außerdem wurde die mit einfachen, teils gebrochenen Drahtglastafeln versehenen Belichtungsaufsätze des Wasserzählerwerkstättendaches mit 10 mm starken bruchsicheren Thermoclear-Doppelstegplatten auch zur besseren Wärmedämmung neu ausgestattet. Die stark angewitterte und zum Teil undichte, rund 50 Jahre alte Eternit-Dacheindeckung des Aufseherwohnhauses in 10, Windtenstraße 3, wurde durch eine neue umweltfreundliche Eindeckung mit Tondachsteinen ersetzt.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von Bedeutung. Zur Beseitigung von Druckmangelerscheinungen wurden in 17, Scherlandgasse, und in 19, Hutweidengasse, 203 lfm Rohrstrangverstärkungen vorgenommen. Zur technischen Aufschließung wurden im Bereich 22, Donaacity, mit einem Kollektorbau begonnen sowie Rohrstränge der Dimension DN 300 bis DN 400 in einer Gesamtlänge von 305 m verlegt. Im Rahmen dieses Projektes wurden im 11., 21. und 22. Bezirk im Rahmen des Projektes Stadtentwicklung Rohrlegungsarbeiten in einer Gesamtlänge von 3.353 m durchgeführt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes – meist koordiniert mit Straßenbaumaßnahmen und auch Baumaßnahmen anderer Einbautendienststellen – wurden 4.069 m öffentliche Rohrstränge verlegt. Von den aus der Zeit vor 1910 stammenden, großteils undichten und auch funktional überalterten Rohrsträngen wurden Leitungen in einer Gesamtlänge von 19.315 m verlegt, ebenso über Antrag von Interessenten, insbesondere in Fällen unzureichender Grundwasserquantität bzw. -qualität, 5.417 m öffentliche Rohrstränge. Im Zuge von Arbeiten in Bundesstraßen wurden 743 m Rohrstränge verlegt. Bei Erhaltungsarbeiten sowie Behebungen von Beschädigungen wurden 9.424 m Rohrleitungen ausgetauscht. Es traten 1.405 Gebrechen auf, und zwar unter anderem 487 Rohrgebrechen, 366 Feuerhydrantengebrechen und 544 Armaturengebrechen. Von insgesamt 994 Schieberkammern, großen Schächten und Rohrkanälen wurden 561 kontrolliert, 16 kassiert und 5 neu errichtet. Der Stand der Schieberkammern, großen Schächten und Rohrkanälen hat mit Stichtag 31. Dezember 1993 983 betragen. In Erprobung verschiedener grabenloser Arbeitsmethoden („NO-DIG“) zur Auswechslung von Rohrsträngen wurde ein in Berlin von der Firma Karl Weiß gemeinsam mit den Kommunalbetrieben Berliner-Wasser entwickeltes hydraulisches Ziehverfahren („Hydros-Verfahren“) zur Erneuerung eines rund 170 m langen öffentlichen Rohrstranges DN 100/150 in 10, August-Forel-Gasse, mit Erfolg eingesetzt. Zur Erfassung von Wasserverlusten aus dem öffentlichen Rohrnetz zwecks deren Behebung wurden nach Maßgabe vorhandener Meßeinrichtungen 112 Volumenstrommessungen und 750 Abschnittskontrollen („Suchdienste“) zuzüglich erforderlicher Feinortungen durchgeführt. Zum weiteren Aufbau des EDV-unterstützten Netzinformationssystems (NIS)

wurden 26.401 m Rohrleitungen geodätisch vermessen, 145.975 m sind damit insgesamt in NIS übernommen. Zur Erfassung des bestehenden Rohrnetzes wurde gemeinsam mit der MD-ADV ein Pilotprojekt zur Scannung der Leitungsanlagen des 7. Bezirkes durchgeführt. Im Jahr 1993 wurden 22.403 m neu hergestellte Rohrleitungen sowie 43.822 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Das gesamte öffentliche Wasserleitungsrohrnetz hat mit Stichtag 31. Dezember 1993 3.159.851 m einschließlich der erforderlichen Armaturen betragen. Im 15. Bezirk im Bereich Wiener Wasserwelt wurden am Kardinal-Rauscher-Platz und am projektierten Meiselmarkt erstmals zwei „neue Edelstahlhydranten“ aufgestellt. Für diesen Hydrantentyp wurde am 7. Dezember 1993 der Staatspreis für Design verliehen. Die Anzahl der Feuerhydranten im öffentlichen Rohrnetz – ausschließlich Oberflurhydranten – hat sich 1993 um 57 auf 11.123 erhöht. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren im Jahr 1993 2.277 Einsätze erforderlich, wobei von zwei Einsatzfahrzeugen 36.494 km zurückgelegt wurden. Die Arbeiten der Universität für Bodenkultur an dem ihr übertragenen Forschungsauftrag „Spezielle Untersuchung der Erwärmung von Leitungswasser im Rohrnetz“ wurden mit Ende 1993 abgeschlossen. Die erste Stufe der Arbeiten der Technischen Universität Wien an dem ihr übertragenen Forschungsauftrag „Risseprüfung an Graugußrohren“ – nämlich die Werkstoff- und bruchmechanischen Untersuchungen – wurden abgeschlossen.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreiben. Bis Jahresende wurden 625 Neuherstellungen von Abzweigungen und T-Abzweigungen getätigt. Außerdem wurden 557 Wasserzähler neu eingebaut.

Es waren auch Erhaltungsarbeiten durchzuführen. An Abzweigungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten bis Ende 1993 3.618 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 25.614 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 25.476 Wasserzähler repariert. 83 Verstärkungen von Abzweigungen sowie 135 Ergänzungen wurden vorgenommen. Für die Neuherstellungen und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 24.137 m Rohre verlegt. Insgesamt wurden 1.634 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 272 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung wurde eine Wassermenge von 3.006 m<sup>3</sup> pro Tag eingespart. Im Jahre 1993 fanden drei Arbeitssitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft unter der Führung der Österreichischen Kommunalkredit AG, die die Geschäftsführung des Umwelt- und Wirtschaftsfonds nunmehr innehat, statt. Die neuen Förderungsrichtlinien gemäß dem Umweltförderungsgesetz sehen nunmehr für die Stadt Wien Annuitätenzuschüsse an Stelle der bisher gewährten Darlehen vor, womit auch die zinsenmäßige Unterscheidung in Versorgungsleitungen und sonstige Leitungen (Transportleitung, Behälter) wegfällt. Bei diesen drei Arbeitssitzungen wurden insgesamt 29 Großbauvorhaben mit 274 Baustellen in einer Länge von 83 km sowie Baukosten in der Höhe von 1.133.798.000 S eingereicht und zugesichert. Bei den Einzelprojekten entfielen insbesondere auf den Neubau des Wasserbehälters Bisamberg ein Investitionskostenanteil von 505.000.000 S, während bei den Sammelprojekten das Projekt „Diverse 1991/2“ mit 25 Einzelbaustellen und Kosten von 32.200.000 S am höchsten veranschlagt wurde. Zugezählt wurden Darlehen (einschließlich Bauzinsen) in der Höhe von 159.926.375 S. Kollaudierungen gemäß dem Wasserbautenförderungsgesetz in seiner gültigen Fassung fanden 1993 bei insgesamt 15 Bauvorhaben statt. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte betrug 1993 51.627.962 S an Tilgungen sowie 32.726.260 S an Zinsen.

Zu diversen sachbezogenen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen waren Begutachtungen durchzuführen bzw. Stellungnahmen abzugeben. Auch waren die Anpassungen diverser rechtlicher und gesetzlicher Vorschriften an die EG-Richtlinien zu bearbeiten.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war 1993 durchzuführen. Für Projekte der Wasserwerke im Rahmen der Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken und die behördenmäßige Betreuung laufender Projekte durchzuführen. Die bedeutendsten Projekte sind nachstehend angeführt. Der 1992 gegründete Arbeitskreis schloß vorläufig seine Tätigkeit mit der Feststellung, daß nur Säumnisbeschwerden den Fortgang des Verfahrens 3. Wiener Wasserleitung auf rechtllichem Weg erzwingen können. In Angelegenheit der durch Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft montierten Wehrklappe in der Wientalwasserleitung wurde das 1992 begonnene Verfahren fortgeführt und die Wiederaufstellungsbewilligung beantragt. Im wasserrechtlichen Verfahren Donauinsel Nord konnte insofern eine Wende herbeigeführt werden, als die Konzeption der Aufbereitungsanlage von den Sachverständigen befürwortet wurde und somit die Detailplanung in Angriff genommen werden kann. Gleichzeitig wurde mit der Donaukraft AG Kontakt aufgenommen, um einen gemeinsamen Brunnenbetrieb zu regeln. Im Frühjahr 1993 konnte das baubehördliche Bewilligungsverfahren für den Wasserbehälter Bisamberg mit dem Baubescheid der MA 35 vom 2. April 1993 abgeschlossen werden, so daß mit den Arbeiten im Sommer 1993 begonnen werden konnte. Das als Vorhaben zur Einleitung der Antenkarquelle in die II. Wiener Hochquellenleitung konzipierte Projekt mußte auf ein Projekt zur hydrologischen Beweissicherung reduziert werden und kann erst nach dessen Realisierung wieder aufgenommen und weiterverfolgt werden. Für den Umbau des Ablaufsystems des Wasserbehälters Lainz zur besseren Ausnutzung des Behältervolumens wurde das erforderliche wasserrechtliche, baubehördliche und naturschutzbehördliche Verfahren eingeleitet sowie die Rodungsbewilligung bei den zuständigen Behörden beantragt. Nachdem die Arbeiten am Wasserbehälter Schmelz nun vollends fertiggestellt waren, konnten die erforderlichen Unterlagen für die baubehördliche Kollaudierung eingereicht werden. Die Benützungsbewilligung wurde mit Bescheid der MA 35 erteilt. Da die Rohrlegungen für die 3. Hauptleitung im Bereich von Grundstücken mit Baumbestand abgeschlossen wurden, konnte das Verfahren nach dem Baumschutzgesetz weitergeführt werden, um die endgültige Höhe der Ausgleichsabgabe festlegen zu können. Für die dringend er-

forderliche Leitungsumlegung der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich der Oberndorfer Senke in der KG Lehen bei Oberndorf konnte unter größtem Druck die wasserrechtliche und baubehördliche Bewilligung erwirkt werden, so daß die bauliche Herstellung noch im gleichen Verwaltungsjahr erfolgen konnte. Das Verfahren wurde durchgeführt, obwohl im bereits laufenden Wasserrechtsverfahren eine wesentliche Änderung des Projektes – von offener Bauweise auf Rohrpressung – zum Schutze der II. Hochquellenleitung erfolgte. Die erforderliche wasserrechtliche und baubehördliche Bewilligung für den Umgehungsstollen Scheibbs (II. Wiener Hochquellenleitung) wurde in diesem Verwaltungsjahr erwirkt. Da das Projekt jedoch erst später ausgeführt werden soll, war auch die Fristverlängerung für die wasserrechtliche Bewilligung zu erwirken. Für den Standort Rax-Ebenwald des Frühwarn- und Sicherheitssystems wurde für die dort erforderliche Luftgüteüberwachungsstation die baubehördliche und naturschutzbehördliche Bewilligung erwirkt. Für den Standort Edelboden konnte die Widmungs- und Baubewilligung erwirkt werden, das weiters noch erforderliche Rodungs- und naturschutzbehördliche Verfahren wurde gleichzeitig eingeleitet. Für den Standort Fegenberg konnten alle erforderlichen Verfahren, das sind baubehördliche, naturschutzbehördliche Verfahren und die Rodungsbewilligung, erwirkt werden. Für Rohrlegungen im Bauverbots- und Gefährdungsbereich von Eisenbahnanlagen waren rund 12 Verfahren nach dem Eisenbahngesetz durchzuführen. Ferner waren rund 50 Gestattungs-, Bestand- und Mietverträge entweder neu auszustellen oder auf Grund von Anträgen oder Wechsel der Vertragspartner entsprechend zu adaptieren oder zu löschen. Neben der laufenden Bearbeitung von anhängigen Transaktionsverfahren durch Stellungnahmen an die MA 69 oder andere von der Transaktion betroffenen Dienststellen konnten folgende wesentliche Transaktionen abgeschlossen werden: der Erwerb des Umgriffes beim Stollenportal der Pfannbauernquelle in der KG Mürzsteg im Ausmaß von rund 5.347 m<sup>2</sup>, der Abschluß einer Transaktion zur Arrondierung des Gelände des Wientalwasserwerkes sowie der Ankauf des Angerbauergutes (KG Schwarza im Gebirge) zur Erweiterung der Besitzungen im Bereich des Quellgebietes der I. Wiener Hochquellenleitung im Ausmaß von rund 100 ha. Wasserlieferungsverträge waren dahingehend zu betreuen, als Änderungen z. B. in der Person der Abnehmer durchzuführen waren. Auch war der Wasserlieferungsvertrag mit der Marktgemeinde Gerasdorf auf Grund eines eingebrachten Antrages zu erweitern. Außerdem waren Anträge für die Wasserabgabe aus den Ortswasserleitungen Wildalpen, Hirschwang und Naßwald zu bearbeiten. Auf Grund der Wassergebührenerhöhung, wirksam mit 1. Jänner 1993, waren alle bestehenden Wasserlieferungsverträge generell anzupassen bzw. zu erhöhen.

Für die 1993 durchgeführten Wasserversorgungsprojekte war es erforderlich, den Bestand der zur Errichtung kommenden Anlagen durch entsprechende Verträge mit den Grundeigentümern zu sichern. Für bestehende Dienstbarkeiten waren vermehrt Ansuchen um deren Löschung z. B. im Zuge von Grundabteilungen zu bearbeiten. Neben der Erwirkung einzelner Leitungsdienstbarkeiten für Rohrlegungen in Wien sind folgende Vertragsabschlüsse im besonderen erwähnenswert: Für die Zu- und Abteilungsstrasse des Behälters Bisamberg wurden die erforderlichen Grunddienstbarkeiten im wesentlichen unter Hilfestellung der Wiener Landwirtschaftskammer erwirkt. Die aus diesem Titel zu leistenden Entschädigungen belaufen sich auf über 2 Millionen Schilling. Für das Wasserleitungsprojekt Ersatzstollen Scheibbs konnten die erforderlichen umfangreichen Servitutsverträge abgeschlossen werden, wobei Entschädigungen im Betrag von rund 3 Millionen Schilling vereinbart wurden. In diesem Betrag ist auch der Gestattungsvertrag mit dem betroffenen Grundeigentümer hinsichtlich der Stollendeponie enthalten. Für das Projekt Oberndorfer Senke waren auf Grund geringfügiger baulicher Abweichungen Abänderungen von privatrechtlichen Vereinbarungen kurzfristig vorzunehmen. Für das Frühwarn- und Sicherheitssystem konnten betreffend die Standorte Sonnwendstein, Fegenberg und Jochgrabenberg die Übereinkommen mit den Grundeigentümern betreffend die Errichtung der Sendeanlagen der Stadt Wien abgeschlossen werden. Mit dem ORF konnten für etwa acht Standorte Entwürfe für Mitbenützungübereinkommen an bestehenden Anlagen erwirkt werden. Hinsichtlich die Umgehungsleitung beim Zugangsstollen 50 in Kienberg wurde vorbereitend zum Erwerb von öffentlichem Wassergut zur Sicherung der Anlagen der Wasserwerke ein Übereinkommen mit dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung zur vorläufigen Benützung der betroffenen Grundflächen erwirkt. 1993 wurden 132 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen sowie die Überwachung der Leistung der hierfür vorgeschriebenen Lizenzgebühren im Betrag von 480.120 S durchgeführt. Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden 1993 bearbeitet, wobei durch Verhandlungsteilnahme und Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. 1993 war vermehrt die Teilnahme an Flurbereinigungsverfahren erforderlich, wobei vor allem der Schutz der Leitungsanlagen der II. Wiener Hochquellenleitung rechtlich abzusichern war. Zur Wahrnehmung der Interessen beim Grundwasserwerk Nußdorf war eine umfangreiche Beteiligung an den behördlichen Verfahren betreffend die Sanierung und Verlängerung der Dichtungsschürze Nord durch die Wasserstraßendirektion erforderlich.

Für Vereine, die in ihrer Tätigkeit auch Interessen des Wasserleitungsbetriebes wahrnehmen und bei denen die Abteilung Mitglied ist, wurde die Entrichtung für Förderungs- bzw. Mitgliedsbeiträgen durchgeführt, und zwar 11.248 S für den Verband der Öffentlichen Gemeinwirtschaft, 401.934 S für die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach, 1.320 S für den Österreichischen Naturschutzbund Steiermark, 15.507 S für das Österreichische Nationalkomitee des internationalen Wasserversorgungsvereins, 27.840 S für den Österreichischen Wasserwirtschaftsverband, 12.880 S für die Wasseraufsichtsvereinigung an der Schwarza (für 1992 und 1993), 10.000 S für den Österreichischen Naturschutzbund Wien, 350 S für den Steiermärkischen Almwirtschaftsverband, 1.200 fr.F für die Internationale Ozon-Vereinigung und 250 DM für die Frontinus-Gesellschaft. Weiters wurde in etwa fünf Fällen die

Verhandlung zur Beteiligung an Güterweggemeinschaften erforderlich, um die Zufahrten zu den Anlagen der Abteilung zu sichern.

1993 wurden rund 350 Schadensakte im Zusammenhang mit der Beschädigung von Wasserleitungsanlagen und sonstigem Eigentum der Abteilung abgeschlossen. Dabei waren Schadensforderungen in der Höhe von rund 3,500.000 S einzufordern, wobei in manchen Fällen eine gerichtliche Hereinbringung veranlaßt werden mußte. Vermehrt ist auch wieder die Vorschreibung der Kosten für Kfz-Abschleppungen und Verstellungen sowie für Stehzeiten der Kontrahentenfirmen angefallen, wenn Fahrzeuge in Halteverbots abgestellt waren und Arbeiten der Abteilung behindert haben.

Ferner kam es zu 50 Wasserrohrgebrechen, bei denen von der Stadt Wien Schadenersatz zu leisten war. Die Liquidation der Schadensforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung als Betriebshaftpflichtversicherung der Abteilung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem waren Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Wasseraustritten nach Wasserzählerauswechselungen zu behandeln. Im Rahmen von Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen sind rund 30 Flurschadensverhandlungen angefallen, wobei Entschädigungen unter Heranziehung der Richtlinien der Landwirtschaftskammer mit den betroffenen Grundeigentümern zu vereinbaren waren. 180 Fälle wurden bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt. 10 Versicherungsverträge für diverse Anlagen, Immobilien und die Betriebshaftpflicht waren zu betreuen, die dabei im Jahr 1993 angefallenen Prämienzahlungen liegen in der Höhe von rund 2,300.000 S. Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder sind wieder Subventionsansuchen eingegangen, die zu bearbeiten waren. Dabei wurde die Genehmigung zur Leistung von Subventionen in der Höhe von 88.000 S erwirkt. Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes waren rund 15 Berufungsakte zu bearbeiten, die größtenteils der Berufungsbehörde vorzulegen waren und nur in geringen Fällen in Form einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurden. Auch waren Verfahren zur Kostenvorschreibung von beschädigten Wasserzählern unter Berücksichtigung der Einwendungen der Wasserabnehmer durchzuführen. Auf Grund der Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane sind etwa 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 eingeleitet worden. Sämtliche Urkunden und Schriftstücke, die im Laufe des Verwaltungsjahres errichtet wurden und für die Abteilung von weite- rer rechtlicher Bedeutung sind, waren in die Verzeichnisse des Lagerbuches der Hochquellenleitung einzutragen und in dieses selbst aufzunehmen. Sämtliche für den Grundbesitz der Abteilung bestehenden Steuerakte waren zu betreuen, geänderte Grundsteuervorschreibungen zu prüfen sowie Finanzamtsanfragen und Einheitswerterklärungen zu bearbeiten. Im besonderen ist hier das Verfahren zur Bewertung des neu errichteten Wasserbehälters auf der Schmelz zu erwähnen. Auf Grund der mit 1. Jänner 1994 wirksam werdenden Kommunalsteuer waren die Vorerhebungen zur Steuerbemessung für die in niederösterreichischen und steiermärkischen Gemeinden arbeitenden Bediensteten gemeinsam mit der MA 5 durchzuführen. Im Rahmen des Jahres 1993 waren laufend sowohl an Privatpersonen als auch an private und öffentliche Rechts- und Interessensvertretungen Rechtsauskünfte besonders hinsichtlich des Wasserversorgungsgesetzes zu erteilen. Auch waren amtsinterne Geschäftsfälle hinsichtlich vieler anderer Rechtsmaterien zu prüfen bzw. zu beurteilen.

## Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten, Feuerpolizei

Die Hauptaufgaben der Abteilung bestehen in der Sachverständigentätigkeit und in der Behördenfunktion auf einigen speziellen Gebieten, die weiterhin von drei Dezernaten wahrgenommen werden. Insgesamt wurden 1993 38.486 Dienststücke erledigt.

Folgende neue Rechtsvorschriften haben die Aufgabenbereiche der Abteilung betroffen:

Bundesgesetzliche Regelungen:

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1973, das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz und das Tilgungsgesetz 1972 geändert werden (Gewerberechtsnovelle 1992), BGBl. Nr. 29/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Begrenzung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen aus Anlagen zur Zementerzeugung, BGBl. Nr. 63/1993.

Bundesgesetz über Sicherheitsmaßnahmen, Normalisierung und Typisierung auf dem Gebiete der Elektrotechnik (Elektrotechnikgesetz 1992 – ETG 1992), BGBl. Nr. 106/1993.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Verbot von halogenierten Biphenylen, Terphenylen, Naphthalinen und Diphenylmethanen, BGBl. Nr. 210/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz und des Bundesministers für Arbeit und Soziales, mit der die Verordnung über brennbare Flüssigkeiten geändert wird, BGBl. Nr. 354/1993.

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Begrenzung von Emissionen aus Aufbereitungsanlagen für bituminöses Mischgut, BGBl. Nr. 489/1993.

Bundesgesetz über den Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformationsgesetz – UIG), BGBl. Nr. 495/1993.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Chemikalienverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 620/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Begrenzung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen aus Anlagen zur Gipszerzeugung, BGBl. Nr. 717/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Begrenzung der Emission von luftverunreinigenden Stoffen aus Brennöfen zur Ziegelerzeugung in gewerblichen Betriebsanlagen und Bergbauanlagen, BGBl. Nr. 720/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Betrieb von Dampfkesseln und Wärmekraftmaschinen, BGBl. Nr. 735/1993.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über Verbote und Beschränkungen von Cadmium und seinen Verbindungen sowie von Bleiweiß (Cadmiumverordnung), BGBl. Nr. 855/1993.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Wasch- und Chemischreinigungsprozessen von Textilien, BGBl. Nr. 871/1993.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Tankstellen und Fahrzeugreparatur- und -waschbetrieben, BGBl. Nr. 872/1993.

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz über die Bezeichnung von sehr giftigen, giftigen und mindergiftigen Stoffen in einer Giftliste (Giftliste-Verordnung), BGBl. Nr. 918/1993.

#### Landesgesetzliche Regelungen:

Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Bauordnungsnovelle 1993), LGBl. für Wien Nr. 49/1993.

Das Dezernat A, auf das insgesamt 24.396 Erledigungen entfielen, stellt die technischen Sachverständigen für alle gewerbebehördlichen Verfahren, wobei in dieser Gruppe auch Maschinenbautechniker und Chemiker für baubehördliche, sanitäts- und chemikalienrechtliche Belange zur Verfügung stehen. Neben der Beschickung von 4.385 Kommissionen wurden 6.976 Anfragen von den Magistratischen Bezirksämtern bzw. anderen Dienststellen behandelt. Hinzuzurechnen sind weiters 2.304 Aktenstücke, die möglichst umgehend zu erledigen waren, und Anfragen über Beschwerden und Konzessionen betrafen, wobei die Zahl der zu bearbeitenden Beschwerden mit 1.455 Anlaßfällen überwog, jedoch gegenüber den Vorjahren nahezu gleich blieb.

Im Berufungsverfahren für die II. Instanz wurden 82 gewerbeteknische Gutachten erstellt.

Gemäß Erlaß MD-85-3/77 wurden unter der Federführung der Abteilung Betriebsanlagen in Augenscheinsverhandlungen überprüft. Zusammen mit der Schwerpunktaktion „Putzereien und CKW-Betriebe“ wurden insgesamt 918 Überprüfungen auf kommissionellem Wege durchgeführt.

Im Jänner 1993 endete für den Großteil der chlorierte Kohlenwasserstoffe verwendenden Betriebe die dreijährige Übergangsfrist zur Anpassung ihrer Kleiderreinigungs- und Entfettungsanlagen an die Anforderungen der CKW-Anlagen-Verordnung, BGBl. Nr. 27/1990. Schwerpunktmäßig wurden wiederum 160 Putzereien überprüft, wobei besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der neuen gesetzlichen Bestimmungen und umweltrelevanten Auflagen gelegt, aber auch die ordnungsgemäße Entsorgung der gefährlichen Abfälle kontrolliert und die Schadstoffkonzentration der ins Freie ausgeblasenen, gereinigten Abluft mittels Prüfröhrchen gemessen wurde. Hierbei wurde festgestellt, daß 25 Betriebe entweder aufgelassen oder nur mehr als Übernahmestelle betrieben wurden und es bei nur 8 Betrieben keine Beanstandungen gab. Demgegenüber standen 51 Betriebe mit vielen und 76 mit wenig Mängeln.

Der größte Teil der Mängel bezog sich darauf, daß noch nicht allen gesetzlichen Bestimmungen der CKW-Anlagen-Verordnung entsprochen war. Am häufigsten wären diesbezüglich fehlende Bodensonden und fehlendes Kontaktwassergerät zu nennen. Bei 56 Putzereien waren Kontaktwassergeräte vorhanden, bei 43 fehlten die Geräte noch. Von 59 chemischen Putzereien, die eine Bodensonde zur regelmäßigen Überprüfung des Gehaltes an CKW in der Bodenluft benötigen, da sie nicht unterkellert waren, gab es nur 18 Betriebe, bei denen diese Sonde bereits gesetzt worden war. Von den sonstigen vorgefundenen Mängeln sind vor allem am häufigsten die Grenzwertüberschreitungen in der gereinigten Abluft zu nennen und fallweise auch MAK-Wert-Überschreitungen im Servicebereich der CKW-Anlagen. Unter den überprüften Putzereien gab es noch neun Betriebe mit Kleiderreinigungsmaschinen, in denen FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) eingesetzt werden. Diesbezüglich ist zu beachten, daß die Verwendung dieser Reinigungsmittel für Bekleidung und Textilien auf Grund chemikalienrechtlicher Bestimmungen ab 1. Jänner 1995 verboten sein wird. Bei 25 sowohl bereits aufgelassenen als auch noch in Betrieb stehenden Putzereien ergaben sich Bodenkontaminationen, wobei in 11 Fällen schon mit der Sanierung des Untergrundes begonnen wurde.

Von den 1993 überprüften 21 CKW-Betrieben anderer Branchen haben bereits acht ihre CKW-Anlage aufgelassen. Bei 10 Betrieben hat sich bereits die Notwendigkeit einer Bodensanierung ergeben, wobei bei vier Betrieben bereits eine Bodensanierung durchgeführt wird. Prinzipiell entsprach noch keine der 18 überprüften und noch betriebe-

nen CKW-Anlagen vollständig der neuen CKW-Anlagen-Verordnung, wobei hier in erster Linie das Fehlen von Abluftreinigungsanlagen, Kontaktwassergeräten und lösemitteldichten Wannen zu bemängeln war. Großteils waren die CKW-Anlagen noch als offene Tauchentfettungsanlagen ausgeführt und nicht als gekapselte Anlagen mit Einbringungs- und Ausbringungsschleusen.

Auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, Fluchtmöglichkeiten, Sicherheitsbeleuchtung und Handfeuerlöcher wurden 216 Selbstbedienungsläden unangesagt kontrolliert.

Hinsichtlich der Vollziehung des Chemikaliengesetzes, BGBl. Nr. 326/1987, und der zugehörigen Verordnungen wurden 90 schwerpunktmäßige Überprüfungen durchgeführt. Gegenstand dieser Überprüfungen war vor allem die richtige Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen. Dabei zeigte sich, daß die Kennzeichnungsbestimmungen von den größeren, etablierten Herstellern und Importeuren von Chemikalien im wesentlichen eingehalten werden; Mängel gab es vor allem bei solchen Herstellern oder Importeuren, die Chemikalien nur in geringen Gebindestückzahlen in Verkehr setzen. Bei etwa einem Drittel der überprüften Betriebe wurden keine, bei etwa der Hälfte wurden geringfügige Mängel festgestellt, und nur bei sieben Betrieben mußten schwerwiegende Mängel (z. B. überhaupt keine Kennzeichnung trotz offenbar gefährlicher Eigenschaften) festgestellt werden. Allerdings wurde festgestellt, daß Haushaltswaschmittel weiterhin nicht als gefährlich gekennzeichnet waren, obwohl ihnen durchaus gefährliche (in der Regel reizende) Eigenschaften zukämen.

Zusätzlich wurden 228 Anfragen betreffend Giftbezug erledigt.

Bezüglich des Abfallwirtschaftsgesetzes – AWG, BGBl. Nr. 325/1990, wurden bei Überprüfungen von Betriebsanlagen 1.039 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitschein vorgenommen.

Hinsichtlich des Luftreinhaltegesetzes-Kesselanlagen (LRG-K) waren bei der Abteilung mit Stichtag 31. Dezember 1993 218 Dampfkesselanlagen in Gewerbebetrieben statistisch erfaßt. Dies bedeutet gegenüber dem vorjährigen Stichtag einen Zuwachs um 32 Anlagen. Diese Dampfkesselanlagen wurden im Zuge von Überprüfungen der jeweiligen Betriebsanlage vorgefunden. Für 18 Dampfkessel nehmen die Betreiber für sich das Recht in Anspruch, diese Anlagen gemäß § 12 Abs. 6 LRG-K (BGBl. Nr. 380/1988) zu betreiben (5000 Vollaststunden Restnutzungsdauer). Bis auf wenige Ausnahmen werden diese Kessel allerdings nur sporadisch betrieben, so daß ein Ende der gesetzlich verankerten Restnutzungsdauer nicht abzusehen ist. Von den Dampfkesselanlagen, für die eine unwiderrufliche Erklärung abgegeben wurde, diese bis zum 31. Dezember 1994 stillzulegen, sind bereits 27 Anlagen verschrottet, so daß bis Ende des Jahres 1994 nur noch 14 Anlagen außer Betrieb zu setzen sind. Bei den sanierungspflichtigen Anlagen sind die Sanierungsmaßnahmen nahezu abgeschlossen: Es fehlt nur noch von vier Dampfkesselanlagen der Nachweis, daß die Emissionsgrenzwerte gemäß Anlage 1 zu § 12 LRG-K (BGBl. Nr. 380/1988) eingehalten werden.

Auf das Dezernat B (Behörde und Amtssachverständige für Elektro- und Gasangelegenheiten) entfielen im Jahr 1993 8.314 Geschäftsstücke. Davon wurden in 3.359 Fällen Amtssachverständige zu behördlichen Verhandlungen und in 940 Fällen zu kommissionellen Überprüfungen angefordert. 461 Anträge, Anzeigen und Beschwerden hat dieses Dezernat auf Grund des Elektrotechnikgesetzes, des Wiener Gasgesetzes und sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen behandelt. In weiteren 370 Fällen waren bescheidmäßige Aufträge sowie Befunde nach diesen Gesetzen zu überprüfen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß mit Wirksamkeit 1. April 1993 das Elektrotechnikgesetz aus dem Jahre 1965 durch ein neues, „europakonformes“ mit der Bezeichnung ETG 1992, BGBl. Nr. 106/1993, ersetzt wurde.

Für andere Dienststellen wurden 971 Fachgutachten erstellt. 87mal war es erforderlich, wegen des Umfangs bzw. wegen der komplexen Probleme außerhalb von Verhandlungen gesonderte und zum Teil recht zeitintensive Projektbesprechungen bezüglich der Elektro- und Gasprobleme mit Architekten bzw. den Planungs- und Errichterfirmen abzuhalten. Von den Projekten, die im Jahre 1993 auf Grund ihres Umfangs oder ihrer Besonderheiten einen besonders intensiven Arbeitseinsatz abverlangten, seien erwähnt: Abschluß der Renovierung des Etablissements Ronacher, Fertigstellung des Mehrzweckgebäudes Kärntnerringhof, Neubau des Hotels Wimberger sowie Erweiterung des SAS-Hotels. Aufstockung der Krankenanstalt Hera, Inangriffnahme eines Neu- bzw. Umbaus der Energieversorgung im Wilhelminenspital, Abschluß der 3. Ausbauphase des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, Erweiterungsbau für das Universitätszentrum Althanstraße, Grundsatzplanung für das Büro- und Geschäftszentrum Muthgasse, Bau der Großdruckerei Herold sowie zahlreiche Aktivitäten in Zusammenhang mit der Schaffung des Industriegebietes Ost, Errichtung einer Flüssiggas-Abfüllanlage am Gebäude der Firma BP, totaler Umbau des Sportzentrums Marswiese, Bau des mehrstöckigen Freizeitzentrums Pitkagasse und der Eishalle Attemsgasse.

Im Dezernat C konnte im Jahre 1993 die Behörden- und Sachverständigentätigkeit auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Baulärmgesetzes sowie des Wiener Prostitutionsgesetzes und der zu diesen Gesetzen erlassenen Verordnungen weitergeführt werden.

Im Rahmen der feuerpolizeilichen Agenden werden in periodischen Abständen von fünf Jahren bestimmte Baulichkeiten, die wegen ihrer Verwendung, ihrer Beschaffenheit oder ihrer Lage im Brandfall besonders gefährdet sind, überprüft. Bei diesen Objektsüberprüfungen werden die gesetzlich gedeckten Auflagen, Brandschutzeinrichtungen betreffend, bei bestehenden Vorschriften kontrolliert und gegebenenfalls ergänzt bzw. bei Erstbegehungen die erforderlichen Vorschriften erlassen. Auf Grund der Sachverständigentätigkeit werden zusätzliche Maßnahmen empfohlen, die zur Sicherung der Fluchtwege bzw. zur Brandabschnittsbildung bei großen Menschenansammlungen

erforderlich erscheinen, um die Sicherheit der im Gebäude anwesenden schutzbedürftigen Personen (Kinder, Kranke, Behinderte, Schüler) zu erhöhen. Insgesamt wurden 569 Objekte – teilweise bereits zum dritten Mal – im Jahr 1993 kontrolliert, die sich folgendermaßen aufteilten: 33 Amtshäuser (Polizei, Magistrat), 1 Bücherei, 34 Heime (Pensionisten-, Behinderten-, Studenten- und Schülerheime), 24 Hochhausstiegen, 81 Krankenanstalten (Spitäler und Ambulanzen), 172 Kindertagesheime (private, städtische, kirchliche), 135 Kultstätten verschiedener Glaubensrichtungen, 5 Museen (Bezirksmuseen), 78 Schulen (Volks- und Hauptschulen, allgemein bildende höhere Schulen, berufsbildende Schulen, Sonderschulen) und 6 Sondergebäude. Bei diesen periodischen Überprüfungen ließ sich feststellen, daß die bestehenden Vorschriften größtenteils erfüllt wurden, aber eine wiederkehrende und ständige Beratung des Aufsichtspersonals besonders wichtig ist. In 88 Fällen wurden die aufgetragenen Auflagen überwacht sowie 53 Fachgutachten auf Anfragen anderer Dienststellen abgegeben und 14 Projektsbegutachtungen durchgeführt. Zu 210 Verhandlungen wurden Amtssachverständige zu Bewilligungen der Pensionisten- und Behindertenheime, zu Bauverhandlungen bei Krankenanstalten der MA 35 und MA 37 sowie zu sanitätsrechtlichen Kommissionen der MA 14 entsandt. Daraus resultierten 346 Bescheide anderer Dienststellen, die von der Abteilung sowohl teilweise zu überwachen waren als auch Stellungnahmen erforderten. In 459 Fällen wurden feuerpolizeiliche und luftverunreinigende Übelstände behandelt. Hierbei war zu erheben, ob brandgefährliche Gegenstände und Stoffe aus Gängen und Stiegenhäusern, Dachböden und Wohnungen sowie aus dem Freien zu beseitigen sind bzw. ob unzulässige Luftverunreinigungen vorliegen.

128 Bescheide zur Beseitigung brandgefährlicher Gegenstände mußten erlassen und überwacht werden. In 94 Fällen wurden Kommissionsgebühren vorgeschrieben und 9 Strafanträge an die Magistratischen Bezirksämter gestellt. Für das Verbrennen von Gegenständen im Freien wurden 24 Bewilligungen erteilt.

Zur Erfassung der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurden in 153 Fällen Befunde angefordert. Die Benutzer derartiger Feuerstätten für gasförmige, flüssige und feste Brennstoffe übersandten 988 Befunde, die auf die Vollständigkeit der erforderlichen Angaben (Standort, Betreibername- und -adresse, Brennstoffart, zulässige Grenzwerte, Unterfertigung durch das Prüfungsorgan) zu überprüfen und evident zu halten waren. In Fällen, in denen Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt wurden, wurden von den Benutzern nach Aufforderung durch die Behörde nach durchgeführten Instandsetzungsarbeiten neuerlich Befunde vorgelegt. Es langten auch 107 Meldungen ein, daß eine Befundlegung nicht notwendig sei, da die Nennheizleistung unter 26 kW liegt. Diese Angaben wurden an Ort und Stelle überprüft.

Während der Sommer- und Winterausverkaufszeiten und in der Weihnachtszeit wurden 51 Kaufhäuser unangenehm schwerpunktmäßig überprüft.

Nach dem Baulärmgesetz wurden 91 Baulärmbelästigungen behandelt, 17 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt und 1.131 Bewilligungsbescheide der MA 46, die die Inanspruchnahme oder Aufgrabung des öffentlichen Gutes betrafen, in Evidenz gehalten. Sechs Beschwerden, die das Prostitutionsgesetz betrafen, wurden bearbeitet. Es wurde aber nur ein Bescheid erlassen. 2 Sprengbewilligungen wurden erteilt und 13 Berichte waren zu verfassen. Gegen 7 Bescheide wurde berufen oder die Vorstellung erhoben. 11 Gutachten über die Förderungswürdigkeit von brandschutztechnischen Maßnahmen in Beherbergungsstätten wurden erstellt.

Im Hinblick auf den hohen Stellenwert, den die Fortbildung und der Erfahrungsaustausch für die Sachverständigentätigkeit einnimmt, wurde 1993 an folgenden Veranstaltungen im In- und Ausland teilgenommen:

15. Sitzung des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbetchnik in Waidhofen/Ybbs (Österreichischer Städtebund), Seminar „Brandschadenverhütung“ in Ostfildern (Technische Akademie Esslingen), Seminar „Rauch- und Abgasfänge als Bauteil“ in Wien (Österreichisches Normungsinstitut), Seminar „Überprüfung von Tanksattel“ in France, Henin Beaumont (Firma Hochstaffl Fahrzeuge GesmbH), Seminar „Gefahrgeneigte Anlagen“ in Anif bei Salzburg (Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum), Seminar „CKW-Anlagen“ in Maria Rain/Angersbichl (Amt der Kärntner Landesregierung), Seminar „Brandschadenverhütung im Krankenhaus und Altenheim“ in D-Ostfildern/Nellingen (Technische Akademie Esslingen), Erstellung einer Gewerbetchnikrichtlinie zur Beurteilung von Sicherheitsanalysen in Graz (Amt der Steiermärkischen Landesregierung), Seminar „Chemikalien-Inspektion“ in Ossiach (Amt der Kärntner Landesregierung), 103. Jahrestagung und Fachausstellung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach in Passau, Seminar „Anlagenschutz“ in Essen (Haus der Technik), Seminar „Meßtechnik beim kathodischen Korrosionsschutz (KKS)“ in Ostfildern (Technische Akademie Esslingen), Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik in Pichl bei Schladming (Verbindungsstelle der Bundesländer), Seminar „Störfallverordnung“ in St. Pölten (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung), Erstellen von Amtsgutachten durch Umweltschutzsachverständige in Anif bei Salzburg (Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum), Seminar „Elektrotechnikgesetz 1992 – Durchführungsverordnung zum ETG 1992“ in Niederösterreich/Ottenstein (Verbindungsstelle der Bundesländer), Seminar „Ausbreitungsrechnung zur Luftreinhaltung“ in Essen (Haus der Technik), Seminar „Kohlenwasserstoffkontaminierte Böden“ in Salzburg (Magistrat Salzburg), Seminar „Sicherheitstechnische Anforderungen an Läger, die der Störfallverordnung unterliegen“ in Essen (Haus der Technik), Seminar „Druckgase – Stand der Sicherheitstechnik bei Lagerung und Umschlag verflüssigter Gase“ in Essen (Haus der Technik), Seminar „Ausbreitungsrechnung von Schadstoffen im Nahbereich von niedrigen Quellen einschließlich Ausbreitung von Kfz-Emissionen“ in Essen (Haus der Technik), Fachseminar „Lärm-Industrie und Gewerbe“ in Wien (UTEK), Seminar „Literatur und EDV-Programme betreffend Störfallver-

ordnung“ in Linz (Magistrat Linz), Seminar „Technische Grundlagen für die Methoden der Erkundung, Bewertung und Sanierung von mit flüssigen Kohlenwasserstoffen belasteten Böden“ in Salzburg (Magistrat Salzburg), Seminar „Kohlenwasserstoff-Altlasten“ in Schwechat (Forschungsinstitut für Chemie und Technologie von Erdölprodukten an der Technischen Universität Wien).

## Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes umfaßt die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Es ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten.

Im Jahr 1993 wurden 2.804 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17.685.805 m<sup>2</sup>, davon 21 Lagerwiesen mit 902.280 m<sup>2</sup> und der „grüne Prater“ mit 6.143.984 m<sup>2</sup> und 2.164 Blumenschalen gepflegt und erhalten. Ebenso wurden 255 Schulgärten mit 689.537 m<sup>2</sup>, 58 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m<sup>2</sup>, 265 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 515.343 m<sup>2</sup>, 15 Jugendspielplätze mit 82.250 m<sup>2</sup> gärtnerisch betreut.

In den Wiener Straßen stocken 76.484 Alleebäume. Die Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes ist eine der vordringlichsten Aufgaben. Der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert. Es wird daher durch standortverbessernde Maßnahmen versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen. 1993 war dies z. B. in 1, Ringstraße, 2, Hauptallee, 2, Rustenschacherallee, 11, Fickeysstraße, 12, Schönbrunner Straße, 12, Khlesplatz, 13, Veitingergasse, 13, Testarellogasse, 14, Hütteldorfer Straße, 19, Peter-Jordan-Straße, 20, Wehlstraße und 21, Wanckeläckergasse der Fall. Ein Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen wurden durchgeführt. Im Jahr 1993 wurden u. a. folgende neue Alleen bepflanzt, und zwar in 2, Nordwestbahnstraße, 3, Erdbergstraße, 5, Stolberggasse, 6, 7, und 15, Mariahilfer Straße und Europaplatz, 9, Bleichergasse, 10, Wienerberg, 10, Gudrunstraße, 11, Kaiserebersdorfer Straße, 12, Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße, 13, Gallgasse, 20, Romanogasse, 21, Voltelinigasse, 22, Josef-Frank-Gasse und in 23, Jochen-Rindt-Straße.

Das Referat Planung erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten sowie österreichische Nationenbeiträge bei internationalen Gartenbauausstellungen. Im innerstädtischen Bereich werden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei den bestehenden Anlagen, zum Teil aus der Gründerzeit, ist unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Bei den Projekten in den Stadterweiterungsgebieten wird mitgearbeitet: Hier müssen neue Wege für eine multifunktionale Nutzung der Freiräume besprochen werden. Verschiedene Varianten sollen in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen ausgearbeitet werden. Gemäß der ÖNORM wurden bei Kinderspielplätzen Fallschutzeinrichtungen montiert, so z. B. auf dem Kinderspielplatz in 10, Waldmüllerpark und 12, Füchselhofpark.

Im Jahre 1993 wurden in folgenden Anlagen gärtnerische und bautechnische Herstellungsarbeiten durchgeführt. Am Getreidemarkt im Bereich der Secession wurde eine Grünfläche umgestaltet und instand gesetzt, am Karlsplatz Blumenbeete als Straßenbegleitgrün neugestaltet, in 1, Hermann-Gmeiner-Park die Parkanlage und der Spielplatz neugestaltet, sowie am 23. Juni 1993 feierlich eröffnet. In 2, am Kompostplatz Freudenau wurde eine Binsenkärlanlage gebaut, in 2, Nordwestbahnstraße eine Grünfläche neugestaltet, in Sebastian-Kneipp-Gasse im 2. Bezirk ein historisches Sezessionsgitter montiert, im Prater in der Rustenschacherallee ein Skatepark und zwei Beach-Volleyballfelder fertiggestellt und am 25. April 1993 eröffnet, in 3, Rochuspark – U3 eine neue Parkanlage mit Kinderspielplatz fertiggestellt, in 4, Schlüsseltgasse mit dem Bau einer neuen Parkanlage begonnen (Fertigstellung 1994), in 6, Esterhazy-park eine neue Einfriedung mit Parktoren zur nächtlichen Sperre errichtet, die Mariahilfer Straße im 6. und 7. Bezirk gärtnerisch ausgestaltet, in 6, 7, und 15, der Europaplatz gärtnerisch ausgestaltet und eine Europaesche am 15. November 1993 gepflanzt, in 7, Andreaspark und in 8, Tigerpark jeweils mit dem Bau einer Parkanlage begonnen. In 8, Hamerlingpark wurde die Hundezone umgebaut, in 10, am Sonnwendspitz die Parkanlage neugestaltet, in 10, Antonspark mit den Umbauarbeiten „Agoraland“ begonnen, in 10, Gudrunstraße – Sonnwendgasse ein Radweg begrünt, in 10, Pernerstorfergasse Baumpflanzungen in der Kasseler Kalkschotterdecke vorgenommen, in 11, Gädnergasse eine Allee neugepflanzt, in 12, Meidlinger Hauptstraße die umgestaltete Fußgängerzone gärtnerisch ausgestaltet, in 15, Kardinal-Rauscher-Platz durch die U3 komplett umgestaltet und der 1. Bauabschnitt der Wiener Wasserwelt durchgeführt, in 15, Auf der Schmelz die Wegebegrünung fertiggestellt, bei 15, Maria vom Siege der Anfangspunkt des Grünzuges durch den 15. Bezirk begonnen, in 16, Karl-Kantner-Park die Standortbedingungen der dortigen Parkräume verbessert, in 16, Kongreßpark Teile der Parkanlage gärtnerisch umgestaltet, in 17, Lorenz-Bayer-Platz mit der Parkumgestaltung begonnen, in 17, an der Vorortelinie mit der gärtnerischen Ausgestaltung begonnen und die Allee erneuert, in 18, Vilma-Degischer-Park die Parkumgestaltung fertiggestellt und am 20. März 1993 eröffnet, in 18, Türkenschanzpark ein Lehrteich gemeinsam mit der MA 45 und der Studiengruppe Ökologie errichtet, sowie die Sperre der Parktore ab 5. Juli 1993 beschlossen, in 18, Pötzleinsdorfer Schloßpark die Einfriedungssanierung fertiggestellt, in 18, Währingerpark ein Ballspielgitter hergestellt, in 19, Saarpark der Kinderspielplatz neu gestaltet, in 20, Spielmannsgasse ein Kinderspielplatz gebaut und fertiggestellt, in 20, Sachsenpark ein ge-

schwungenes Sezessionsgitter montiert, in 22, Schüttauplatz eine gärtnerische Umgestaltung des Platzes vorgenommen, in 22, Donaupark die Leherb-Mosaik restauriert, in 22, Donaupark Vorbereitungsarbeiten der 30-Jahr-Feiern (WIG 64) durchgeführt.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 3.245 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden ein Vortrag und 18 Filmvorführungen veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, wurden 6.432 Sendungen, nach der phytosanitären Ausfuhrkontrolle 18.842 Sendungen und entsprechend den Verordnungen laut Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, 7.566 Sendungen kontrolliert.

Gemäß dem mit 1. August 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sind in folgenden Parkanlagen Hundezonen und Hundenauslaufplätze eingerichtet worden: In 2, Prater (250.000 m<sup>2</sup>), in 3, Linke Bahngasse (vor der Veterinärmedizinischen Hochschule) (1.300 m<sup>2</sup>), in 3, Kardinal-Nagl-Park (700 m<sup>2</sup>), in 3, Arenbergpark (1.500 m<sup>2</sup>), in 3, Puntigamerwiese (Landstraßer Gürtel/Ghegastraße) (800 m<sup>2</sup>), in 5, Spengergasse vor Bacherpark (230 m<sup>2</sup>), in 5, Klieberpark (300 m<sup>2</sup>), in 5, Willy-Frank-Park (140 m<sup>2</sup>), in 5, Einsiedlerpark (270 m<sup>2</sup>), in 6, Linke Wienzeile – vor Alfred-Grünwald-Park (500 m<sup>2</sup>), in 6, Esterhazypark (450 m<sup>2</sup>), in 8, Schönbornpark (1.500 m<sup>2</sup>), in 8, Hamerlingpark (450 m<sup>2</sup>), in 8, Tigerpark (in Bau) (130 m<sup>2</sup>), in 9, Lichtentalerpark (1.000 m<sup>2</sup>), in 10, Grünanlage Eisenstadtplatz (6.600 m<sup>2</sup>), Hebbelpark (370 m<sup>2</sup>), in 10, Heuberggstätten (150.000 m<sup>2</sup>), in 10, Humboldtpark (nicht offiziell) (600 m<sup>2</sup>), in 10, Grünanlage Wieselburgergasse/Klausenburgergasse (1.600 m<sup>2</sup>), in 10, Antonsplatz (1.800 m<sup>2</sup>), in 11, Am Kanal (von Geiselbergstraße bis Ostbahn bzw. Lorystraße) (24.000 m<sup>2</sup>), in 12, Korbergasse 5 (200 m<sup>2</sup>), in 12, Grünfläche Edelsinnstraße (zwischen Philadelphiabrücke und Wienerbergbrücke) (5.000 m<sup>2</sup>), in 12, Flohberg (3.000 m<sup>2</sup>), in 12, Zanaschkagasse (11.000 m<sup>2</sup>), in 12, Längenfeldgasse vor Steinbauerpark (1.000 m<sup>2</sup>), in 12, Untermeidlingerstraße vor Meidlinger Friedhof (3.000 m<sup>2</sup>), in 12, Breitenfurter Straße bei Firma Grundig (5.000 m<sup>2</sup>), in 13, Roter Berg (10.000 m<sup>2</sup>), in 13, Napoleonwald (10.000 m<sup>2</sup>), in 14, Matznerpark (6.000 m<sup>2</sup>), in 15, Vogelweidpark (1.600 m<sup>2</sup>), in 15, Dadlerpark (1.700 m<sup>2</sup>), in 16, Kongreßpark (3.700 m<sup>2</sup>), in 17, Lorenz-Bayer-Park (200 m<sup>2</sup>), in 18, Währinger Park (4.000 m<sup>2</sup>), in 19, Trautenauplatz („Olympiapark“) (3.800 m<sup>2</sup>), in 20, Forsthauspark (3.000 m<sup>2</sup>), in 20, Allerheiligenpark (2.400 m<sup>2</sup>), in 20, Wehlistraße – Robert-Blum-Gasse (100 m<sup>2</sup>), in 21, Grünfläche Illgasse – Aistgasse (3.700 m<sup>2</sup>), in 21, Floridsdorfer Aupark (9.000 m<sup>2</sup>), in 22, Hirschstettner Badeteich (40.000 m<sup>2</sup>), in 23, Draschepark, entlang der ÖBB (21.000 m<sup>2</sup>), in 23, Grünfläche Theophil-Hansen-Gasse – Rudolf-Waisenheim-Gasse (7.500 m<sup>2</sup>), in 23, Zanaschkagasse (2.400 m<sup>2</sup>). Die Gesamtfläche der Hundezonen/Auslaufplätze beträgt derzeit in Wien 602.540 m<sup>2</sup>. In 42 Parkanlagen sind Hunde generell verboten, in 26 zumindest zum Teil.

An folgenden nationalen und internationalen Gartenbauveranstaltungen erfolgte 1993 die Teilnahme: an der Valentinfier im Schulgarten Kagran, an der BOTANICA in der Wiener Stadthalle, FLORA Olmütz/Tschechien, IGA 93 Stuttgart, an Blumen- und Erdmärkten in Wiener Parkanlagen und Plätzen, an der Fuchsienschau in Maissau/NÖ, am Grundaufbau des Wiener Rosengartens in Jerusalem sowie an der 11. Baumpflegetagung in Wien.

Für zahlreiche in- und ausländische Gartenbaufachleute wurden durch Wiener Parkanlagen und Gartenbaubetriebe Exkursionen organisiert.

Das Programm zur offiziellen Benennung von Parkanlagen wurde gemeinsam mit der MA 7 und den Bezirksvorstellungen fortgesetzt. Unter anderem wurden der Hermann-Gmeiner-Park im 1. Bezirk und der Vilma-Degischer-Park im 18. Bezirk offiziell benannt.

Im Jahr 1993 konnten 152 Höfe besichtigt und Antragsteller beraten werden. Für 69 Innenhöfe wurden Subventionen von rund 1 Million Schilling gewährt. Seit Frühjahr 1993 wurden gemeinsam mit der MA 13 in 39 Parkanlagen tage/stundenweise Spielplätze betreut. Diese Betreuungen wurden von verschiedenen privaten Kinder- und Jugendorganisationen durchgeführt und sollen zu einer sinnvollen Park- und Spielplatznutzung anregen sowie den Vandalismus hintanhaltend. Die Parkbetreuung wurde in den Anlagen in 2, Rueppgasse, 2, Volkertmarkt, 3, Arenbergpark, 4, Alois-Drasche-Park, 4, Rubenspark, 5, Bacherpark, 5, Einsiedlerpark, 6, Esterhazypark, 6, Millergasse – Mittelgasse, 7, Josef-Strauß-Park, 7, Karl-Farkas-Park, 9, Lichtentalerpark, 9, Lichtensteinpark, 9, Arne-Carlsson-Park, 10, Arthaberpark, 10, Laubepark, 10, Wielandpark, 10, Humboldtpark, 11, Herderpark, 11, Hyblerpark, 12, Wilhelmsdorfer Park, 12, Hermann-Leopoldi-Park, 14, Matznerpark, 14, Baumgartner Casinopark, 14, Ordelpark, 15, Dadlerpark, 15, Auer-Welsbach-Park, 15, Forschneritschpark, 15, Vogelweidpark, 20, Mortarapark, 20, Sachsenpark, 20, Allerheiligenpark, 21, Haspingerplatz, 21, Denglerpark, 22, Rennbahnweg, 23, Haeckelstraße, 23, Anton-Heger-Platz, 23, Wiener Flur, 23, Draschepark durchgeführt.

## Wasserbau

Von der Gruppe Altlasten wurde die bauliche Durchführung der Absicherungsmaßnahmen bei der Altlast „Langes Feld“, die im Sommer 1992 begonnen wurde, weitergeführt. Bei dieser Altlast handelt es sich um mehrere nebeneinander liegende Kiesgruben, die nach ihrer Ausbeutung mit Aushubmaterial, Bauschutt, Sperrmüll und Hausmüll verfüllt wurden. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus einer Umschließung des Areals nach dem „Wiener Dichtwandkammersystem“ mittels stellenweise bis über 50 m tiefen Dichtwänden und einer entsprechenden Wasserhaltung. Zur Absicherung gegenüber Deponiegasmigrationen werden an den Deponierändern

Gasbrunnen errichtet und an eine aktive Entgasung angeschlossen. Die Umschließung der Altlast wurde Ende 1993 fertiggestellt. Die Installationsarbeiten und Einrichtung der Computersteuerung wird bis zum Sommer 1994 abgeschlossen sein.

Die Baumaßnahmen zur Absicherung der Altlast „Donaupark-Bruckhausen“ wurden durchgeführt und im Herbst 1993 abgeschlossen. Die Absicherung der Altlast besteht aus einer Sperrbrunnenanlage. Das geförderte Wasser wird nach einer Reinigung in einem Schönungsteich – dem Iris-See – in die Donau abgeleitet. Die Anlage läuft derzeit im Probetrieb.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Auf der Altlast „Bitterlichstraße – Löwygrube“ im 10. Bezirk wurde, nachdem hier durch Methangasbildungen Gefahr in Verzug gegeben war, eine Gefährdungsabschätzung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, daß eine Absicherung der Altlast und eine Absiedlung der darauf befindlichen Kleingartenanlage unbedingt erforderlich ist. Die Planungsarbeiten zur Absicherung der Altlast wurden abgeschlossen und die wasserrechtliche Bewilligung zur Durchführung der Maßnahmen erteilt. Die öffentliche Ausschreibung der Bauarbeiten wurde durchgeführt. Die bauliche Realisierung ist für 1994 vorgesehen.

Hinsichtlich der Altlast „Rudolf-Zeller-Gasse“ im 23. Bezirk wurde ein Variantenstudium über die möglichen Absicherungs- bzw. Sanierungsmöglichkeiten durchgeführt. Bei dieser Altlast handelt es sich um eine alte Müllschüttung der Stadt Wien, die in den ehemaligen Sandsteinbrüchen angelegt worden war. Als zweckmäßigste Variante ergab sich eine aktive Entgasung der Altlast, kombiniert mit einem Entwässerungsstollen. Diese Variante wurde bei der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Förderung nach dem Altlastensanierungsgesetz eingereicht.

Für die Absicherung bzw. Sanierung der Altlasten „Zentraltanklager“ und „Mobil – Breitenleer Straße“ im 22. Bezirk sowie „Shell – Pilzgasse“ im 21. Bezirk wurde mit der Erstellung von Variantenstudien begonnen. Bei diesen Altlasten handelt es sich um großflächige Mineralölkontaminationen, die auf Kriegseinwirkungen zurückzuführen sind. Für die Erstellung dieser Variantenstudien wurden umfangreiche Aufschlußbohrungen durchgeführt. Die Variantenstudien werden Anfang 1994 vorliegen.

Im Zusammenhang mit der Altlast „Siebenhirten“, dem ehemaligen Standort eines chemischen Industriebetriebes im 23. Bezirk und der Altlast auf dem Gelände der Entsorgungsbetriebe Simmering, British Petrol und Tierkörperverwertung im 11. Bezirk, die Kontaminationen mit Kohlenwasserstoffen, chlorierten Kohlenwasserstoffen und möglicherweise Milzbranderreger aufweist, wurden ebenfalls Variantenstudien bezüglich möglicher Absicherungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen begonnen. Auch diese Studien werden Anfang 1994 fertiggestellt sein. Bei den Verdachtsflächen „Laaerberg Bad“ im 10. Bezirk und KGV Nußdorf im 19. Bezirk wurden Gefährdungsabschätzungen durchgeführt.

Hinsichtlich der Verdachtsfläche „Gaswerk Simmering“ im 11. Bezirk wurde mit den Vorarbeiten für eine Gefährdungsabschätzung begonnen.

Neben diesen Projekten wurden weiters bei verschiedenen anderen Altlasten Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw. und Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS-(Geographisches Informationssystem)gestützte Altlastenkataster wurde vervollständigt.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden die behördlich vorgeschriebenen Auflagen und Kontrollen durchgeführt.

An die zur besseren Überwachung der abgesicherten Altlasten eingerichtete Datenfernübertragung zur Zentrale der MA 45, die es ermöglicht, jederzeit über den aktuellen Stand der Anlagen informiert zu sein und eventuell auftretende Störungen sofort beheben zu können, wurden die Anlagen – „Hasswellgasse“ und „Donaupark“ – angeschlossen.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, wie die Prüfung von Einreichungen nach § 104 WRG und der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, an 234 wasserrechtlichen, 169 gewerberechtlichen, 31 schiffahrtsrechtlichen und 94 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 570 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt sowie 336 wasserbautechnische Stellungnahmen abgegeben.

Laut Schifffahrtsgesetz 1990 Nr. 87 vom 14. Februar 1989 wurden vom Amtssachverständigen 9 Großschiffe, 558 Sportboote sowie 456 Mietboote überprüft. Außerdem wurden die Schifffahrtsanlagen, die zur Verheftung der Mietboote dienen, begutachtet.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien namens und auf Rechnung von Donaukraft weitergeführt. Im einzelnen handelte es sich um den Endausbau im Bauabschnitt 3.1 (Reichsbrücke – Bundesamtsgebäude) und um die 1. Ausbaustufe im Abschnitt Lössweg – Fischrestaurants.

Mit den Bauarbeiten für die Herstellung einer Zufahrtsrampe zur Grünhaufenbrücke konnte begonnen werden.

Planungsarbeiten bezogen sich auf die Ausführungsplanung und die Projektierung weiterer Abschnitte des Rechten Donaudammes sowie des Hafentores Albern.

Am linken Donauufer stromab der Steinspornbrücke bis zum Wehr 2 im Bereich Badebucht wurden die Arbeiten im Rahmen der zweiten Ausbaustufe fortgesetzt. Dabei handelt es sich um Böschungsverflachungen und die Herstellung einer Rampe, die im Zuge von Schadensbehebungen auf Grund des Hochwasserereignisses 1991 kostengünstig hergestellt werden konnten. Im Bereich Ruderzentrum wurden Vorarbeiten für die Installation von Beleuchtungsma-  
sten geleistet.

Bei der neu errichteten Sekundärbrücke in Kaisermühlen wurde ein Kanal verlegt und die Auffahrtsrampe sowie die Zufahrtswege errichtet.

Im Bereich Floridsdorfer Brücke bis Brigittenauer Brücke wurde die Anlegestelle für das Schul-Haus-Boot hergestellt. Die Oberflächengestaltung des Schul- und Trafostationvorplatzes (Donauinselplatz) konnte begonnen und zum größten Teil vollendet werden. Diese Arbeiten erfolgten zum größten Teil namens und auf Rechnung von Österreichische Schiffswerften AG und Donaukraft.

Planungsarbeiten betrafen den weiteren Ausbau des Donauhochwasserschutzes im Bereich der Lobau, die Errichtung eines Schwimmsteiges im Südteil der Neuen Donau sowie die Bestandsdokumentation.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs im Bereich des Südteils der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha fachgerecht zurückgeschnitten. Insgesamt wurden 5.000 m<sup>3</sup> Wasserpflanzen entfernt.

Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern auf der Donauinsel und dem Rechten Donaudamm wurden die 1988 und 1993 angeschafften „Inselstaubsauger“ erfolgreich eingesetzt.

Die Gruppe Gewässeraufsicht, der die Aufgabe der Überwachung der Gewässer und Wasseranlagen gemäß § 130 Wasserrechtsgesetz in mittelbarer Bundesverwaltung übertragen ist, hat auch 1993 die Interessen in ihrer Eigenschaft als Gewässerpolizei, Gewässerzustandsaufsicht und Gewässergüteaufsicht wahrgenommen.

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden die Wasserbenutzungsanlagen, wie zum Beispiel Wasserentnahmen aus Grund- und Oberflächenwässern, Versickerungen von Kühl- und Abwässern, Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen- und Mineralölabscheider, Wärmepumpen usw.) routinemäßig bzw. beim Auftreten von Betriebsstörungen überprüft. Hiezu wurden 1993 rund 400 Wasserbenutzungsanlagen, darunter 294 Kläranlagen und Mineralöl- und Seifenabscheider, einer Überprüfung unterzogen.

Zur vertieften Überwachung der Abwasserreinigungsanlagen wurde im Jahr 1993 das bestehende Labor der Abteilung mit der Anschaffung eines Zweistrahl-Spektral-Photometers, einer Schüttelapparatur eines Muffelofens, analytischer Waagen usw. weiter apparativ aufgerüstet. Es ist nunmehr möglich, eine umfangreiche Palette an Abwasserparametern wie z. B. CSB, BSB<sub>5</sub>, Stickstoffparameter, Phosphor, Kohlenwasserstoffe, diverse Schwermetalle, Phenole usw. zu analysieren; es können und werden jedoch auch Reinwasserproben aus Grund- und Oberflächenwässern untersucht. Die Anfertigung und Auswertung von Eluaten aus Bodenproben ist nunmehr ebenfalls möglich, was insbesondere bei der Beurteilung von Altstandorten (z. B. ehemaliges Tanklager usw.) und im Zuge von Schadstoffunfällen von großer Bedeutung ist.

1993 ereigneten sich 79 Schadstoffunfälle, die den Einsatz der Gewässeraufsicht erforderten. Sofortmaßnahmen bei diesen Akutfällen wurden im Einvernehmen mit den Einsatzkräften der Feuerwehr abgeklärt, die nach § 31 Abs. 2 und 3 Wasserrechtsgesetz vorgesehenen Sofortmaßnahmen bei Gefahr in Verzug einschließlich der Nachsorge-  
maßnahmen wurden veranlaßt und überwacht.

Ersatzmaßnahmen nach § 31/3 WRG mußten im Bereich eines mineralölverarbeitenden Betriebes im 22. Bezirk gesetzt werden, wo eine Gefährdung der Grundwasserqualität vorlag. Die Verfrachtung einer festgestellten Kontamination wurde dabei durch den Einsatz eines Sperrbrunnens mit anschließender Wasseraufbereitung und Wiederversickerung verhindert. Ein Schadensfall mit chlorierten Lösungsmitteln im 2. Bezirk konnte im Rahmen einer Sofortnahme als saniert abgeschlossen werden. Aus einer Altdeponie im 21. Bezirk mußte eine Emission durch Lösungsmittel festgestellt werden, die eine weitere Sofortmaßnahme notwendig machte. Beim Öffnen der Deponie wurden zahlreiche, teilweise gefüllte Fässer mit Lack- und Lösungsmittelresten sowie Chlorkohlenwasserstoffen festgestellt und entfernt.

Stichprobenartig bzw. großflächig in besonders diffizilen Bereichen wie z. B. an der Alten Donau wurden rund 700 Senkgruben einer Überprüfung unterzogen. Bei diesen Überprüfungen handelt es sich um augenscheinliche Überprüfungen des baulichen Zustandes, der ordnungsgemäßen Räumung und der generellen Abwasserbeseitigung der jeweiligen Liegenschaft im Hinblick auf die im § 31 WRG normierte „Allgemeine Sorgfaltspflicht“ zur Vermeidung von Gewässerverunreinigungen.

Ein wesentliches Tätigkeitsfeld lag auch 1993 wieder in der Teilnahme an diversen Verwaltungsverfahren. In Sachverständigenfunktion zur Wahrnehmung der Agenden des präventiven technischen Gewässerschutzes tätig, wurden Revisionen von Betriebsanlagen, deren Tätigkeit zu Gewässerverunreinigungen führen können, vorgenommen. Zahlreiche durch Sorglosigkeit und Nachlässigkeit verursachte Mängel mußten aufgezeigt und deren Behebung kontrolliert werden. In diesem Zusammenhang wurde 1993 an 337 gewerbebehördlichen Verhandlungen teilgenommen. 82 Betriebe wurden einer Nachkontrolle unterzogen. Bei diesen Betrieben wurde hauptsächlich die Aufklärung und Beratung in den Vordergrund gestellt, es mußten aber auch Auflagen erteilt und Strafverfahren beantragt werden.

Umfangreicher Überwachung bedurften die zahlreichen Naß- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung und die Deponien. Bei 327 Überprüfungen derartiger Anlagen, die trotz intensiven Zeitaufwandes nur stichprobenartig durchgeführt werden konnten, wurden zahlreiche Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt, die hauptsächlich in der Schüttung von nicht dem Konsens entsprechenden Materialien bestand. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde dabei jeweils veranlaßt und verwaltungsstrafrechtliche Schritte gesetzt.

Flächendeckende Untersuchungen der Grundwasserqualität auf chlorierte Kohlenwasserstoffe, Nitrat und Bor wurden im 21. und 22. Bezirk im Hinblick auf die Erlassung von Sanierungsgebietsverordnungen und zur Überwachung des weiteren Transportes der Schadstoffe durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung wurde und wird das gesetzlich vorgeschriebene Meßprogramm für die österreichweite Erhebung der Wassergüte im Rahmen des Hydrographiegesetzes durchgeführt. Quartalsmäßig wurde dabei Wasser aus 45 Grundwasser- und 2 Oberflächenwassermeßstellen von Auftragnehmern beprobt und analysiert.

Im Zuge der Erhebung von Altlasten wurde eine umfangreiche Gefährdungsabschätzung für ein Gebiet in Kagran, in dem sich zahlreiche Altdeponien befinden, beauftragt und durchgeführt. Aus diesem Grund wurden 15 Grundwassermeßstellen neu errichtet und zahlreiche Schürfe durchgeführt. Die Ergebnisse werden im laufenden Jahr umzusetzen sein. Die routinemäßige Kontrolle der in den Vorjahren errichteten Überwachungssonden an altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt.

In diesem Zusammenhang wurden verstärkt Betriebe, die mit chlorierten Kohlenwasserstoffen manipulierten, insbesondere Putzereien und Galvanikbetriebe kontrolliert und auf Wunsch der jeweiligen Behörde auch Bodenluftuntersuchungen beauftragt. Bei zahlreichen Betrieben konnten so Bodenkontaminationen mit Lösungsmitteln festgestellt werden, die entsprechende Sanierungsmaßnahmen erfordern.

Von der Gruppe Hydrologie wurden im Jahre 1993 neben zahlreichen Instandhaltungsarbeiten im Meßnetz des Hydrographischen Dienstes die Niederschlagsmeßstelle „Stöbergasse“ und die automatische meteorologische Station „Neu-Eßling“ errichtet.

Mit dem Ausbau der automatischen, meteorologischen Station Gutheil-Schoder-Gasse auf dem Lagerplatz der Abteilung wurde begonnen.

Die quantitative und qualitative Beweissicherung der Dotation Lobau wurde fortgeführt, ebenso die Qualitätsuntersuchungen des Wassers der Neuen Donau und des Schillerwassers.

Weiters wurde die Eichung eines Niederschlags-Abflußmodells der Außenstrecke des Wienflusses mit Daten des Hydrographischen Dienstes Wien in Auftrag gegeben und beendet. Die Ergebnisse werden in die Beckensteuerung der Rückhaltebecken in Hadersdorf eingearbeitet.

Die Untersuchungen über die thermische Belastung des Grundwassers in Stadlau sind weitergeführt worden, Ergebnisse liegen durch Einarbeitungen der Grundwassertemperaturmessungen der Abteilung in theoretische Modelle bereits vor.

Die im Jahr 1992 vergebene 5-Jahres-Untersuchung betreffend die Gewässergüte der Neuen Donau wurde planmäßig fortgeführt. 1993 ging es vor allem um die genaue quantitative Erfassung der Zu- und Abflüsse. Die Mengenbestimmung im Zusammenhang mit den Beregnungsanlagen auf der Donauinsel war von besonderer Bedeutung.

Mittels Detailprojektierung für das links- und rechtsufrige Hinterland sollen die hydrologischen Auswirkungen der projektierten, wasserwirtschaftlich relevanten Maßnahmen aus der Sicht der Stadt Wien abgeschätzt werden.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau – Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß.

In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken – Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer Wienfluß – U 4 im Bereich zwischen der Zufferbrücke und der U-Bahn-Station Unter-St. Veit wienflußseitig weitergeführt.

Die naturnahen Sanierungsarbeiten am Lainzerbach im Bereich Glawatschweg – Waldemarweg wurden fortgesetzt und die Bepflanzungsarbeiten in Angriff genommen.

Mit den Sanierungsmaßnahmen am Oberlauf des Rosenbaches wurde begonnen, die Sanierung der Ufermauer im Zuge der Rosentalgasse weitergeführt.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Gestaltung des linken Ufers der Unteren Alten Donau, die die Errichtung von Stegen und Flößen sowie Begrünungsarbeiten umfaßt, wurden fortgesetzt. Darüber hinaus wurde mit den Maßnahmen zur Ufergestaltung der Alten Naufahrt und des Mühlwassers und der Ausgestaltung des Verbindungsgewässers Mühlwasser – Alte Donau und des Hebergrabens begonnen.

1993 erfolgte der Beginn der Bauarbeiten zur Errichtung des Liesingbach-Radweges im Bereich Atzgersdorf bis zur Stadtgrenze bei Kledering. Hinsichtlich der Radwege „Willergasse“, „Kalksburg“ und „Radwegunterführung Triester Straße“ wurden Projekte erstellt. Der Abschnitt des Petersbach-Radweges wurde fortgesetzt.

Für die Entwicklung des Gewässers Alte Donau und des angrenzenden Umlandes wurde von der Abteilung gemeinsam mit Wissenschaftlern ein Gesamtkonzept erstellt.

Auf Grund der Untersuchungsergebnisse 1993 wurde als Sofortmaßnahme der Wasseraustausch Alte Donau durchgeführt. Dafür wurden ein Grundwassermodell erstellt sowie die Bauwerke Ausleitung Seestern, Ausleitung Kaisermühlen, Ausleitung Kaiserwasser und Ausleitung Broßmannplatz errichtet. Die Dotation wurde innerhalb von 5 Wochen abgeschlossen, wobei in dieser Zeit eine Menge von 2,6 Millionen m<sup>3</sup> Wasser ausgetauscht wurde. Dies

entspricht 75 Prozent der Gesamtkubatur der Alten Donau. Folgende Ergebnisse konnten festgehalten werden: Es wurde eine Verbesserung der Sichttiefe von rund 50 cm auf etwa 200 cm, eine Verbesserung der Sauerstoffwerte um rund 50 Prozent, eine Reduzierung der Nährstoffe um rund 50 Prozent und eine Reduzierung der Chlorophyll-a-Werte um rund 75 Prozent erreicht.

Es erfolgte die Beauftragung von fischereibiologischen Untersuchungen und in der Folge die Entwicklung eines Fischereimanagements für die Alte Donau.

An der Unteren Alten Donau im Bereich des Ruderclubs Pirat wurden während der Badesaison 1993 fünf Oberflächenbelüfter zur Sauerstoffanreicherung eingesetzt. Mit dieser Belüftung konnten im genannten Bereich die Sauerstoffdefizite abgebaut und der Schlamm lokal stabilisiert werden.

Die Sanierung und Revitalisierung des Wlassakgrabens sowie dessen Ausbau flußaufwärts der Kanaleinmündung im Hinblick auf die Sicherheit im Zusammenhang mit einem 100jährigen Hochwasser wurden fertiggestellt. Planungsarbeiten für die Sanierung des Unterlaufes wurden begonnen.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen sind die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen am Grünauerteich sowie die Weiterführung der Arbeiten zur Funktionsverbesserung des Sickerteiches Untere Jungenberggasse erwähnenswert. Weiters wurden Arbeiten zur Verbesserung der Entwässerung des im 19. Bezirk gelegenen Eichelhofweges/Hammerschmidgrabens geleistet, die Bauarbeiten für die Adaptierung einer ehemaligen Fußwegunterführung im 19. Bezirk Waldbach/Heiligenstädter Straße durchgeführt sowie die Erstellung eines Nutzungs- und Pflegekonzeptes der Gewässer Obere Lobau weitergeführt.

Die Gruppe Schutzwasserbau-Neubau war 1993 mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und vielfältigen Baumaßnahmen hinsichtlich der Bäche und Gerinne befaßt.

Nach Fertigstellung der landschaftsgerechten Gestaltung eines Musterabschnittes am linken Ufer der Unteren Alten Donau südlich der Großen Buchtstraße wurden die Bauarbeiten am Folgeabschnitt bis zum Süden der Alten Donau weitergeführt.

Die naturnahe gesicherten und gestalteten Uferzonen mit Erholungsfunktion werden durch bepflanzte Flachwasserzonen und darauf abgestimmte Holzkonstruktionen zur Freizeitnutzung wie Terrassen, Stege und Schwimmflöße erreicht. Die Ufergestaltung wird in Abstimmung auf den Baufortschritt des Dritten Donauefelder Sammelkanals vorgenommen.

Die Planungen für die in grundsätzlich analoger Form beabsichtigte Gestaltung eines Uferabschnittes zwischen Gänsehäufelbrücke und Kaisermühlendamm wurden eingeleitet.

Nach Abschluß der Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing mit integrierter Landschaftsgestaltung (Hochwasserrückhalteanlagen) soll ein Grundsatzkonzept zur Revitalisierung des gesamten Bachlaufes im Sinne des Stadtentwicklungsplanes erstellt werden. Dessen Ziel, einen naturnahen Zustand der Liesing unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Hochwasserschutzes zu erreichen, soll auf drei parallelen Wegen verwirklicht werden, und zwar durch Verbesserung der Wassergüte, durch ökologisch wirksame, kleinräumige Maßnahmen sowie durch großräumig naturnahe Umgestaltung des Baches und des Talraumes.

1993 wurde von einem Planungsteam die Phase der Datenerhebung, der Geländeaufnahmen sowie die Darstellung des Ist-Zustandes abgeschlossen und die Entwicklung von Leitbildern für die einzelnen Gewässerabschnitte auf Grund der gesammelten Daten vorgenommen.

Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf „Bauabschnitt Wien“ wurde die Herstellung der Grundbuchordnung weitergeführt.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Altarmen in der Lobau geplant. Da die Umsetzung des Projektes schrittweise und zunächst über einen wasserwirtschaftlichen Versuch erfolgen soll, war vorerst nach Erstellung eines diesbezüglichen Projektes die hydrologische und ökologische Begleitbearbeitung weiterzuführen.

Nach Fertigstellung der Überleitung Neue Donau – Alte Donau wurden die Planungen für eine Direktverbindung (Rohrleitung) zwischen Neuer Donau und Oberem Mühlwasser abgeschlossen und deren Realisierung begonnen.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung hat im Jahr 1993, wie schon in den vergangenen Jahren, Untersuchungen, Planungen und Projektierungen durchgeführt bzw. daran mitgearbeitet und in wasserwirtschaftlichen und anderen behördlichen Verfahren als wasserwirtschaftliches Planungsorgan mitgewirkt.

Im Zusammenhang mit dem Siedlungswasserbau wurden zahlreiche Projekte erstellt bzw. bearbeitet. So wurde in Kooperation mit einer Privatklinik im 19. Bezirk, ein Projekt zur lokalen Brauchwasserversorgung und Bewässerung von Grünflächen ausgearbeitet und in Zusammenarbeit mit der MA 42 für den Pötzleinsdorfer Schloßpark ein Projekt zur lokalen Wasserversorgung – wie für die Teichanspeisung, Bewässerung, Straßenreinigung und für den Kleintierzoo – erstellt.

Die Grundlagenbearbeitung für die Nutzwasserversorgung kommunaler Anlagen der MA 15, 27, 42, 48, 49, 51 u. a. wurden fortgesetzt, die Programme für einen umfassenden Grundlagenbewirtschaftungsplan erstellt. Das Genehmigungsverfahren hierzu wurde durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Stadterweiterung wurden mehrere Projekte der MA 42 und des WWFF zur Brauchwasserversorgung und Abwasserentsorgung von Wohnbau- und Betriebsbauvorhaben in der Brünner Straße, Wagramer Straße, Wulzendorfer Straße und in Aspern bearbeitet.

Zur Reinigung belasteter Dachflächenwässer wurde ein wissenschaftlicher Versuch vorgenommen, wobei mehrere Adsorptionsfilter getestet wurden.

Die Gruppe war überdies in eine Vielzahl von Planungsbesprechungen zur Stadtentwicklung eingebunden.

Hinsichtlich des Aufgabenkomplexes „Gewässergüteerfassung“ wurde mit dem Betrieb automatisch registrierender Meßstationen die Erfassung der Gewässerbeschaffenheit des Liesingbaches mit den stationären Meßstationen Kledeering und Industriegasse fortgesetzt. Weiters wurden mit einer mobilen Meßstation Immissionsmessungen an der Liesing im Bereich Schubertpark, am Mauerbach, am Halterbach und am Rosenbach durchgeführt. Diese Ergebnisse, die auch der Gewässeraufsicht von Nutzen sind, wurden in das genannte Projekt übernommen.

Die Arbeiten für die Errichtung eines Immissionsmeßnetzes mit registrierender Meßtechnik an Fließgewässern wurden fortgesetzt und eine Interessentensuche EWR-weit vorgenommen. Im Rahmen des Vollzuges der Wassergüteerhebungsverordnung wurden gemeinsam mit der Gruppe Gewässeraufsicht die Untersuchungen fortgesetzt.

Das Projekt einer Voruntersuchung zur Grundwassersanierung wurde programmgemäß abgeschlossen. Hierbei konnte umfangreiches Datenmaterial auf EDV-Datenträger eingespielt werden. Vorbereitende Arbeiten für einen Verordnungsentwurf laut § 33 WRG 1959 wurden begonnen.

Die Gespräche mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz von Tiefengrundwässern wurden fortgesetzt und ergänzende Untersuchungen zum vorliegenden Operat festgelegt. Das Leistungsprofil wurde in Abstimmung mit der MA 29 und 31 sowie unter Einbeziehung der Montanuniversität Leoben gänzlich überarbeitet sowie das Genehmigungsverfahren durchgeführt.

Hinsichtlich der Errichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems wurde die Systemstudie 1991 genehmigt und das wasserwirtschaftliche Datenbanksystem mit dem Wiener Umweltinformationssystem abgestimmt.

Das Projekt EIK – Errichtung eines Emissions- und Immissionskatasters für die Fließgewässer Wiens – wurde begonnen. Unter Anwendung der GIS ARC-Ingo werden das Fließgewässersystem Wiens samt zugehöriger Gewässerinformationen und sämtliche wasserrechtlich bewilligte Einleitungen samt Emissionsdaten erfaßt und dargestellt.

Darüber hinaus hat die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung an zahlreichen Projekten wie z. B. „Alte Donau“, „Revitalisierung Liesingbach“, „Abwasserentsorgungskonzept Liesingtal“ und „Wiental“ mitgewirkt und gemeinsam mit der MA 31 ein Projekt zur Überarbeitung der Wasserschutzgebiete „Markethäufel“ und „Prager Straße“ vorbereitet. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Altlasten hatte die Gruppe auch Anteil an Projekten zur Sicherung bzw. Sanierung von Altlasten wie z. B. „Mobil – Breitenlee“, „Shell – Pilzgasse“, „Entsorgungsbetriebe Simmering, British Petrol, Tierkörperverwertung“, „Rudolf-Zeller-Gasse“, „ÖMV-Zentraltanklager“ usw.

Ferner wurde die Wasserrechtsdatei überarbeitet und eine Karte mit allen Grundwasserrechten erstellt sowie das Grundwassermeßstellennetz auf den aktuellen Planungsstand gebracht. Außerdem wurde in verschiedenen wasserwirtschaftlich relevanten Arbeitsgremien mitgearbeitet wie z. B. ARGE Donauländer – AG Geographische Informationssysteme, AG Gewässerschutz; Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie: Nationaler Umweltplan; Österreichischer Wasserwirtschaftsverband: Arbeitsausschuß Sicherung der Wasserversorgung, Arbeitsausschuß Grundwassersanierungsgebiete; Magistrat der Stadt Wien: Leitung des Arbeitskreises Straßenentwässerung.

Die Gruppe Nutzung Donaubereich und Sonderaufgaben hat 1993 an der Erstellung des Erschließungskonzeptes des stadtstrukturellen Entwurfes und der Außenanlagen im Zusammenhang mit den Planungen der Wiener Entsorgungsgesellschaft für den Donauraum mitgewirkt.

Es wurden Alternativvorschläge und Gestaltungskonzepte für das Schulschiff bzw. dessen Außenanlagen entwickelt und ein Alternativkonzept für dessen Beheizung mittels Wärmepumpensystem erarbeitet.

Vorschläge für den Neubau zweier Restaurants am rechten Hochwasserschutzdamm im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Wien-Freudenau wurden eingebracht und Standortvorschläge für die Neuerrichtung eines Freizeitbetriebes am rechten Donauufer im Bereich der Floridsdorfer Brücke erstellt. Das Vorhaben „Kunst im Donaubereich“ konnte vorerst in Form einer Skulptur am rechten Donauufer nächst der Reichsbrücke realisiert werden. Weiters wurden für die Gestaltung der Fassade des Umspannwerkes am Handelskai im 2. Bezirk Vorschläge gemacht und die Errichtung eines Gastronomiebetriebes am rechten Ufer der Neuen Donau initiiert.

An der Gestaltung einer Mehrzwecksportanlage (Spesoc) im Bereich flußab Nordbahn bzw. U 6-Brücke wurde mitgewirkt.

Durch die Errichtung einer schwimmenden Brücke im Bereich der Reichsbrücke konnten die Nutzungsmöglichkeiten der Donauinsel in diesem Bereich verbessert werden.

Für Erweiterungsbauten des Freizeitentrums am linken Ufer der Neuen Donau nächst Reichsbrücke wurden Vorschläge erarbeitet.

Die Realisierung eines Beleuchtungskonzeptes für die Steinspornbrücke konnte veranlaßt werden. 71 Veranstaltungen wurden initiiert und gelangten mit Hilfe organisatorischer Unterstützung der Gruppe zur Durchführung.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Leitprojektes für den Donaukanal, Kaimauerstrecke, wurden die Arbeiten fortgesetzt.

Hinsichtlich der Verlegung der Riverside Bakery konnten Projektunterlagen erstellt werden.

Für die Rekonstruktion des Kaiserbades wurden Entwürfe der Aufbauten entwickelt, die entsprechenden Bewilligungsverfahren eingeleitet und für die Nutzung der Anlage geeignete Partner gesucht.

Weiters erfolgte die bessere Sicherung des Radweges und die naturnahe Gestaltung des Uferabschnittes im Bereich des Nordknotens am rechten Ufer. In einem wettbewerbsähnlichen Verfahren konnten Beiträge für künstlerische Interventionen am Donaukanal gewonnen werden.

Die rechtsufrigen neugestalteten Abschnitte des Donaukanals im Bereich der Weißgerber- und der Erdberger Lände wurden im Hinblick auf die Benützung durch die Bevölkerung vorbereitet.

Maßnahmen zur besseren Benützbarkeit der links- und rechtsufrigen Donaukanalabschnitte mittels Bereitstellung elektrischer Energie an Stelle von Verbrennungsmotoren wurden gesetzt.

Vorschläge für die Nutzung des aufgelassenen Tunnels der U 4 und der Stadtbahnbögen im Bereich Nußdorf sowie für eine bessere Verkehrserschließung des geplanten Park-&-Ride-Gebäudes nächst dem Kraftwerk Spittelau konnten erarbeitet werden.

Ein nicht mehr benötigtes Gebäude am rechten Donaukanalufer an der Kaimauerstrecke wurde abgebrochen.

Weiters plante man funktionelle und gestalterische Maßnahmen für den Umbau der Marienbrücke in eine Kulturbrücke. Es wurden darüber hinaus Vorschläge für die Gestaltung von Geländern erarbeitet, die in Material und Formensprache unserer Zeit entsprechen und zu dem bisher üblichen Nachbau der Otto-Wagner-Geländer am Beispiel Friedensbrücke kontrastieren.

Die Durchführung von 16 Veranstaltungen am Donaukanal wurde initiiert und deren Durchführung organisatorisch unterstützt.

In diesem Zusammenhang, insbesondere für den Kinderflohmarkt, erfolgte auch die Errichtung von Lagerräumen.

## Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Abteilung gliedert sich in fünf Betriebsabteilungen, und zwar in die Stabstellen der Zentrale, Personal-, Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten, Technik und Fuhrpark, Müllbeseitigung samt getrennter Sammlung sowie in die Straßenreinigung und Winterdienst, die sich wieder in Untergruppen aufteilt.

1993 wurde in der Stabstelle der Zentrale auch der Ausbau und die beginnende Vernetzung der PC-Ebene (in HW, Garagen und ABA) durchgeführt. Weiters kommt in der Abfallbehandlungsanlage seit 1993 das EDV-unterstützte Waagensystem zum Einsatz. Weiters wurde das IBS-System auf das IBS-plus-System umgestellt, diese Umstellung wurde vom Referat koordiniert. Seit 1993 kommt auch die EDV-unterstützte Streckenverwaltung in der Müllbeseitigung zum Einsatz. Bei der Erstellung des Pflichtenheftes und der Ausschreibungsunterlagen der Muldenverwaltung und Dienstleistungen der Müllbeseitigung wurde ein Entwurf von Mitarbeitern des Referates für die MD-ADV erstellt. In der zweiten Jahreshälfte wurde auch mit der Erstellung eines Pflichtenheftes für eine neue Personal- und Nebengebühren-Verwaltung begonnen.

Von der Abteilung wurden insgesamt 86 Ausschreibungen durchgeführt; 35 davon vom Vergabereferat. Schwerpunkte waren die Neuvergaben der Transportleistungen für die Abschleppung verkehrsbehindernd abgestellter Fahrzeuge, der Altpapiersammlung in den Bezirken 2, 6, 7, 14, 21 und 22 und die Vergabe des Bedarfes an Abfallsammelbehältern aus Kunststoff und verzinktem Stahl bzw. der Großraummüllbehälter aus Aluminium. 3.851 Bestellungen wurden für Lagerwaren der Abteilung direkt sowie 200 über die MA 54 durchgeführt. Diese Bestellungen betreffen primär Kfz-Ersatzteile wie Reifen, Kupplungen, asbestfreie Bremsbeläge, Batterien, ferner Verbrauchsmaterialien wie Treibstoffe, Schmiermittel usw.

Die Abnahme des in Wien gesammelten Altpapiers ist für die nächsten Jahre vertraglich gesichert. Gemeinsam mit der Betriebsabteilung Technik wurden vier Ausschreibungen für den Verkauf skartierter Fahrzeuge und Geräte durchgeführt. Um den Verkauf zu fördern, wurde die Interessentenkartei erweitert, die mehr als 1.300 Abnehmer beinhaltet. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 180 Freihandvergaben und Nachtragsangebote auf Preisangemessenheit geprüft.

Im Planungsreferat ist die erste Stufe der Untersuchungen betreffend Umweltverträglichkeit positiv abgeschlossen, die Langzeittests werden vorbereitet. Die Untersuchungen für Müllbehälter aus Recyclingkunststoff sind mit positivem Ausgang abgeschlossen, Müllbehälter mit 30 Prozent Altkunststoff sind gebrauchstauglich. Im Zuge des Filmfestivals auf dem Rathausplatz wurde die Möglichkeit zur Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen erprobt und auf Grund der positiven Ergebnisse zur allgemeinen Anwendung im Bereich der Stadt Wien empfohlen. Gemeinsam mit Wissenschaft und Industrie konnten Gütezeichenrichtlinien für Altkunststoffe erarbeitet werden, mit der Industrie und der MA 30 wurde die Entwicklung von Kanalrohren aus Altkunststoffen vorangetrieben, mit der Industrie und der MA 33 werden Kabelschutzrohre aus Altkunststoff im praktischen Einsatz erprobt. Ein neues Streumaterial auf Basis Leca, gemischt mit Harnstoff, wurde erprobt. Falls der Harnstoff durch Kaliumkarbonat ersetzt werden kann, wäre dieses Streumaterial für Fußgängerzonen und 30-km-Zonen wegen des geringen Staubanfalls und des geringeren Reinigungsaufwandes eine brauchbare Alternative zum derzeitigen Dolomitsplitt.

Im Planbüro wurden 320 Winterdienstpläne für Lkw, Unimog und Kleinräumfahrzeuge der Straßenreinigung erstellt, Pläne hinsichtlich Streckenlänge, Verkehrssituation und Befahrbarkeit mit großem Räumgerät aktualisiert und entsprechend den Neuführungen öffentlicher Verkehrsmittel und Abänderungen infolge des Fahrbahnrückbaus

ergänzt. Weiters wurden die Kaliumkarbonat- und Salzpläne nach der Streckenführung des öffentlichen Verkehrs und mit größtmöglicher Berücksichtigung des Umweltschutzes neu festgelegt.

Zwei mobile Wettermeßstellen im Bereich Freudenaus Hafenbrücke und Maurer Berg wurden installiert, der Niederschlag nach Art (Regen oder Schnee), die Bewölkung, der Taupunkt, der Wind nach Richtung und Stärke sowie die Temperatur (Boden und Luft) mit Hilfe einer Infrarottemperaturmeßeinheit gemessen. Ein Fahrzeug wurde mit einer Meßeinheit, die mittels Infrarotmeßgerät die Temperatur der Straßenoberfläche berührungslos messen kann, ausgerüstet. Weiters wurde eine Route, die täglich befahren wird und eine Reihe von Straßenstellen einbezieht, die rasch Glättebildung aufweisen, festgelegt. Drei Glättewarnstationen in den Bereichen Floridsdorfer Brücke, Nikolai-Brücke und Höhenstraße beim Fischerhaus wurden geplant, Meßfahrten, die während der Wintermonate 1992/93 durchgeführt wurden, festgelegt und das Bewilligungsverfahren eingeleitet. An 1.082 Orts- und Büroverhandlungen der MA 19, MA 28, MA 42, MA 46, MA 64, an Bezirkskoordinationsbesprechungen der Gemeindebezirke sowie Wirtschaftlichkeitssitzungen der MD-BD wurde teilgenommen.

Das Baureferat hat 48 Objekte der Abteilung und 477 Objekte, die auf Liegenschaften der Abteilungen MA 28, MA 42, MA 45, MA 52, MA 59, der Stadtwerke – Verkehrsbetriebe, Elektrizitäts-Werke, Genossenschaften, Wasserstraßendirektion, Österreichischen Bundesbahnen und von Privaten hinsichtlich der Erstellung und Ausarbeitung von Verträgen und Übereinkommen, Administration von Mietzinsen, Gebühren und Abgaben usw. verwaltet. Weiters wurde die Registratur im Amtshaus eingerichtet, ein Bremsprüfstand in der Garage 5 eingebaut, ein Fernwärmeanschluß für das Amtshaus und Garage 5 hergestellt, die Platzbefestigung des Innenhofes der Garage 17 durchgeführt und ein 50-l-Tank in der Garage 17 eingebaut. In der Abfallbehandlungsanlage wurde eine Stützmauer mit Platzbefestigung hergestellt. Vier Müllauflegerunterkünfte wurden generalsaniert. 18 Mistplätze und 116 Straßenpflegedepots wurden von der Abteilung verwaltet. Der neue Stützpunkt der Abschleppgruppe in 11, Simmeringer Haide, wurde fertiggestellt.

In Wien standen 248 öffentliche Bedürfnisanstalten, 26 Pissoire und 57 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren insgesamt an 202 Tagen eingesetzt. Zwei öffentliche Bedürfnisanstalten wurden neu errichtet, eine Anlage generalsaniert und eine Anlage abgebrochen.

Neubenannt und umbenannt wurden 60 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 90 Straßenbenennungstafeln und 7 Orientierungsnummerntafeln an den fertiggestellten Anbringungsstellen montiert bzw. 182 Tafeln bestellt wurden. Für sieben im Jahr 1993 neubenannte Straßen, Gassen und Plätze wurden 35 Tafeln bestellt und montiert. Es wurden 520 Straßenbenennungs-, 17 Hinweis- und 1 Orientierungsnummerntafel erhoben, bestellt, geliefert und montiert. Über Auftrag der MA 7 – Altstadterhaltung wurden im 1., 8. und 19. Bezirk 55 historisch nachgebildete Straßenbenennungstafeln montiert. Über Auftrag der MA 53 wurden im 2. Bezirk bei 8 Straßen, Gassen und Plätzen 8 Erläuterungstafeln unter den Straßentafeln angebracht.

Im InfoReferat konnte am Mist- und Schneetelefon mit 50.050 Anrufen wieder eine Steigerung gegenüber den Vorjahren verzeichnet werden. In der Zeitung „Unser Wien“ wurden zwei Sonderbeilagen zu den Themen „Getrennte Sammlung“ und „Winterdienst“ sowie eine achtseitige Sondernummer zur Verpackungsverordnung produziert. Weiters wurden zu den Themen Biotonne, Mobile Mistplätze und Christbaumsammlung Inseratenkampagnen durchgeführt. Das Inkrafttreten der Verpackungsverordnung wurde von einer Werbekampagne zusammen mit der MA 53 begleitet. Eine Plakatkampagne mit dem „Müllbaby“, Inserate, eine „Unser Wien“-Sondernummer, verstärkte Besetzung des Misttelefons und eine Erweiterung der mobilen Abfallberatung waren die wichtigsten Aspekte. Zahlreiche Broschüren und Flugblätter wurden angeschafft. Durch die Änderungen im Zuge der Verpackungsverordnung mußten 10.000 Stück „Mist im Griff“ mit Klebeetiketten adaptiert werden. Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen durch Abfallbehandlungseinrichtungen der Abteilung wurden fortgesetzt. Von März bis Juni und Oktober bis Dezember wurden 316 Fahrten mit 12.260 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Mit dem Bundesrealgymnasium in 5, Rainergasse, wurde ein Grätzelfest im Oktober durchgeführt. Im Frühjahr wurde in drei großen Einkaufszentren (Lugner City, SCN, Donauzentrum) jeweils einwöchige Ausstellungen zur Müllvermeidung und Kompostierung durchgeführt, die bei der Bevölkerung großen Anklang fanden. Bei verschiedenen Veranstaltungen und Festen war das Info-Referat mit Informationen, Spiel und Spaß vertreten, z. B. beim Familiensonntag (zusammen mit dem Mistflohmarkt), am Ottakringer Kirtag, Feuerwehrfest, Donauinsselfest, Wiener Umwelttag mit großer Ausstellung usw. Mit der Durchführung des 4. Wiener Abfallwirtschaftskongresses und eines Zukunftssymposiums im Rahmen der Umweltmesse UTEC-Absorga im Oktober 1993 wurde ein privates Unternehmen beauftragt und betreut. Am 18. und 19. September fand wieder das jährliche Mistfest in der Abfallbehandlungsanlage statt, bei dem über 20.000 Besucher begrüßt werden konnten. Neben einer Fuhrparkschau der Abteilung und Ausstellungen zur Kompostierung und Müllvermeidung waren die Hauptattraktionen der begehbare Komposthaufen der MA 42, ein Streichelzoo, ein Müllkasperltheater u. v. a.

Der Personalstand der für die Abteilung tätigen Abfallberater/innen wurde durch einen neuen Kurs im Sommer wieder aufgestockt. Mit 31. Dezember 1993 waren 48 Berater, 8 mit Teilzeitverträgen, 40 auf Werkvertrag tätig. Deren Aufgabe umfaßt die ganze Palette von Abfallinformation: Misttelefon, Betreuung von Beratungsständen, Schulprojekte, Führungen, Gewerbeberatung, Kompostberatung usw. Im Jahr 1993 wurden dafür 17.447,5 Stunden aufgewendet.

Die mobile Abfallberatung mit Info-Bussen (Citybussen) wurde wieder eingeführt. Bei 84 Einsatztagen konnten 6.736 Beratungen verzeichnet werden.

Der bundesweite Arbeitskreis für umweltbewußtes Management B.A.U.M. betreute wieder Wiener Gewerbebetriebe bei der Umsetzung umweltbewußter Projekte.

Die Betriebsabteilung Personal-, Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten war mit folgenden Aufgaben befaßt:

#### Personal

Mit 31. Dezember 1993 waren 2.987 Dienstposten einschließlich der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 321. Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahre 1993 an 1.985 Schadensfällen beteiligt, von denen 1.349 die Abteilung betrafen. Insgesamt konnten 1.329 Fälle abgeschlossen werden und an Schadensersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen 3.059.478 S hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 827 Fällen insgesamt 540.822 S einbringlich gemacht. Der Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz betrug 194.988.000 S.

In der Zentrale der Betriebsabteilung Fuhrpark und Technik wurden Minimierungsversuche der gesondert zu entsorgenden Abfallstoffe aus den Ölabscheideranlagen in Zusammenarbeit mit der Baugruppe gemacht. Ziel dieser Bemühungen war und ist die Einhaltung des Verbotes der Einleitung von schädlichen Stoffen in den Kanal sowie eine drastische Senkung der relativ hohen Entsorgungsgebühren der Abscheiderinhalte. Sämtliche Benzinzapfsäulen der Abteilungstankstellen wurden mit einer aktiven Gasrückführung ausgestattet, um beim Tankvorgang ein Entweichen der Benzindämpfe ins Freie hintanzuhalten. Für die Reinigung von Motor- und Geräteteilen in den Werkstätten werden biologisch abbaubare Waschmittel verwendet. Bei Bremsenreparaturen kommen so wie bei Neufahrzeugen nur mehr asbestfreie Beläge zum Einsatz.

Zur Verringerung der Altölmengen sind in den Garagen der Abteilung Hydraulikölreinigungsanlagen in Verwendung, die außer einen geringeren Frischölbedarf auch einen dementsprechend kleineren Altölanfall gewährleisten. Neben der damit verbundenen reduzierten Umweltbelastung ergeben sich auch Einsparungen auf Grund niedrigerer Besorgungs- und Entsorgungskosten. Biodiesel-Kraftstoff ist ebenso probeweise im Einsatz wie biologisch abbaubares Hydrauliköl. Es wurde auch noch darangegangen, die zum Teil schon in den vergangenen Jahren zu Versuchszwecken an verschiedenen Fahrzeugen aufgerüsteten Abgasreinigungsanlagen, wie Rußfilter, Katalysatoren, Wassereinspritz- und Drucklufteinblasanlagen gegenüberzustellen und die für die Abteilung sowie im Hinblick auf künftige EWR-Bestimmungen geeignetste und effizienteste Anlage zu ermitteln, um sie dann bei künftigen Fahrzeug-Ankäufen generell zu berücksichtigen.

Die Betriebsabteilung Technik schaffte 397 Fahrzeuge, Maschinen, Geräte und Anlagen (Telefone, Pager usw.) an. Durch die Technik-Zentrale erfolgten rund 420 An- und Abmeldungen von Kfz, Motorrädern, Mopeds und Anhängern bei der Bundespolizeidirektion Wien (Verkehrsamt) des gesamten Magistrats, ausgenommen der MA 68. Weiters wurde bei der zuständigen Behörde zur Genehmigung 86 Kraftfahrzeuge vorgeführt, die einer Neugenehmigung bedurften bzw. an denen kraftfahrrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden. Ferner wurden Wiegekarten, Fotos, die technische Beschreibung und Gutachten von den jeweiligen Fahrzeugen bestellt. Bei der MA 46 wurde um Routengenehmigung gemäß § 40 (3) KFG für 100 Fahrzeuge des Winterdienstes, 11 Fahrzeuge für Schwertransporte und 3 Fahrzeuge mit Überhöhe und Überbreite angesucht. Von der Betriebsabteilung wurden insgesamt bei 16 Skartierungsverhandlungen 854 Fahrzeuge und Geräte skartiert. Für die zum Verkauf angebotenen Fahrzeuge und Geräte wurde ein Erlös von 4.786.307 S erzielt. Teilgenommen wurde an 16 Skartierungsverhandlungen über 2.670 Fahrzeuge der Abschleppgruppe.

In der Abteilung waren insgesamt 650 Mobilfunkgeräte, 35 Handfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage der Abfallbehandlungsanlage mit 20 Personenrufempfängern vorhanden. Bei allen diesen Geräten ist es notwendig, den nötigen Ein- bzw. Ausbau bei den diversen Fahrzeugen der Abteilung sowie bei 190 Kontrahenten des Winterdienstes und 25 Kontrahenten der Abschleppgruppe zu veranlassen.

Weiters wurden 291 Personenrufempfänger verwendet. Es werden rund 120 Personenrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienst-Kontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Reparaturen der gesamten Telefonanlage der Abteilung wurden über die MA 34 veranlaßt. Eine audiometrische Funktionsprüfung für 102 Arbeitnehmer der Hauptwerkstätte wurde durchgeführt und Schirmbildreihenuntersuchung für 719 Arbeitnehmer. Fünf Arbeitnehmer werden zweimal jährlich auf Blei, Toluol, Xylol untersucht.

Für Fremdbeteiligungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 3.120 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte Rechnungen auf deren Preisangemessenheit. 1.260 Fahrzeuge der Abteilung waren für Fremdbeteiligungen eingesetzt. Weiters beschäftigte die Abteilung im Laufe des Jahres über Beauftragung durch die Technik-Fahrzeugleitstelle für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung 5.862 Kranwagen, 5.172 Kipper, 73 Kehrmaschinen, 1.706 Waschmaschinen, 6.623 Multilift-Transporter, 6.300 Abschlepp-Lkw und 860 Bob-Cat von privaten Unternehmungen. An eigenen Fahrzeugen waren 518 Kranwagen, 3.111 Kipper, 9.198 Kehrmaschinen, 2.944 Waschmaschinen,

1.258 Schlammsauger und 1.974 Abschleppwagen für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung eingesetzt. Für den Schlackenbetontransport von der Mischanlage der Abfallbehandlungsanlage zur Planierung Rautenweg wurden 1.565 Sattelzugfahrzeuge der Abteilung eingesetzt. Weiters wurden 1.028 Sattelzugfahrzeuge für den Transport von Kompost von der Abfallbehandlungsanlage zur Kompostieranlage eingesetzt. Drei Spezialbusse beförderten täglich rund 50 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Zusätzlich wurden Rechnungen für den Transport von täglich rund 600 Kindern überprüft. Die Fahrzeuggestelle organisierte für das Donauinselfest, für die mobilen Mistplätze an allen Sonntagen im April und Oktober, für die Jugoslawienhilfe alle dafür notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge und die Fahrzeuge von privaten Firmen. Weiters wurden für den gesamten Magistrat die monatlichen Verkehrssteuerabrechnungen sowie die Jahresabrechnung durchgeführt. 180 Lenkererhebungen und Anonymverfügungen und 235 Sondereinsätze wurden organisiert bzw. durchgeführt und die Kostenermittlung zusammengestellt. 124 Bedienstete bzw. Stellungsgeber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C und B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf Lkw bzw. Kleinfahrzeuge überprüft werden. In sieben Fahrschulen erfolgte die Ausbildung von 57 Bediensteten der Abteilung, 8 Bediensteten der MA 70, 1 Bediensteten der MA 33, 6 Bediensteten der MA 42, 10 Bediensteten der MA 30, 1 Bediensteten des Bürgerdienstes, weiters wurden Rechnungen überprüft und ausgefertigt. Am Brückenkran wurden 6 Bedienstete der Abfallbehandlungsanlage ausgebildet. Für 25 Bedienstete wurde ein Staplerkurs organisiert, durchgeführt und verrechnet. Die Abteilung schaffte 1993 für 27 andere Magistratsabteilungen nach vorhergehender Beratung 500 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte an. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 64 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Weiters war die Begutachtung von insgesamt rund 200 Schäden an abgeschleppten Fahrzeugen, an verunfallten Fahrzeugen der zu betreuenden 27 Magistratsdienststellen und der mobilen Krankenschwestern sowie der Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge durchzuführen, die Rechnungen zu prüfen und an die Versicherung weiterzuleiten. Für rund 1.000 Fahrzeuge von den Fremdbteilungen wurde die Einteilung zur §-55/57-KFG-Überprüfung in der Prüfstelle der Abteilung getroffen und deren Durchführung sowie Mängelbehebung überwacht.

Die Hauptwerkstätte erbrachte 1.925 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 92 an abteilungsfremden Fahrzeugen, 926 Stückreparaturen, in 1.119 Fällen den An- und Abbau von Schneepflügen, Streuanhängern, Anbaustreuern und Schneefräsen, 1.096 Reparaturen von Schneepflügen, Streuanhängern, Ab- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, 18 Schneepflugaubauten, 10 Schneepflugkomplettierungen, 1.628 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55(1)/57/1/1 KFG, 476 Nachüberprüfungen, 620 Durchsichten, 205 Tachographenüberprüfungen und 112 Fahrzeugneuübernahmen. Weiters wurden verschiedenste Arbeiten für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Fuhrpark, Abschleppgruppe und Zentrale, angefangen bei Handkarrenreparaturen über Wandverbauten und Stellagen bis zur Nachrüstung der Abfallberatungsbusse erledigt.

In den drei Großgaragen der Abteilung waren 562 Fahrzeuge der Müllabfuhr stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 3.792.320 l Dieselmotortreibstoff, 14.878 l Vergasertreibstoff, 45.349 l Motoröl, 5.761 l Getriebeöl, 14.732 l Hydrauliköl, 4.656 l Kühlerfrostschutzmittel, 1.625 l Bremsenfrostschutzmittel, 410 l Bremsflüssigkeit, 5.800 kg Abschmierfett, 3.612 l Petroleum und 50 l Dieselmotorsatz. Weiters waren mit Dezember 1993 1.214 Fahrzeuge, Geräte und Winterdienstgeräte der Straßenreinigung stationiert bzw. diese für die Wartung zugeteilt. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung benötigten insgesamt 1.063.094 l Dieselmotortreibstoff, 1.814.643 l Vergasertreibstoff, 16.158 l Motoröl, 2.012 l Getriebeöl, 2.351 l Hydrauliköl, 2.095 l Kühlerfrostschutzmittel, 449 l Bremsflüssigkeit und 352 kg Abschmierfette. Von den Garagen wurden 2.105 Sondereinsätze (Trinkwassereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinheiten, Beseitigung von Straßenverunreinigungen) geleistet.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug mit Dezember 1993 105 Personenkraftwagen und 15 Busse sowie 2 Büroanhänger, die beim Mobilien Bürgerdienst eingesetzt sind. Diese Fahrzeuge benötigten 29.567 l Dieselmotortreibstoff, 162.025 l Vergasertreibstoff, 2.294 l Motoröl, 66 l Getriebeöl, 172 l Kühlerfrostschutzmittel und 51 l Bremsflüssigkeit.

Die Abschleppgruppe hat 29.922 verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89 a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 1.190 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe sind dies 31.112 Entfernungen (1992: 31.607 Entfernungen). Die Abschleppgruppe wurde 49.270mal zur Entfernung von falsch geparkten Fahrzeugen angefordert, das bedeutet, daß ebenso viele Adressen mit Kommandofahrzeugen oder Lkw angefahren werden mußten.

Weiters wurden 15.095 (1992: 11.233, oder +34,38%) Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Darin enthalten sind 7.670 (1992: 6.877) Entfernungen auf Grund von Verzichtserklärungen (Wracks). Trotz des eklatanten Preisverfalls für Schrott konnten durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks Einnahmen in der Höhe von rund 6,6 Millionen Schilling erzielt werden.

Es wurden 16.256 (1992: 15.550) Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen entgegengenommen. Darunter wurden unter anderem 7.060 durch die Abschleppgruppe, 3.440 durch die Straßenreinigung, 2.685 durch die Polizei und 1.919 durch den Bürgerdienst und die Stadtinformation der Abschleppgruppe bekannt gemacht. Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, wurden ab Mitte 1993 vier Fahrzeuge von Privatfirmen zusätzlich aufgenommen, so daß drei Abschleppfahrzeuge der Abteilung und 22 von Privatfirmen für die Entfernung von Fahrzeugen mit und ohne Kennzeichen gemäß § 89 a StVO kontinuierlich eingesetzt waren.

Für die Wrackabschleppung (Verzichte und Hülsen ohne Verzichtserklärung) waren je nach Bedarf 2 bis 4 Kranfahrzeuge im Einsatz. Zusätzlich wurden in den Monaten Mai und Juni Kranfahrzeuge der Abteilung Fuhrpark eingesetzt, um die überaus große Zahl illegal abgelagerter Fahrzeugwracks zu beseitigen. Die 1993 fertiggestellte Kfz-Verwahrstelle Simmering wird am 3. Jänner 1994 teilweise in Betrieb genommen werden. Die komplette Übersiedlung der Abschleppgruppe und vollständige Inbetriebnahme ist für April 1994 vorgesehen.

Es werden von der Betriebsabteilung Müllbeseitigung samt getrennter Sammlung jene Abfälle (Müll und Altstoffe) bekannt gemacht, die entweder von kommunalen Einrichtungen selbst oder in deren Auftrag in Wien behandelt wurden. Dies umfaßt sowohl Mengen aus privaten Haushalten als auch aus Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen. Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1993 744.309 t gegenüber 713.135 t im Jahr 1992 und lag damit um 4,37 Prozent über dem Vorjahr. Die Steigerung lag praktisch ausschließlich im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (225.611 t, +17,78%), während die gesammelte Müllmenge mit 518.698 t (1992: 521.585 t, -0,55%) geringfügig sank. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß das Müllaufkommen mit 574.326 t um 2,23% sank (1992: 587.436 t), während die Menge an getrennt gesammelten Stoffen im Jahr 1993 auf 240.209 t (1992: 207.088 t) um 15,99 Prozent zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll, Altstoffe und Problemstoffe) stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 2,52 Prozent auf 814.535 t (1992: 794.524 t). Davon konnten 251.988 t (240.209 t durch getrennte Erfassung und 11.779 t durch nachträgliche Aussortierung), das sind rund 30,94 Prozent, verwertet bzw. behandelt werden.

Herkunft der Müll- und Altstoffmenge	Müll (t)	getrennt gesammelt (t)
Systemmüllsammlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	456.885	
Muldenabfuhr (9-m <sup>3</sup> bis 24-m <sup>3</sup> -Container)		
Gewerbemüll, Marktabfälle etc.	25.420	
Rest- und Sperrmüll von Mistplätzen	21.239	
Bauschutt von Mistplätzen		26.074
Sperrmüllsammlung (Lkw-Abfuhr)	5.256	517
Spitalmüll-Abfuhr	9.898	
Getrennte Altstoffsammlung		127.194
Altstoffsammlung auf Mistplätzen		10.991
Altstoffe – sonstige		418
Kompostmaterial Biotonne		49.846
Kompostmaterial von Mistplätzen		5.299
Kompostmaterial – sonstiges		2.789
Problemstoffsammlung		1.478
Kühlaggregate		1.005
Zwischensumme I – Sammlung	518.698	225.611
Sammelleistung der MA 48		744.309 t
Fremdanlieferungen zur ABA – Müll	4.528	
Fremdanlieferungen zur ABA – Altstoffe		9.946
Fremdanlieferungen zur ABA – Kompost		4.627
Fremdanlieferungen zur ABA – Problemstoffe		26
Fremdanlieferungen zur ABA – Kühlaggregate		349
Fremdanlieferungen zur MVA I	10.723	
Fremdanlieferungen zur Deponie	40.378	
AREC – Altstoffe		1.913
Zwischensumme II – Anlieferung	574.326	240.209
Summe Müll und Altstoffe		814.535 t
MA 48 – Straßenreinigung	46.268	
MA 48 – Kfz-Wracks		11.783
Reststoffe aus priv. Verwertungsanlagen	1.119	
Sandfangmaterial	17.228	
Bauschutt und Aushub	25.565	
Asche und Schlacke	146.171	
Zuschlagstoffe	34.151	
Inertes für Deponiebau	90.409	

Art der Behandlung	1992		1993	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Müllverbrennungsanlage I	135.356	17,04	179.828	22,08
Müllverbrennungsanlage II	263.194	33,13	234.682	28,81
EBS	—	—	—	—
Abfallbehandlungsanlage	3.243	0,41	4.751	0,58
Deponie Rautenweg	185.644	23,37	155.064	19,04
Summe Müllbehandlung	587.436	73,94	574.326	70,51
Altstoffe (direkt)	80.649	10,15	89.940	11,04
Altstoffverwertung (über ABA)	52.987	6,67	59.126	7,26
Altstoff und Kompost ohne Verwertung	—	—	—	—
Kompostierung (ABA)	47.950	6,04	62.561	7,68
Problemstoffverwertung ohne Aussortierungen	553	0,07	620	0,08
Problemstoffbehandlung ohne Aussortierungen	806	0,10	884	0,11
Kühlaggregate	1.509	0,19	1.005	0,12
Bauschutt-MP	22.634	2,85	26.074	3,20
Alt- und Problemstoffbehandlung	207.088	26,06	240.209	29,49
Summe	794.524	100,00	814.535	100,00

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 814.535 t wurde zu 50,89 Prozent in der Müllverbrennungsanlage I – Flötzersteig und in der Müllverbrennungsanlage II – Spittelau verbrannt. Der geringere Teil von 19,04 Prozent (Müll) wurde auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert. Im Jahr zuvor betrug der direkt deponierte Anteil noch 23,37 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,58 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA am Rautenweg, 29,49 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt.

Insgesamt wurden durch die getrennte Altsammlung der Abteilung im Jahr 1993 127.194 t Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.), das sind um 13,28 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Die getrennte Sammlung von Kompostmaterial (Biotonne, Häckseldienst, Christbaumsammlung) konnte um 42,45 Prozent von 34.991 t auf 49.846 t gesteigert werden.

Art der Stoffe	Sammelmenge 1992 (t)	Sammelmenge 1993 (t)	Änderung (%)
Altpapier	81.612,50	91.398,03	11,99
Wellpappe <sup>1)</sup>	1.377,05	1.567,34	13,82
Altglas	24.178,43	26.700,74	10,43
Altmetalle und Getränkedosen	2.548,49	3.311,56	29,94
PE-Folien	1.305,94	1.928,47	47,67
Kunststoff-Hohlkörper	—	719,18	100,00
Altholz (unbehandelt) <sup>1)</sup>	1.263,37	1.568,34	24,14
Zwischensumme	112.285,78	127.193,66	13,28
Kompostmaterial	34.991,21	49.846,16	42,45
Summe	147.276,99	177.039,82	20,21

<sup>1)</sup> auf Wiener Märkten – mit Müllbehältern und mit Müllpressen – getrennt gesammelt

Unter Einbeziehung der getrennt erfaßten Problemstoffe (1.512 t), Kühlschränke (1.005 t), der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und Abfallbehandlungsanlagen und der durch Magnetabscheidung nach der Müllverbrennung abgetrennten Eisenteile konnten insgesamt 251.988 t Alt- und Problemstoffe erfaßt werden.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 456.885 t gesammelt (1992: 462.014 t). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 283,5 kg/Einwohner und Jahr oder ein Rückgang des Pro-Kopf-Aufkommens um 2,37 Prozent im Vergleich zu 1992 (1992: 290,3 kg/EW/Jahr).

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 55 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze; Stand Dezember 1993), in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.503,62 t Problemstoffe oder 10,71 Prozent mehr als 1992 getrennt erfaßt werden. Weitere 8,63 t wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus dem angelieferten Müll aussortiert.

Sammelstellen für Problemstoffe	1992		1993	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Problemstoffsammelstellen	391,03	13,48	389,44	15,47
Mistplätze	873,33	30,11	1.019,77	40,51
– mobile Mistplätze	37,41	1,29	45,29	1,80
Sonderaktionen				
– Altmedikamente direkt zur EBS	14,83	0,51	13,46	0,53
– sonstige direkt zur EBS	–	–	9,60	0,38
gewerbliche Anlieferungen				
– Altbatterien	24,93	0,86	19,94	0,79
– Medikamente	0,45	0,02	0,64	0,03
– Gasentladungslampen	16,01	0,55	5,00	0,20
Abteilung intern	0,14	0,00	0,48	0,02
Zwischensumme	1.358,13	46,82	1.503,62	59,73
Aussortierung				
– Aussortierung ABA	27,51	0,95	5,10	0,20
– Aussortierung Deponie	5,84	0,20	3,53	0,14
Zwischensumme Aussortierung	33,35	1,15	8,63	0,34
Kühlschränke	1.509,16	52,03	1.004,98	39,92
Summe	2.900,64	100,00	2.517,23	100,00

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage die Funktion als Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe, die Funktion als Umschlagplatz für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe sowie als regionaler Übernahmestelle für Verpackungen zu.

Im Jahr 1993 passierten 187.664 t (1992: 197.301 t) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 59.416 t altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 128.248 t altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden in der Abfallbehandlungsanlage einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 118.791 t, an Sonderabfällen 1.662 t – zusammen 94 Prozent des Inputs – einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 992 t auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert sowie 5.860 t den Müllverbrennungsanlagen zur thermischen Verwertung zugeführt.

Im Jahr 1993 wurden an nativ-organischen Abfällen insgesamt 62.560,59 (1992: 147.950,09 t), und zwar 5.299,2 t von Mistplätzen, 49.269,9 t aus dem System Biotonne, 576,3 t durch den Häckseldienst, 2.788,7 t aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 4.626,5 t durch Fremdanlieferungen zum Kompostplatz der Abfallbehandlungsanlage gebracht. Zur Erreichung eines optimalen Mischungsverhältnisses wurden 2.343,6 t sauberes Altholz und 1.265,9 t Getreidestroh den organischen Anlieferungen beigemischt. Nach der Aufbereitung und Entfernung von 366,1 t Störstoffen gelangten 65.804,0 t zur Kompostierung. Aufbereitetes organisches Material wird in Form eines naturnahen Rotteverfahrens unter Zugrundelegung der Verfahrensschritte Auf- und Umsetzen mittels Radlader, Bewässerung nach Bedarf und Absiebung mittels mobiler Siebanlage nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums kompostiert. 1993 wurden 65.804 t ins Kompostwerk Lobau gefahren und einer Rotte zugeführt. Das Kompostwerk Schafflerhof wird primär zur Abdeckung von Spitzen während der Nachrottephase verwendet. Insgesamt gelangten 15.376 t zur Verarbeitung (Nachrotte). 1993 wurden rund 18.000 t von 54.687 t erzeugtem Reifkompost abgesiebt. 8.620 t Reifkompost wurden als biologischer Dünger auf stadteigene Felder aufgebracht. 815 t wurden an Private, 1.991 t über die Mistplätze und weitere 7 t im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen an die Wiener Bevölkerung abgegeben. 200 t Frischkompost wurden als Beimengung für Biofilter-Herstellung eingesetzt. Weitere 15.060 t unabgesiebter Reifkompost sowie 3.543 t abgesiebter Reifkompost wurden als Ersatz für bewuchsfähiges Material auf den Deponien Rautenweg und Gerasdorf sowie bei der ARGE Langes Feld einer Verwendung zugeführt. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

1993 wurden 24.579 Kühlschränke an die Abfallbehandlungsanlage geliefert. Von 3.507 Kühlaggregaten (davon 293 Stück defekte und 362 Stück ohne FCKW-hältige Kühlmittel) wurden 2.751 Stück in der betriebseigenen Anlage einer Absaugung unterzogen. Dabei wurden 119,2 kg gasförmiges Kältemittel abgesaugt und in Druckgasflaschen gespeichert, um einer umweltkonformen Entsorgung bzw. Aufbereitung zugeführt zu werden. Weitere 21.072 Kühlschränke wurden einer Fremdfirma zur Kältemittelabsaugung übergeben. Im August 1993 mußte die Kältemittelabsauganlage eingestellt werden.

Im Jahr 1993 wurden im Zuge der Eingangskontrolle auf den Deponien Rautenweg, Gerasdorf und Schafflerhof an 539 Proben aus Anlieferungen 10.702 Analysen, aus 173 Kompostproben 1.339 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung aus 51 Proben 118 Analysen durchgeführt. Von 9.817 in Einzelgebinden angelieferten Problemstoffen (6.336 kg) mußten 971 Substanzen im Labor identifiziert werden.

In die zentrale Problemstoffsammelstelle wurden 371.924 kg Starterbatterien, 54.854 kg Konsumbatterien, 170.478 kg Speiseöl, 682 kg Medikamente, 29.520 kg Leergebinde und 14.492 kg Leuchtstoffröhren sowie 9.374 kg Sonderabfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen in der Abfallbehandlungsanlage bzw. auf der Deponie aussortiert wurden, angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt.

Die mobile Behandlungsanlage wurde 1992 eingestellt. In der stationären Behandlungsanlage wurden 53.783 t Schlacke und Asche aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 61.093 t aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 35.605 t aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 584 t sonstige angelieferte Schlacke (Summe: 151.065 t), 4.388 t Einkehrsplitt mit 18.866 t Zement und 9.976 t Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut.

1993 standen für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum), für Aushub die Deponie Schafflerhof (18 km vom Stadtzentrum) und für Aushub und Bauschutt die Deponie Gerasdorf (16 km vom Stadtzentrum) zur Verfügung. Die Gesamtmenge des deponierten Mülls auf der Deponie Rautenweg ging von 199.602 t (1992) um 21,14 Prozent auf 157.401 t, die der deponierten Abfälle (Müll und Inertstoffe) von 559.227 t (1992) um 3,69 Prozent auf 538.617 t zurück. Auf der Deponie Rautenweg sind 538.617 t, auf der Deponie Gerasdorf 153.511 t, auf der Deponie Schafflerhof 197.625 t gelagert.

Insgesamt wurden 6.028.897 m<sup>3</sup> (1992: 7.329.905 m<sup>3</sup>) Gas bei 7.638 Betriebsstunden (1992: 8.406) aus dem Deponiekörper abgesaugt. Davon wurden 5.250.657 m<sup>3</sup> (1992: 4.977.265 m<sup>3</sup>) Deponiegas über die Hochtemperaturfackel verbrannt und 778.240 m<sup>3</sup> (1992: 2.352.640 m<sup>3</sup>) bei 2.407 (1992: 7.352) Betriebsstunden mit dem Versuchsmotor in 1.311.324 kWh (1992: 3.930.456 kWh) elektrische Leistung in das Netz der Wiener Stadtwerke – Elektrizitätswerke eingespeist.

Zur Verfügung standen der Straßenreinigung und dem Winterdienst außer dem ständigen Personal 78.252 Tagelöhner und Schneearbeiter, die eine Leistung von insgesamt 626.016 Stunden erbracht haben. Die Straßenreinigung entleerte die 10.240 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 9.396 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 415.897 km, bei 24 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 1.080 km gefahren. Bei 2.825 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 151.600 km, bei 1.640 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 90.928 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks der Straßenreinigung 16.722 Betriebsstunden geleistet, wobei 6.700 als Kehreinsatz gerechnet wurden. 12 Waschaufbauten für die Klein-Lkw wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahnen eingesetzt. Die Einsatzzentrale ist wochentags von 15.30–6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00–6.00 Uhr, der Funkraum über das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbereitstellung der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, Permanenzingenieur, der Straßenreinigung selbst (wie z. B. Kehr- und Waschmaschinen) und, wenn der Funkraum der Abschleppgruppe nicht besetzt ist, die Steuerung der Abschleppfahrzeuge. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über den Journdienst (z. B. Hochwassereinsatz des Personals der Abteilung). An Wochentagen von 6.00–15.30 Uhr werden alle Agenden bis auf die Abschleppungen von der Betriebsabteilung Straßenreinigung und Winterdienst übernommen.

Der Winterdienst brauchte wegen Schnees und Eisregens 60.547 t Streuriesel und 3.883 t Salz. Die Zahl der Lkw-Ausfahrten betrug 6.227, von privaten Firmen 2.968, die der Streuarbeiter-Schichten 49.911. Die Zahl der Tage mit Schneefall belief sich auf 20, die der abgeführten Schneemenge 341.204 m<sup>3</sup>. Ferner waren 219 abteilungseigene Fahrzeuge und 173 Lkw von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1992/1993 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen. So wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, Pläne für die Klein-Lkw der Straßenreinigung neu erstellt, skartierte Klein-Lkw durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt und mit Auftaumittel (Einsatz von Kaliumkarbonat, Erprobung von Leca-Tau) Versuche gemacht.

Die Abteilung hat 14 Winterdienstlagerplätze, wobei jeder Platz mit zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Am Lagerplatz in 23, Seybelgasse, wurde der Neubau des Stützpunktes für die Straßenreinigung und den Winterdienst in Betrieb genommen. Am Ersatzstützpunkt für den von der U-Bahn abzusiedelnden Stützpunkt in 16, Kandlerstraße, wurde weitergebaut. Weiters wurde mit dem Neubau eines Stützpunktes in 22, Mühlwasserstraße, begonnen (Ersatz für Gotramstraße).

In 17 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden und Montag bis Samstag von 7.00–19.00 Uhr geöffnet haben. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz in 22, Abfallbehandlungsanlage Rautenweg, gibt es nunmehr 18 Plätze, die 1993 insgesamt von 1.067.369 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten sowie Altstoffe vom Kleingewerbe angenommen wurden. Auch die 6.449 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung vorgefunden wurden, mußten über die Mistplätze entsorgt werden.

Seit dem Jahr 1989 werden mobile Mistplätze als Ergänzung zu den fixen Mistplätzen eingerichtet. Bei der Aktion, die an vier Sonntagen im April 1993 durchgeführt wurde, wurden von 23.840 Besuchern 823,71 t Alt- und Problemstoffe gesammelt und 16 Eiskästen abgegeben. Bei der zweiten Aktion im Oktober 1993 wurden von 22.014 Besuchern 703,73 t Alt- und Problemstoffe sowie 36 Eiskästen gebracht.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Insgesamt erfolgten 9.699 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen und dgl.). Weiters wurden 305 Sonderveranstaltungen (Reinigungen während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt. Bei 164 Veranstaltungen wurde die Leistung der Abteilung ganz verrechnet, die restlichen 141 wurden ganz oder teilweise subventioniert. Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 3.174 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 3.440 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe gemeldet.

## Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der Grundflächen, die von der Abteilung bewirtschaftet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.263,0443 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.330,8119 ha. Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen machte 40.593,8562 ha, das der landwirtschaftlich genutzten Flächen 2.343,0000 ha aus.

Bei der Bewirtschaftung der Forstflächen stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, in dem die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zur Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt. In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, die auf die Erziehung vielschichtiger, verschiedenaltiger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet. Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhiebsen, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hierbei auf die Förderung des Laubholzanteiles an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag (in fm) betrug im Jahre 1993:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	7.520,70	7.331,43	7.948,03	22.800,16
Quellenschutzforste	22.686,27	8.342,19	8.743,71	39.772,17
zusammen	30.206,97	15.673,62	16.691,74	62.572,33
in Prozent	48,30	25,00	26,70	100,00

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 60.230,71 fm geschlägert wurden, einen Anstieg von 2.341,62 fm (3,9 %). Dies resultierte aus einer Erhöhung des Einschlages in den Wienerwaldforsten bei allen Sortimenten (insgesamt 1.705,87 fm) sowie aus einer Erhöhung der Brennholzerzeugung in den Quellenschutzforsten um 1.415,79 fm. Die Bloch- und Schleifholzerzeugung hingegen war in den Quellenschutzforsten minimal rückläufig. Der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag sank zugunsten des Brennholzes von 50 Prozent im Jahr 1992 auf 48,3 Prozent, der Schleifholzanteil blieb mit 25 Prozent unverändert. Dies ist insofern als ungünstig zu vermerken, als die Absatzprobleme bei Brenn- und Schleifholz wie in den vergangenen Jahren auch 1993 anhielten.

Die Holzabgabe, die in den Quellenschutzforsten vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1993:

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	14.776,90	7.595,58	22.372,48
Quellenschutzforste an Fremde	21.545,21	9.063,82	30.609,03
an das Sägewerk	9.479,64	—	9.479,64
zusammen	45.801,75	16.659,40	62.461,15

Der in den vergangenen zwei Jahren feststellbare rapide Verfall des Holzmarktes kam, zumindest auf dem Sektor Sägerundholz und Furnierblöcke, 1993 zum Stillstand. Der prognostizierte Preisverfall auf das Niveau der 60er Jahre

trat nicht ein, jedoch bewegen sich die Preise noch immer an der untersten Grenze der Rentabilität. Infolge verstärkter Papier-Recyclings und Überproduktion war die Nachfrage bei den kostenintensiven Durchforstungssortimenten äußerst gering, die Preise lagen unter den Gestehungskosten. Zufriedenstellende Erlöse konnten lediglich für gute Laubholzsortimente und für Lärche und Schwarzkiefer erzielt werden. Das Sägewerk Hirschwang wurde im Jahr 1993 hinsichtlich seiner maschinellen Ausstattung und der Energieversorgung auf den modernsten Stand gebracht und nahm im Mai den Betrieb wieder auf.

Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte mit dem Ziel der Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit unter möglicher Verwendung ökologischer Bearbeitungsmethoden. Priorität liegt bei der Schonung des Wasserhaushaltes durch „Integrierten Pflanzenanbau“. Beachtung zu finden haben hierbei: ausgewogene Fruchtfolge, richtige Sorten- und Standortwahl, harmonische Pflanzenernährung, gezielter Pflanzenschutz und geeignete Agrartechnik. Wie bereits im Jahr 1992 war auch 1993 die landwirtschaftliche Produktion durch die außergewöhnliche Wettersituation stark beeinträchtigt. Insbesondere die Getreidekulturen wiesen infolge der Trockenheit im Mai deutliche Mindererträge auf, desgleichen waren die Wuchsleistungen der Zuckerrübe durch die ab Mitte August nochmals einsetzende Trockenheit stark beeinträchtigt.

Das Projekt „Öko-Parzellen“, das im Jahr 1992 gestartet worden war, wurde fortgesetzt und erweitert. Es beträgt derzeit insgesamt 200 Parzellen à 80 m<sup>2</sup>. Die Düngung dieser Parzellen erfolgt ausschließlich mit Kompost aus der Bio-Tonne, chemischer Handelsdünger und Pflanzenschutz dürfen nicht eingesetzt werden.

Die landwirtschaftliche Anbaufläche betrug 1993 1.680 ha und gliederte sich in 1.060 ha (63,09 %) Getreide, 366 ha (21,79 %) Ölfrüchte, 41 ha (2,44 %) Körnerleguminosen, 184 ha (10,95 %) Hackfrüchte, 3 ha (0,18 %) Gemüse und in 26 ha (1,55 %) Futter.

Die Weingartenfläche betrug 31 ha. Bracheflächen ohne Nutzung betrug 51 ha. An Mengen landwirtschaftlicher Produkte wurden 4.001 t Getreide, 391 t Ölraps, 8.575 t Zuckerrüben, 261 t Sonnenblumen, 107 t Kartoffel, 72 t Körnererbsen, 25 t Sojabohnen und 805 hl Wein erzeugt.

Bei den Aufforstungsarbeiten mußten in den Quellenschutzforsten nach wie vor erhebliche Mengen an Pflanzen für Nachbesserungen in den Kulturflächen der vergangenen Jahre versetzt werden. So wurden im Jahr 1993 174.180 Pflanzen als Ersatz für nicht angewachsene bzw. abgestorbene Jungbäume versetzt (1992 waren hierfür 139.300 Pflanzen erforderlich). Im Wiener Raum sank der Nachbesserungsbedarf von 50.850 im Jahr 1992 auf 15.000 im Jahr 1993. Insgesamt wurden 1993 folgende Pflanzenmengen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	70.890	67.430	138.320
Nachbesserungen	150.510	40.670	191.180
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	1.960	1.200	3.160
zusammen	223.360	109.300	332.660

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 53.515 Pflanzen. Diese Abnahme ist beinahe zur Gänze bei den Wiederaufforstungen gegeben und drückt ganz deutlich die ersten Erfolge des Umstieges von der Kahlfächenwirtschaft auf kleinstflächige Bewirtschaftungsformen mit Ausnützung des Naturverjüngungspotentiales aus.

Das Jahr 1993 war gekennzeichnet durch mehrere Windwurfereignisse, die in den Quellenschutzforsten einen Schadholzanfall von rund 11.000 fm verursachten. Um der Gefahr der Verbreitung des Borkenkäfers entgegenzuwirken, die auf Grund der Witterungsverhältnisse des Vorjahres besonders gravierend war, mußte das geworfene Holz unverzüglich aus dem Wald verbracht bzw. vor Ort entrinde werden. Schäl- und Verbißschäden durch das Wild waren zwar lokal vorhanden, sind jedoch insgesamt infolge der Wildstandsreduktion merkbar rückläufig.

Bei der Wildbewirtschaftung wurde der Weg der Reduktion des Wildbestandes konsequent weiterverfolgt. Auslaufende Pachtverträge wurden in Abschußübereinkommen umgewandelt. Mit Ende des Jahres 1993 wurde das letzte Jagdpachtverhältnis beendet.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1993:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	132	530	662
Rehwild	304	535	839
Gamswild	—	741	741
Muffelwild	109	8	117
Damwild	31	—	31
Schwarzwild	1.004	20	1.024
Steinwild	—	7	7

Der Forststraßenbau beschränkte sich 1993 auf einige wenige Projekte zur Feinerschließung und auf die Anlage von Rückewegen mit minimalen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1993 5.535 lfm Straßen errichtet. Die Bringung des Holzes zu den Lkw-befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodentrückung. Im Jahr 1993 wurden 11.172 fm auf diese bestandesschonende Weise geliefert.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste in Prozent	Quellenschutzforste in Prozent
Holzgewinnung	6,3	6,3
Kulturarbeiten	13,9	5,4
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	1,1	4,2
Erholungswaldmaßnahmen	22,8	—
Gebäudeerhaltung	15,0	23,0

Auffällig ist hierbei der relativ niedrige Anteil an der Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie z. B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z. B. für das Pflanzensetzen) abzudecken, in arbeitsärmeren Zeiten jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Bei den Untersuchungen der neuartigen Waldschäden ergab sich insofern eine Änderung, als die seit 1984 laufende terrestrische Waldzustandsinventur (WZI) mit Ende des Jahres 1992 beendet und durch das luftbildunterstützte Waldschadensbeobachtungssystem (WBS) abgelöst wurde. Der Nachteil dieser an sich verbesserten Untersuchungsmethode ist, daß künftig keine Länderergebnisse mehr veröffentlicht werden, sondern die Auswertung bundesweit erfolgt mit relativ geringen regionalen Detailangaben.

Das Bioindikatorennetz, bei dem auf Grund von Blatt- und Nadelanalysen Rückschlüsse auf die Schadstoffbelastung der Bäume gezogen werden, wobei die Schwefelbelastung als Hauptindikator fungiert, wurde im Jahr 1993 in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft von bisher 19 Probestellen auf 10 Probestellen reduziert (7 Nadelbaumprobestellen, 3 Laubbaumprobestellen). Das Ergebnis der Analysen aus 1992 zeigte Abnahmen der Maximal- und Mittelwerte gegenüber dem Jahr 1991. Alle Buchenprobestellen wiesen jedoch auch 1992 Schwefelmissionseinwirkungen auf, hingegen war von den 10 Nadelbaumprobestellen nur einer merklich belastet. Insgesamt war 1992 eine merkliche Verbesserung der Schadstoffbelastung feststellbar, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das Jahr 1992 ein extremes Trockenjahr mit verringertem Gasaustausch war und die niedrigere Schadstoffaufnahme direkt damit in Zusammenhang stehen kann. Die Auswirkungen des Trockenjahres 1992 werden erst durch die Untersuchungsergebnisse der folgenden Jahre abschätzbar sein.

Die Luftbildinterpretation Wienerwald zeigte auf Grund der Luftbilder der Jahre 1980, 1984, 1986 und 1990 auf zwei Dauerbeobachtungsflächen (Maurer Wald ab 1980 und Neuwaldegg ab 1984), auf denen der Kronenzustand der Eiche – unterstützt durch terrestrische Kronenansprachen – analysiert wird, folgendes Ergebnis: So waren 76,5 Prozent der Eichen nicht signifikant verändert, 13,5 Prozent deutlich erkennbar verschlechtert und 10 Prozent wesentlich verschlechtert.

Überdies wurde das im Jahr 1990 begonnene Projekt „NOx-Ausgasung aus Böden“, das Rückschlüsse über die Ausgasungen von Stickoxiden, aber auch von Lachgas aus verschiedenen Bodenbewirtschaftungsformen (Feld, Brache, Wiese, Wald) und Düngungsvarianten (Handelsdünger, Kompost, Stallmist, Gülle, organische Bodenhilfsstoffe) zuläßt, 1993 weitergeführt.

Die Forstbetriebseinrichtung setzte den Weg der permanenten Kontrollstichproben konsequent fort. Diese Methode ermöglicht die Gewinnung statistisch abgesicherter Daten und dadurch die einwandfreie Erfassung von Veränderungen des Waldzustandes durch Bewirtschaftung und/oder Umwelteinflüsse. Da durch die verstärkte Umstellung der Nutzungsmaßnahmen auf kleinstflächige Eingriffe bzw. Einzelstammnahmen in Zukunft fließende Bestandesstrukturen zu erwarten sind, kommt diesen permanenten Kontrollstichproben sowie der strengen Einteilung der Forstflächen in möglichst gleichbleibende Abteilungen große Bedeutung zu.

In Fortsetzung des Programmes „Aufforstung zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens“ konnten im Jahr 1993 weitere 5,8 ha im 10., 21. und 22. Bezirk neu aufgeforstet werden. Dabei wurde im Rahmen der Jungbürgerwaldfeier eine Fläche von 1,0 ha in einer gemeinsamen Aktion mit der MA 13 und den Wiener Stadtwerken-Gaswerken in 21, Hasswelligasse, aufgeforstet. Gemeinsam mit den Schulen des 22. Bezirkes wurde ein in Aspern westlich von General Motors gelegener Schulwald 1993 mit mehr als 5.000 Bäumen und Sträuchern begründet.

Im Rahmen der Landwirtschaftsplanung wurden als Vorbereitung für die Ausgestaltungsarbeiten die Landschaftspläne für den Wienerberg West im 10. Bezirk mit 8,5 ha, die Langobardenstraße im 22. Bezirk mit 3,3 ha und die Draschegründe im 23. Bezirk mit 8,0 ha erstellt. Für die Ausgestaltung des Erholungsgebietes Löwygrube-Süd wurde ein Detailgestaltungsplan erstellt.

Im Rahmen der Altlastensanierung wurde die Rekultivierung der abgesicherten ehemaligen Deponien Hasswellgasse (21. Bezirk) sowie Himmelteich, Lackenjöchel und Spitzau (22. Bezirk) begonnen.

Das Ackerwildkrautschutzprogramm, das die Anlage von ökologisch wertvollen Wildkrautstreifen entlang von Windschutzgürteln und Waldrändern vorsieht, wurde bei einer derzeitigen Länge von 4 km, im Bereich des Schafflerhofes im 22. Bezirk, von 4 m Breite auf 12 m Breite erweitert. Vom Ludwig-Boltzmann-Institut wurden die wissenschaftlichen Begleituntersuchungen auf den ornithologischen Bereich ausgedehnt. Das Wiesenpflegeprogramm zur Erhaltung der Wienerwaldwiesen wurde mit einem detaillierten Pflegeprogramm für die Wiesen im Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, unter Mitarbeit der MA 22 und der Universität für Bodenkultur, erweitert.

Im Rahmen des Generhaltungsprogrammes der Abteilung wurde schwerpunktmäßig die Verjüngung der Bergulme, Eibe, Flaumeiche gefördert und die stark gefährdete Strauchart Stechpalme im Quellenschutzbereich mit Einzelschutzmaßnahmen in ihrem Bestand vorläufig gesichert.

Die Erhaltung der historischen Alleebestände im Lainzer Tiergarten, im Schwarzenbergpark und in der Lobau wurde mit der Sanierung von Altbeständen und der Neubepflanzung von ehemaligen Alleeteilen weitergeführt.

Im Rahmen der Umwelterziehung und Naturschutzinformation wurde der Naturlehrpfad Obere Lobau errichtet und die dazugehörige Begleitbroschüre in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat an die interessierten Schulen verteilt. Die Naturlehrpfade im Lainzer Tiergarten, im Maurerwald und am Laaerberg wurden neu gestaltet.

Für das Erholungsgebiet Bisamberg wurden neue Orientierungstafeln an den Ausgangspunkten von Wanderwegen zur Information der erholungssuchenden Bevölkerung aufgestellt. Die „Forstliche Standortskartierung“ wurde als Grundlagenenerhebung für die nachhaltige waldbauliche Planung in den Quellenschutzwäldern für die Reviere Schreier, Brunensee, Thalhof und Stixenstein durchgeführt.

Die Nationalparkplanung Donau-March-Thaya-Auen konnte als länderübergreifende Planung mit dem Abschluß der ersten Planungsphase keine Entscheidung herbeiführen. Die Konzepte zur Realisierung des Wiener Anteiles am Nationalpark wurden im Rahmen des Projektes Drittelösung Lobau weiter bearbeitet. Darin wird die Umwandlung der bestehenden Ackerflächen in ein Drittel biologische Landwirtschaft, ein Drittel Wiesen und ein Drittel Wald vorbereitet, wobei die biologische Landwirtschaft auf den von der Stadt Wien bewirtschafteten Flächen bereits zufriedenstellende Ergebnisse zeigt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung im Jahr 1993 war vor allem geprägt durch die 50-Jahr-Feier des Forstamtes. Aus diesem Anlaß wurden folgende Aktivitäten gesetzt:

- Konzeption und Organisation der Ausstellung „Wiener Landschaften“ in der Hermesvilla gemeinsam mit der MA 10
- Bezirksfeste in den Bezirken 10, 14/16, 17, 21, 22 und 23, gemeinsam mit der MA 53
- Festveranstaltungen in Naßwald und Wildalpen
- Jahreshaupttagung des Österreichischen Forstvereines (4 Exkursionen)
- Themenschwerpunkt MA 49 in der Österreichischen Forstzeitung Nr. 6/93
- Internationale Fachtagung „Wald in der Stadt“
- Informationsausstellungen in der Lugner-City (3 Wochen) und im Realgymnasium 3, Radetzkystraße (2 Wochen)
- Informationsstände bei der Ferienspieleröffnung, bei der Jungbürgerwaldaktion und beim Kompostfest in der Lobau
- Herausgabe der Festschrift „Wo Wälder sein müssen“

Darüber hinaus wurden zahlreiche PR-Aktivitäten, wie z. B. Betreuung von Exkursionen, Veröffentlichungen von Prospektmaterial, Mitwirkung bei Radio- und Fernsehsendungen zu den Themen „Wiener Wälder“, „Wienerwald“, „Wald in der Stadt“, „Windschutzpflanzungen“ u. ä., gesetzt.

Unter Leitung der MA 18 wurde eine Besucherzählung und Befragung der Wienerwaldbesucher durchgeführt zur beispielhaften Ermittlung von Besucherströmen und -frequenzen sowie zur Erhebung der Ansprüche der erholungssuchenden Bevölkerung an den Wienerwald.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung dessen volkswirtschaftlichen Stellenwertes und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Vom Institut wurden im Jahre 1993 folgende Forschungsvorhaben abgeschlossen:

- Biologischer Landbau in Naturschutzgebieten (Wien, Olomouc); Kooperationsprojekt mit der Universität Olmütz; im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
- Untersuchungen über die Bedeutung der Windschutzgürtel und Ökowertstreifen am Südrand Wiens als Lebensraum für die Vogelfauna der Agrarlandschaft; im Auftrag der MA 22/Natur- und Umweltschutz
- Forschung im biologischen Landbau; im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft
- Dokumentation „Biotonne Wien“; mit Unterstützung der MA 48
- Veranstaltung der „Feldschau Kompostausbringung“ mit vergleichenden Untersuchungen zur Verteilgenauigkeit von Kompost durch fünf verschiedene Kompoststreugeräte

Folgende Forschungsvorhaben wurden 1993 weitergeführt bzw. neu begonnen:

- Agrarökologische Aspekte der Umstellung auf biologischen Landbau im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
- Qualitätsaustestung von Komposten aus der Biotonne mit Unterstützung der MA 48
- Koordination der Konzepterstellung für ein Kompostforschungsprogramm im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
- Untersuchung über Auswirkungen von Kaliumkarbonat bei der Verwendung als Tausalz mit Unterstützung der MA 48
- Umstellung von viehlos wirtschaftenden Ackerbaubetrieben auf biologischen Landbau
- Auswirkungen nichtchemischer Regulierungsmaßnahmen auf Biomasse und Regenerationsvermögen der Ackerkratzdistel
- Probleme der Saatgutkeimung bei Ölkürbis
- Vergleich von speziell für den biologischen Anbau gezüchteten Winterweizensorten mit herkömmlichem Sortiment
- Futterwahlversuche mit Ratten

## Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Weg eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1993 festgesetzt.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnehmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupwettbewerb wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt – 200.000 S, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1993 2,300.000 S aufgewendet. Es fanden drei Sitzungen des Landessportrates statt. Der Fachausschuß trat viermal zusammen.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1993 19 Jugendspielplätze und 18 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die neun von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße–Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 16, Kandlerstraße 38, 16, Roterdstraße und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel.

Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Auf dem Cobenzl wird von der Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt den Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee/Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhal-

ten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen. Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

## Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Fernschreibnetz der Austria-Press-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 4.122 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 1.200 Stück umfaßte 2.977 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Seit August 1993 wird die Rathaus-Korrespondenz in Zusammenarbeit mit der MD ADV auf elektronischem Weg über das magistratsinterne IBS-Netz auch rund 11.000 Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des magistratsinternen Informationsflusses bei. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahre 1993 wurden 285 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 886 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 558 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 29 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar: „Wiener Kulturkalender 1993“; „Wien Personell“; „Förderung von Wohnungsneubau und Stadterneuerung in Wien 1992“; „Die Wiener Bäder im Jahr 1993“; „Der Bürgerdienst der Stadt Wien“; „Vorlage der Leitlinien zum Wiener Verkehrskonzept“; „Peter Hacker – Drogenkoordinator der Stadt Wien (Tätigkeitsbericht 1992)“; „Baustellensaison 1993 – ein Überblick“; „Waldzustand – Wienerwald und Quellenschutzgebiete“; „Das Arik-Brauer-Haus“; „Wiens Sommerbäder 1993“; „Stadterweiterung und Baulandbeschaffung“; „Bauoffensive – Wohnbauoffensive“; „Baustellensaison 1993“; „Antisemitismus-Sammlung ‚Schlaff‘ für Jüdisches Museum der Stadt Wien“; „Frauenbericht 1992“; „Wien im Wohnungsbau eine Umweltmusterstadt“; „Die Anfänge der Europäischen Einigung“; „Die EG – Grundstein des europäischen Aufbauwerkes“; „Wien im Wohnungsbau eine Umweltmusterstadt (englisch)“; „Pressefahrt – Stadtentwicklung im Norden Wiens“; „Der Europäische Wirtschaftsraum“; „Stadtentwicklung im 22. Bezirk“; „Das Budget 1994“; „Aktuelle Verkehrsfragen“; „Die Europäische Union – eine neue Herausforderung“; „Frauen in Wien“; „Widmungsvorhaben 1994 sowie Untersuchungen über Bahnhofsüberbauungen“; „Die ökologische Stadt – Kongreß und Ausstellung Oktober 1993, Rathaus, Wien“. Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945, 1946, 1988, 1989, 1990, 1991 und 1992 vor.

Ferner wurden zu diversen Themen Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von rund 6.000.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt und seit Anfang 1993 über das magistratsinterne IBS-Netz rund 11.000 Usern zur Verfügung gestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, „Kurier“, „Die Presse“, „Kronen Zeitung“, „Der Standard“, „Salzburger Nachrichten“ und „täglich Alles“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Volksblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden Artikel aus den Wochen- und Monatszeitungen „Profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeitung“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“, „Wienerin“, „Falter“, „Die ganze Woche“ und „News“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitische Sendungen des ORF ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Österreich heute“, „Österreich-Bild“ (Studio Wien), „Zeit

im Bild/19.30 Uhr“, „Kulturjournal“, „Zeit im Bild – Abendstudio“, „Stadtjournal Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Stadtjournal Radio Wien 16.30 Uhr“. Mitgeschnitten – und bei Bedarf Interessenten zur Verfügung gestellt – wurden die Sendungen „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Das Wiener Stadtradio“ (9 bis 17 Uhr), „help“, „Pressestunde“, „Schilling“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „X-Large“, „Konflikte“, „Wir“, diverse „Club 2“-Sendungen sowie die „Mini-ZiB“. Im Handarchiv der Abteilung wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Von „Wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1993 21 Ausgaben mit je 16 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 52 Nummern in einer Auflage von 6.800 Stück mit insgesamt 3.248 Seiten. Weiters erschien im Rahmen des Amtsblattes die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden im Jahr 1993 58 Stück mit 211 Seiten herausgegeben.

Der Bezirksinformationsdienst unterstützt die Bezirksvorsteher bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Direktioninformation der jeweiligen Bezirksbewohner. Alle 23 Bezirksvorsteher haben 1993 Dienste dieses Referates in Anspruch genommen, die Leistungen erfolgten im journalistischen und organisatorischen Bereich. Von einigen Bezirken wurde in verstärktem Ausmaß um Hilfestellung ersucht, welche auf Grund aktueller bezirksrelevanter Themen erforderlich war.

Im Bezirksveranstaltungsbereich wurden 45 Projekte realisiert, die Leistungen reichten von der Abwicklung von Bürgerversammlungen bis zur Ausrichtung von Ausstellungen. Auch die Diskussionsabende und Informationsveranstaltungen wurden von den jeweiligen Bezirksbewohnern gut aufgenommen. Für eine geeignete Gesprächsleitung wurden professionelle Moderatoren herangezogen. Die umfangreichen organisatorischen Aktivitäten wurden durch unterschiedliche Bewerbungsmaßnahmen unterstützt.

Im journalistischen Bereich wurden Presseaussendungen verfaßt und bevorzugt an Bezirksmedien weitergeleitet. Selbstverständlich wurden auch die Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie der ORF (Studio Wien) beliefert. Von der Zeitschrift „Grätzl-Info“ sind 1993 6 Ausgaben erschienen, wobei eine Ausgabe mit zwei Mutationen produziert wurde. Das Erscheinungsbild und die Inhalte dieser Zeitung wurden in Abstimmung mit dem jeweiligen Bezirksvorsteher gestaltet.

Einige Bezirksvorsteher wünschten die Abfassung spezieller Presstexte bzw. wurden zahlreiche Bezirksaktivitäten fotografisch festgehalten und das Bildmaterial an interessierte Medienvertreter weitergegeben.

Es wurden weiters 43 Flugblätter zu den unterschiedlichsten Themen (Garagenbau, Kleingartengesetz, U-Bahn-Besichtigung usw.) herausgegeben, die Druckwerke wurden meist mittels Hausverteilung zugestellt. Auch bei Befragungsaktionen war der Bezirksinformationsdienst unterstützend tätig. Zusätzliche 96 Flugblattproduktionen befähigten sich mit geplanten Änderungen bei Flächenwidmungen.

Im Rahmen der Aktion „Sauberes Neubau“ wurden die Bezirksbewohner auf mehreren Ebenen (Hausbesorger, Schüler usw.) angesprochen und durch gezielte Werbemaßnahmen (Zeichenwettbewerb u. a.) zu einer umfangreich gestalteten Ganztagsveranstaltung eingeladen. Die Informationskampagne „Marchfeldkanal“ beinhaltete auch eine Aktionswoche und eine Kinderenquete. Unter den Ausstellungen sind besonders zu erwähnen: „Bezirksentwicklungsplan Alsergrund“ (mit drei Standorten und Grätzl-Varianten), „Bezirksentwicklungsplan Ottakring“ und „Verkehrsverbindung Altmannsdorfer Straße/Breitenfurter Straße“.

Ein neuartiger Computer-Quiz beinhaltet Fragen zu Bezirks- und Schwerpunktthemen. Unter anderem wurde dieser Quiz auch beim Eröffnungsfest für eine „Wohnhausanlage am Wienerberg“ sowie bei den Veranstaltungen „Sauberes Neubau“, „Wolfersberger Wiesenfest“, „Fit-Fest-Oberlaa“ und beim „Tag der offenen Tür“ in der Bezirksvorsteherung für den 9. Bezirk eingesetzt. Erstmals wurden heuer im Rahmen der traditionellen Aktion „Wien im Blumenschmuck“ in 18 Bezirken spezielle Bezirkswettbewerbe durchgeführt und durch den Bezirksinformationsdienst mit flächendeckender Flugblattwerbung und entsprechender Pressearbeit unterstützt.

Im Rahmen des Bereiches „Veranstaltungen“ der Abteilung wurden Ausstellungen, Veranstaltungen und begleitende Aktionsmaßnahmen zu Kampagnen durchgeführt. Hauptschwerpunkte waren die U3-Eröffnung in der Mariahilfer Straße, die Wien-Präsentation auf der UTEC-Absorga, das Filmfestival auf dem Rathausplatz und die Organisation des Wiener Stadtsilvesters.

Weitere Veranstaltungen im Jahr 1993, an denen die MA 53 beteiligt war: Valentinstag, Botanica, Dachgleiche Arik-Brauer-Haus, Grundsteinlegung Energiesparmusterhaus, EG-Informationen beim Donaupromenadenfest, Fest der Völker, 24 Stunden Literatur rund um die Burg, Circus Roncalli, Grundsteinlegung für die 15.000ste Wohnung der „Gesiba“, Biomarkt auf der Freyung, Umwelttag Wien, Bäderakademie, World Press Photo, Wien im Blumenschmuck-Preisverleihung im Palmenhaus Hirschstetten, Wien im Blumenschmuck-Preisfahrt, Veranstaltungen im Rahmen von „50 Jahre Forstamt“ – Schwarzenbergpark, Cobenzl, Magdalenenhof, Lobau, Naßwald, Wildalpen, Laaer Wald, Steinhofgründe, Lugner-City, Hermesvilla, Mauer Wald, Lainzer Tiergarten; Praterummel, Blumenkorso und Frühlingsfest im Wiener Prater, Dekoration einer Auslage in der Naglergasse, Weihnachtsaktion Packerlbus, Wien-Wanderrouten.

Das Referat Wien-Promotion hat auch 1993 eine Reihe von Wien-Bällen in großen Städten aus Image-Werbungsgründen unterstützt und dadurch auch ein großes Internationales Medienecho für Wien erzielen können:

Athen (19. 2.), Singapur (15. 5.), Jakarta (19. 5.), Hongkong (8. 5.), Berlin (29. 1.), Prag (4. 6.), Mailand (13. 3.), New York (29. 1.), Manila (26. 2.), Brüssel (12. 2.), München (5. 2.), Istanbul (27. 11.), Köln (18. 9.), Madrid (7. 10.), Prag-Oper (6. 2.), Peking (5. 12.).

Die Abteilung beteiligte sich weiters an folgenden Wien-Image werbenden Veranstaltungen im Ausland:

„Elisabeth-Gala“ in Johannesburg (28.5.), Konzert-Tournee in Oman und Abu Dhabi (April), Eröffnung der „Wien-Ausstellung“ durch Bürgermeister Zilk bei der „Vienna Creativa“ in Krakau, Wiener Gala-Konzert in Tampa (24. 4.).

In Zusammenarbeit mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wurde in Cannes bei der „MIPI“ und in Hongkong eine Wien-Promotion durchgeführt.

1993 wurden folgende Broschüren und Folder herausgegeben:

Parken – billig und einfach; Der Weg zum Dachgarten; Lainzer Tiergarten; Essen auf Rädern... auf Gesundheitskurs; Sozialmedizinisches Zentrum Ost (Nachdruck); Urkunde Wien im Blumenschmuck; Lainzer Tiergarten; Rechter Hauptsammelkanal – Entlastungskanal; Geschäftsordnung für den Magistrat; Leitfaden für die Wien-Aktion; Europastadt Wien an der Schwelle ins dritte Jahrtausend (2 Sprachen); Wandern in der Stadt; Radfahren in Wien; Baustellenhandbuch; Baustelleninfo; Europaplatz; Bernstein & Karajan Filmfestival; Baumgartenbrücke; Organisation der Wiener Stadtverwaltung; 29 verschiedene Abendprogramme Bernstein & Karajan Filmfestival; Kleine Wiener Wasserwerkstatistik 1992; Betreuung zu Hause; Wählen Sie Ihr Wunschkennzeichen für Ihre Einkaufsfahrt – U 3; Der Weg zum grünen Innenhof; Solidarisches Leben in einer urbanen Gesellschaft; Erholungsgebiet Laaer Wald; Laibach; Bratislava; Budapest; Prag; Ufergestaltung Alte Donau; Sicher unterwegs im Stadtverkehr; Ronacher; St.-Marxer Friedhof; Unser Wasser; Jugenschutzgesetz (Nachdruck); Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn; Wasserleitungsmuseum Wildalpen; Willkommen im Kindergarten (Nachdruck); Im Dreivierteltakt ins Neue Jahr; Rund um das Baby (Neuauflage); Wohnen in Wien – Reiseführer durch Stadterneuerung und Stadterweiterung.

Stadtatlas-Kapitel wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

Energie (1. Austauschlieferung); Umwelt (Neuaufgabe); Familie (Neuaufgabe); Konsumentenschutz (Neuaufgabe); Gesundheit (Neuaufgabe); Bildung; Index 1992.

Folgende Plakate und Kleber wurden produziert:

Ausstellung 500 Jahre Paracelsus; Gewalt in der Familie; Klebebogen Unsere Insel; Bernstein & Karajan Filmfestival; Bernstein & Karajan Filmfestival (City-Light); Ich bin eine echte Wienerin und brauche meine Ruhe; Ich bin ein echter Wiener und will nicht untergehen; U 3; World Press Photo; Natur (City-Light); Utec (City-Light); 6. Wiener Feuerwehrest; Wien ist anders; Verpackung macht Mist; Kauf keinen Mist; Verpackungsverordnung (City-Light); City-Park-Karte; Atomgefahr – Wir Wiener wehren uns (City-Light); Kindertelefon (Nachdruck); Silvester in Wien 93/94 (City-Light); Silvester 93/94.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien 1993 achtzehnmal, wobei zu den Themen Ausländerintegration, Europa, Mülltrennung, Nachbar Preßburg, Nachbar Laibach, Ausländeraufenthaltsgesetz, Nachbar Prag, Zivilschutz, Nachbar Budapest, Winterdienst, Jahreswechsel in Wien, Winter in der Stadt (Sonderbeilagen), zu den Themen Verpackungsverordnung und Stadtplanung Sonderhefte und zu den Themen Bürgerdienst, Kultur, Sommer in Wien und Bürgerdienststellen Programmhefte produziert wurden.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahr 1993 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Im Jahr 1993 wurden von der Abteilung 732 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt rund 300 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden.

Die Inserate bezogen sich u. a. auf folgende Themenkreise: Aktuelle Belange, Filme vor dem Rathaus, Jahreswechsel 93/94, Stadtinformation und diverse Kampagnen wie: Bürgerdienst, Wandern in Wien, Winter in Wien, Zivilschutz, Umweltinformation, Parkraumbewirtschaftung und U 3-Eröffnung.

Für die Personalwerbung wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Im Auftrag des Krankenanstaltenverbands wurde in Fachzeitschriften für Krankenpersonal inseriert. Für die MA 44 wurden klassische Inserate sowie Bekanntmachungen in verschiedenen Tageszeitungen inseriert. Zum Umweltschwerpunkt „Müll“ und „Verpackung“ wurden für die MA 48 in verschiedenen Tageszeitungen und Periodika Inserateinschaltungen vorgenommen.

Im Laufe des Jahres 1993 wurde das vormalige Info-Center in das Wien-Image-Referat umgewandelt, das folgende Aufgabenstellungen zu erfüllen hat: Betreuung der in Wien akkreditierten rund 400 Auslandsjournalisten in Zusammenarbeit mit dem Bundespressdienst und dem Verband der Auslandsjournalisten; Einladung und Betreuung von ausländischen Journalisten in Zusammenarbeit mit dem Bundespressdienst und dem WTV; tägliche Erstellung eines Auslandspressespiegels (Berichte über Wien/Österreich, Erfassung von Themen, die für die Arbeit der Kommune von Interesse sein können); Betreuung von „Berufsbesuchern“ (insbesondere Beamte aus den Reformländern, die die Einrichtungen der Stadt Wien kennenlernen wollen); Betreuung der Mitarbeiter/innen der internationalen Organisation im VIC durch das „Vienna Service Office“; Zurverfügungstellung von Bussen und fachspezifisch geschulten Führer/innen für Schüler/innen aus den Bundesländern, die im Rahmen der Bundesministerium für Unterricht-Aktion Wien besuchen, für den Wiener Stadtschulrat und für Gruppenfahrten von Berufsbesuchern (1993: 101.000 Personen); Europa-Information; Vorbereitung öffentlichkeitswirksamer Wien-Veranstaltungen im Ausland; Sonderprojekte wie Journalistenbetreuung bei der Menschenrechtskonferenz, Betreuung der Wiener Internationalen Zukunfts-

konferenz, Koordinierung der Plattform „Wien gegen Atomgefahren“, Mitarbeit an der Umstrukturierung der ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik), Mitgliedschaft im Vorstandsausschuß des Vereins.

Die vorrangigste Aufgabe des „Vienna Service Office – Beratungsstelle der Stadt Wien in der UNO-City“ – umfassende und sofortige individuelle Informationen und Hilfestellung, sowohl für Neuankommlinge als auch für andere Angestellte in allen Lebensbereichen hat sich auf Grund der politischen Geschehnisse und infolge finanzieller Kürzungen bei den internationalen Organisationen ausgeweitet und etwas verschoben. In verstärktem Maße tragen daher auch die Personalabteilungen ihre Anliegen an das Büro heran, das sie dann an die Stadt und ihre Institutionen weiterleitet.

Seit 8. November 1993 wurde täglich ein Auslandspresspiegel (Tageszeitungen) sowie etwa 14tägig ein Magazin-Presspiegel hergestellt. Ziel ist es, über die Auffindung von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten. Allein vom 10. November bis Ende 1993 wurden 578 Artikel in Originalkopie bestellt und zur Verfügung gestellt.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1993 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt auszubauen. Auch 1993 wurden zahlreichen in- und ausländischen Filmproduktionen auf unbürokratische Weise bei der Motivsuche sowie bei der Erteilung von Drehgenehmigungen unterstützend geholfen. Das Wiener Filmbüro bearbeitete 198 Projekte (Filmakademie, Dokumentationen, Werbespots, ORF, andere TV-Projekte, in- und ausländische Kinofilme); das waren rund 1.500 telefonische und schriftliche Einzelansuchen.

Diverse Produktionen wurden vom Wiener Filmbüro direkt betreut: Internationale Filmproduktionen: Citadel Pictures „I spy II“ (Bill Cosby) TV-Serie; Satel Film „Mesmer“ Kinofilm; One for all Productions „Die drei Musketiere“ Kinofilm; Close up-Film, Audi Spot internationaler Kino und TV-Spot. Österreichische Filmproduktionen: Mungo-Film „Kommissar Rex“ TV-Serie auch 1994; Schönbrunn Film „Der Salzbaron“ TV-Film; DOR-Film „Indien“ Kinofilm; MR-Film „Kaisermühlenblues“ TV-Serie; Satel Film „Radetzky marsch“ TV-Film; u. a.

Das Rundfahrtenbüro befaßt sich mit der Abwicklung der Rundfahrten „Modernes Wien“. Im Jahr 1993 wurden 2.550 dieser mehrstündigen Touren durchgeführt. Dabei konnten 101.180 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelte es sich bei den Gästen um Schüler aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. Die Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland auch fremdsprachig abgehalten. Um dem anerkannt hohen Niveau der Rundfahrten „Modernes Wien“ auch künftig gerecht zu werden, wurde die Ausbildung der Rundfahrtenführer intensiviert. Es stehen derzeit 90 qualifizierte Rundfahrtenführer zur Verfügung.

Im Jahr 1993 verzeichnete die Stadtinformation 136.149 Kundenkontakte: 89.292 Anfragen wurden telefonisch gestellt und 441 schriftliche Anfragen beantwortet, 46.416 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert, fast doppelt so viele wie im Vorjahr. 10.935 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service“ an Wochenenden und Feiertagen eingelangt.

Durch Veränderungen im laufenden Betrieb (computerunterstützte Datenerfassung) bzw. verstärkte mediale Bewerbung des Informationsangebotes konnten die Frequenzeinbrüche der vergangenen Jahre – verursacht durch eine neue Telefonnummer sowie die Umstellung der Telefonanlage – erfolgreich abgefangen und das Vorjahresergebnis um 14 Prozent verbessert werden.

Die Stadtinformation ist neben ihrer Tätigkeit als zentrale Informationsstelle der Stadtverwaltung auch Verbindungsstelle zur „Umweltpolizei“ (167 Umweltprobleme wurden aufgenommen und entsprechend weitergeleitet) sowie Anlaufstelle für die „Stadtarchäologie“ und die Aktion „Moskito“ (in Zusammenarbeit mit dem Drogenkoordinator der Stadt Wien werden Meldungen über Spritzenfunde entgegengenommen).

Zusätzlich betreut die Stadtinformation seit Juli 1993 das „Europa-Service Wien“. Diese Einrichtung bietet eine Orientierungshilfe durch vielfältige Informationen über die Staaten der Europäischen Union und über die Veränderungen bei unseren östlichen Nachbarländern. Bisher haben 1.095 Interessierte dieses Service in Anspruch genommen.

Die Mitarbeiter beantworten selbständig Fragen, die die Verwaltung der Stadt Wien betreffen. Bei Bedarf wird auf die zuständigen Fachdienststellen oder spezielle Beratungsmöglichkeiten hingewiesen. Bei den Anfragen konnte ein gesteigertes Interesse an kulturellen Aktivitäten festgestellt werden.

Auch die Betreuung ausländischer Wien-Besucher nimmt einen größeren Stellenwert als früher ein, daher werden im Sommer teilweise Ferialpraktikant/innen eingesetzt.

Weiters wurden 604 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses durchgeführt und dabei insgesamt 19.007 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses nähergebracht.

Der Informationsstand des „Wiener Ferienspiels“, der Vorverkaufskiosk des „Wiener Musiksommer-Klangbogen“ sowie die ständig wechselnden Ankündigungsplakate und Prospektmaterialien runden das Angebot in der Friedrich-Schmidt-Halle ab.

Wie in den Vorjahren wurde der Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme aufgelegt. Kostenlose Zählkarten wurden für einige Jugendfußballveranstaltungen, ein Seniorenquiz und eine große Faschingsveranstaltung ausgegeben. Die Aktion „Billiger Parken“, die Einführung der Kurzparkzone in der Inneren Stadt sowie saisonale Aktivitäten wie Ball-, Advent- bzw. Weihnachtsveranstaltungen sorgten ebenfalls für reges Interesse bei der Bevölkerung.

## Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Dem breiten Spektrum der Wasserrechtsangelegenheiten waren 1.913 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter befanden sich 116 Ansuchen um Bewilligung einer Grundwasserentnahme, aber auch 48 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilten sich unter anderem auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 196 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht, im Lagerbuch 69 Erledigungen durchgeführt. Am 31. Dezember 1993 betrug der Stand der in der Evidenz ersichtlichen aufrechten Wasserrechte 2.509. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.248 Bewilligungen verzeichnet.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies gemäß § 31a Wasserrechtsgesetz 1959 wurden 204 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1993 18.624 aufrechte Bewilligungen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 2.829 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 30 Geschäftsstücke auf Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 1.094 auf Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 494 auf Zurücklegung von Schiffspapieren und Kennzeichen sowie Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge und 23 auf Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Sportfahrzeuge. Weiters hatte die Abteilung 158 Anträge auf Zulassung oder Änderung von Zulassungen zur Seeschiffahrt einschließlich der Ausstellung von Seebriefen sowie 45 Zurücklegungen von Seebriefen zu bearbeiten und 13 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen.

729 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 226 Bewerber zugelassen. Bei 12 abgehaltenen Prüfungen wurden 226 Kandidaten geprüft, davon bestanden 197 die Prüfung.

In Wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 319 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

Die Abteilung hat neben ihrer Behörden Tätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die MA 30, 31 und 45 beraten.

An legistischen Arbeiten in diesem Bereich sind die Vorarbeiten für eine Verordnung des Landeshauptmannes betreffend Regelungen für Einleitungen in das Kanalnetz, sogenannte „Indirekteinleiter“, zu nennen.

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 1993 191 Kontrollen in 162 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Die Kontrollen verteilten sich auf 131 Gartenbau- sowie 34 Weinbaubetriebe, 16 bäuerliche Betriebe, einen Gutsbetrieb, 3 genossenschaftliche Betriebe, 4 öffentliche Betriebe und zwei sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Bei den Kontrollen wurden insgesamt 235 Beanstandungen vorgenommen. Zur Abstellung der festgestellten Mängel und sicherheitstechnischen Gefahren wurden 111 Aufträge erteilt.

Zur Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion an 44 baubehördlichen Genehmigungsverfahren teilgenommen und 28 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen zwei schriftliche Gutachten abgegeben.

In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung erfolgte die Kontrolle von 24 Lehrbetrieben sowie die Teilnahme an 12 kommissionellen Überprüfungen im Rahmen der Neuanerkennung von Lehrbetrieben und Lehrberechtigten.

Die Arbeiten am Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Sicherheitskennzeichnung an land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätzen wurden Ende des Jahres 1992 abgeschlossen. Die Verordnung wurde nach dem Beschluß durch die Wiener Landesregierung im LGBl. für Wien Nr. 28/1993 kundgemacht.

Die Arbeiten am Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Landarbeitsordnung 1990 und die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992 geändert werden, wurden im Herbst 1993 abgeschlossen. Diese Novelle wurde durch den Landtag am 17. Dezember 1993 beschlossen.

Weiters hat der Bundesgesetzgeber mit dem Bundesgesetz, mit dem das Landarbeitsgesetz 1984 geändert wird, BGBl. Nr. 500/1993, und der Beschäftigungssicherungsnovelle 1993, BGBl. Nr. 502, nochmals die für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert, was eine neuerliche Anpassung der Wiener Landarbeitsordnung 1990 erfordert. So wurden im Herbst 1993 die Vorarbeiten am Entwurf einer Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung 1990 abgeschlossen und ein internes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Ende Dezember 1993 wurde der Entwurf zur externen Begutachtung ausgesendet.

Die Arbeiten am Entwurf einer neuen Verordnung über die Einigungskommission und die Obereinigungskommission, die auch die land- und forstwirtschaftliche Schlichtungsstelle miteinbeziehen wird, sind nach wie vor im Gange.

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Arbeitsrechtlichen Begleitgesetz – ArbBG, BGBl. Nr. 833/1992, unter anderem die für die Regelung der Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert.

Anfang des Jahres 1993 wurden die Vorarbeiten am Entwurf einer Novelle des Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetzes aufgenommen und sodann ein externes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Im Herbst 1993 wurden die Arbeiten der gegenständlichen Novelle abgeschlossen und diese sodann durch den Landtag am 19. November 1993 beschlossen.

Mit Beschluß der Landesregierung vom 12. Jänner 1993, Pr.Z. 4492/92, wurde ein neuer Stellvertreter des Vorsitzenden der Einigungskommission bestellt.

Das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission wurde im Jänner 1993 beendet. Die Bestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Kommission ist sodann mit Beschluß der Landesregierung vom 2. Februar 1993, Pr.Z. 0340/93, erfolgt.

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden 1993 189 Gutachten für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben. Davon entfielen 63 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 12 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 33 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland – ländliches Gebiet, 20 auf Grundabteilungen in diesen Gebieten, 39 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 8 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 14 auf Gutachten zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen. Für die Befundaufnahme dieser Gutachten waren 195 Ortserhebungen bzw. Lokalausweise und 17 Besprechungen erforderlich. Weiters wirkte die Abteilung am Aufbau des Wiener Rebflächenverzeichnisses zur Erfassung der Wiener Weingartenflächen bzw. Weinbaubetriebe mit.

Bei der bei der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz fielen 1993 20 Geschäftsstücke an, die im wesentlichen die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom im Amt eingerichteten agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet.

Die Abteilung hat für die am 7. März 1993 abgehaltene Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der Wiener Landwirtschaftskammer die Bürogeschäfte der Landeswahlbehörde geführt und auch einen großen Teil der Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Dabei waren innerhalb kurzer Zeit rund 210 Eintragungs- und Streichungsbegehren im Zuge des Reklamationsverfahrens zu bearbeiten und zu erledigen.

So wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlich für Nuttschweine und die halbjährlichen für Geflügel ausgearbeitet.

Weiters wurden verschiedene Tarifregulierungen im Bereich des Veterinärwesens sowie des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx vorbereitet, die in der Verordnung des Landeshauptmannes über tierärztliche Untersuchungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 72/1993, und in der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien, mit der die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien über tierärztliche Untersuchungsgebühren geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 54/1993, sowie im Entgelttarif für die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen sowie die Inanspruchnahme des städtischen Markthelferpersonals in St. Marx, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 3/1994, ihren Niederschlag gefunden haben.

Im Zuge der EWR-Rechtsanpassung wurden zudem eine Novellierung des Gesetzes über die Körung und Haltung von Vartieren zur Zucht (Tierzuchtförderungsgesetz) und die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Durchführung des Tierzuchtförderungsgesetzes (Tierzuchtförderungsverordnung) erforderlich. Die diesbezüglichen legislativen Arbeiten sind im Gange.

Mit Verordnung, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 30/1993, wurde die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Wutkrankheit im 21. Bezirk aufgehoben, da die Tollwutgefahr in diesem Bezirk mittlerweile gebannt wurde.

Mit Verordnungen des Landeshauptmannes, LGBl. für Wien Nr. 39/1993, Nr. 40/1993 und Nr. 41/1993, wurden periodische Untersuchungen von Rinderbeständen auf Rinderleukose, auf Brucellose (Abortus Bang) und auf infektiöse Bovine Rhinotracheitis und infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV) angeordnet.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1993 36 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18.214 ha, wobei auf einer Fläche von 5.150 ha die Jagd ruht.

In Wien bestehen derzeit 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.153,25 ha.

In Entsprechung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft sind diesbezügliche legislative Arbeiten im Gange. Weiters wurde eine Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Intensivhaltung von Hühnern ausgearbeitet. Die legislativen Arbeiten sind weitgehend abgeschlossen, mit der Vorlage der Verordnung an die Landesregierung ist in nächster Zeit zu rechnen.

Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend die Benützung von Grünanlagen (Grünanlagenverordnung) wurde fertiggestellt, genehmigt und im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 19/1993 verlautbart.



*Amtsführender Stadtrat für Umwelt und Sport, Dr. Michael Häupl, mit Bürgermeister Zilk bei der Grundsteinlegung für die Donaustädter Eisballe*

Foto: Votava/PID

*Der neugestaltete Hermann-Gmeiner-Park hinter der Börse*

Foto: Hutterer/PID





*Baumpflanzung auf dem Europaplatz*

Foto: Hutterer/PID

1993 fielen insgesamt 6.661 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 6.623 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 20 Agenden der Agrarbehörde, 4 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 11 administrative Berufungen, 3 betrafen Unfälle land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer.

## Feuerwehr und Katastrophenschutz

Hatte man geglaubt, im Jahre 1992 einen absoluten Einsatzrekord erreicht zu haben, brachte das Jahr 1993 eine weitere Steigerung bei den Einsätzen um 1,4 Prozent. 31.694 Einsätze brachten einen neuen Rekord in der 300jährigen Geschichte der Wiener Berufsfeuerwehr. Wie schon in den Vorjahren war zu bemerken, daß es auch 1993 zu keinerlei erhöhter Einsatzfähigkeit durch extreme Wetterbedingungen oder andere Naturereignisse gab. Für die Feuerwehr aus dem üblichen Einsatzgeschehen herausragend war ein Zimmerbrand im 3. Bezirk am Rennweg, bei dem zwei Feuerwehrbeamte während ihrer Einsatzfähigkeit lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Spektakulär für die Wiener Bevölkerung war ein Einsatz zu Ende des Jahres in der Fußgängerpassage Burgring–Babenbergerstraße, in der eine Ausstellungsvitrine in Brand geriet. Die Rauchwolken waren weithin sichtbar und der gesamte Verkehr in diesem Bereich mußte für einige Zeit gesperrt werden.

Die angeführten Einsätze zeigen, wie wichtig für den einzelnen Feuerwehrmann gute und fundierte Ausbildung ist. 1993 wurde aus diesem Grund nicht nur die Ausbildung der jungen Feuerwehrmänner verstärkt, sondern auch besonderes Augenmerk auf die Weiterbildung jener Feuerwehrbeamten gelegt, die bereits alle Kurse und Schulungen absolviert haben. Erstmals gab es Kurse für angehende Wach- und Zugskommandanten, bei denen nicht nur auf reines Feuerwehrwissen Wert gelegt wurde, sondern großes Augenmerk darauf, daß das erworbene Wissen und die Einsatzerfahrung an die jüngeren Kollegen weitergegeben wird. Unter anderem wurden bei diesen Seminaren die Themen im Bereich Methodik und Didaktik im Ausbildungswesen, Grundzüge der Gruppenarbeit sowie Vortragstechnik behandelt. Auf Grund der Tatsache, daß durch immer sicherer werdende Fahrzeuge – Ausrüstung mit Seitenaufprallschutz, Airbag – die Bergung von Verletzten aus Kraftfahrzeugen nach Unfällen immer aufwendiger und schwieriger wird, wurde im Bereich der Feuerwache „Landstraße“ (direkt unter der Süd-Ost-Tangente gelegen) ein Fortbildungsschwerpunkt „Verkehrsunfall“ eingerichtet. Die besondere Zielrichtung dieses Ausbildungsteiles war es, das rasche und effiziente Arbeiten mit den auf den Löschfahrzeugen mitgeführten hydraulischen Rettungsgeräten an Autos moderner Bauart zu trainieren. Dem Umstand, daß diese Tätigkeiten auch körperliche und geistige Fitneß voraussetzen, wurde dadurch Rechnung getragen, daß erstmals auch eine Ausbildung von Sportberatern durchgeführt wurde. Ziel dieser Ausbildung war, den auf den Wachen gepflegten Dienstsport nach neuesten Erkenntnissen der Leistungsdiagnostik durchführen zu können. Um den gestiegenen Anforderungen des Einsatzdienstes und der damit verbundenen Steigerung des Streßpotentials entgegenwirken zu können, wurde 1993 ein Konzept für Streßabbauprogramme speziell für die Erfordernisse im Feuerwehrdienst entwickelt. Diese Programme sollen neben der für Einsätze notwendigen körperlichen Fitneß auch mentale Fitneß bringen.

Für die Feuerwehren ist es wichtig, auch im Bereich des Fahrzeugwesens und der Ausrüstung mit den gestiegenen Anforderungen Schritt zu halten. So konnte der Stand der modernsten Löschfahrzeuge mit dem Ankauf von 4 Bergelöschfahrzeugen auf 34 erhöht werden. Weiters wurde der Prototyp eines Universallöschfahrzeuges in Dienst gestellt. Die hervorstechendsten Merkmale dieses Fahrzeuges sind, neben der Pulverlöschanlage, ein Werfer am Dach der Mannschaftskabine, der ferngesteuert werden kann. Das Fahrzeug verfügt über modernste Pumpentechnik und Pumpensteuerung, so daß der Druck automatisch konstant gehalten wird. Für ein rasches Eingreifen der Löschmannschaften sorgen in den Rückenlehnen untergebrachte Atemschutzgeräte. Im Einsatzfall steigt der Atemschutztrupp mit bereits umgeschnallten Geräten aus dem Fahrzeug. Auch auf dem Sektor der Drehleiter wurde aufgerüstet. Eine computergesteuerte Magirus-Drehleiter mit einer Rettungshöhe von 30 m und einem stülpbaren Korb ersetzte ein bereits 22 Jahre altes Gerät. Das Fahrpersonal wurde in einem 5tägigen Lehrgang im Herstellerwerk auf diesem Fahrzeug ausgebildet.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Probleme, rasch und zu jeder Zeit einen Radlader für Hauseinstürze, Brände von Strohhäusern oder ähnliches zu bekommen. Seit dem Jahr 1993 verfügt die Wiener Feuerwehr über einen eigenen Radlader, der auf einem Tieflader bereitgestellt ist. Damit ist gewährleistet, daß im Bedarfsfall ein Radlader binnen kürzester Zeit an einer Einsatzstelle zur Verfügung steht.

Bei Bränden und Schadstoffeinsätzen ist ein hohes Maß an Körperschutz notwendig. Um für Großeinsätze – ähnlich dem Hofburgbrand – gerüstet zu sein, wurde ein Wechsellader „Atemschutz“ konzipiert und im Jahr 1993 in Dienst gestellt. Mit diesem Wechsellader können Preßluftflaschen vor Ort gefüllt werden und sofort wieder zum Einsatz kommen. Auch im Atemschutzwesen selbst ist im Jahr 1993 ein großer Schritt in die Zukunft gemacht worden. Nach jahrzehntelanger Verwendung wurden sämtliche Preßluftatmer des Typs 37 durch modernste Einfläschengeräte des Typs PA 80 ersetzt. Gleichzeitig wurden sämtliche Geräte und Masken auf ein Überdrucksystem umgestellt. Dadurch, daß über spezielle Ventile unter der Atemschutzmaske immer geringer Überdruck erzeugt wird, ist es ausgeschlossen, daß Schadstoffe (Rauch, Säuredämpfe und ähnliches) in die Maske eindringen. Da aber derartige Geräte einen hohen Wartungsaufwand haben und damit auch weiterhin klaglos gewartet und überprüft werden können, wurde für die Atemschutzwerkstätte auch ein zeitgemäßes Prüfgerät für Atemschutzgeräte mit EDV-Unterstützung angekauft. Auf Grund der rasanten Entwicklung im Elektronikbereich und der weiter steigenden Zahl von Einsätzen

war es erforderlich, die Funktionen der Alarmerungseinrichtungen an die aktuellen Erfordernisse anzupassen. Zum einen wurden modernste Handfunkgeräte angeschafft, zum anderen wurden für die Datenübertragung speziell für Schadstoffeinsätze (in Verbindung mit der Gefahrgutdatenbank) mobile Fax-Geräte für die Kommandofahrzeuge angekauft. Damit sind im Zusammenwirken mit Funktelefon und Funk die Kommunikationsmöglichkeiten entscheidend verbessert worden. Um bei Großeinsätzen die Einsatzleitung vor Ort unterstützen zu können, sind Planungsarbeiten für ein neues Leitstellenfahrzeug begonnen worden. Über Funk oder Funktelefon sollen auch mobile Computer am Einsatzleitreechner der Nachrichtenzentrale betrieben werden können. Durch neue Werkstoffe, Produktions- und Lagermethoden und den daraus resultierenden neuen Produkten und Gefahren ist es notwendig geworden, im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes entsprechende Richtlinien auszuarbeiten, die zum einen die Brandentstehung verhindern sollen; andererseits sollen für den Brandfall Vorkehrungen getroffen werden, die das Eingreifen der Feuerwehr erleichtern. Von der Feuerwehr wurde an Richtlinien für das baubehördliche Bewilligungsverfahren von Verkaufsstätten, den Betriebsbrandschutz in Verkaufsstätten, aber auch für Brandrauchentlüftungsanlagen mitgearbeitet. Durch die vielen Schulneubauten war es notwendig, in Zusammenarbeit mit der MA 35B Richtlinien für den vorbeugenden Brandschutz zu erarbeiten. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Erstellung von Richtlinien für mechanische Garagen. Infolge des Hofburgbrandes kam es zu überproportional vielen Beratungen von Verwaltungsstellen und Nutzern öffentlicher, insbesondere historischer Gebäude. Gemeinsam mit der Bundesbaudirektion wurden brandschutztechnische Verbesserungskonzepte erstellt. Im Jahre 1991 wurde auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses mit der Planung der neuen Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ begonnen, im Jahre 1993 wurde nach umfangreichen Planungen und der daraus resultierenden Ausschreibung der Bauauftrag mit einer Gesamtsumme von 740 Millionen Schilling vergeben. Die Bauarbeiten begannen am 3. November 1993 und sollen nach einer Bauzeit von 33 Monaten abgeschlossen sein. Ab diesem Zeitpunkt steht im nördlichen Teil Wiens die modernste Feuerwache Europas für Einsätze bereit. Es wird aber nicht nur eine Feuerwache, sondern auch eine Werkstätte für Feuerwehrfahrzeuge und ein modernes Ausbildungs- und Trainingszentrum entstehen. Im folgenden sollen Kurzberichte über die spektakulärsten bzw. gefährlichsten Einsätze der Feuerwehr gegeben werden:

Aus menschlichem Versagen war es am 18. Februar auf der Westbahn zwischen den Bahnhöfen Penzing und Wien-Hütteldorf zu einem Frontalzusammenstoß zwischen zwei Zügen gekommen. Der Führerstand der einen Lokomotive war eingedrückt, der verletzte und unter Schock stehende Lokführer konnte sich jedoch aus eigener Kraft in Sicherheit bringen. Der Führerstand der Schnellbahngarnitur war völlig zertrümmert. In den Wrackteilen waren zwei Personen eingeklemmt, bei denen nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Im vordersten Fahrgastraum dieser Garnitur wurde noch eine Person tot vorgefunden. Von der Feuerwehr wurden die beiden Toten mittels Trennschleifern aus den Trümmern herausgeschnitten und die Leichen an die Bestattung übergeben. Weiters wurde die Unfallstelle nach weiteren Verletzten abgesucht. Alle weiteren Maßnahmen wurden durch Arbeitstrupps der Österreichischen Bundesbahn durchgeführt.

Beim Einbiegen von der Autobahnabfahrt St. Marx in 3, Franzosengraben 13, war am 9. März ein Lkw, der im Aufbau in drei Geschoßen insgesamt 90 Schweine transportierte, umgestürzt. Dabei wurden auch drei Pkw schwer beschädigt. Nachdem durch gewaltsames Entfernen der Ladebordwand ein Großteil der Schweine befreit werden konnten, wurden sie unter fachkundiger Leitung eines Tierarztes des nahen Schlachthofes in einen von der Feuerwehr gestellten Wechsellaufbau getrieben. Anschließend wurde der verunfallte Lkw mit einem Kran aufgestellt und in den Schlachthof St. Marx gebracht. Hier wurden jene Tiere abgeladen, die bei dem Unfall getötet worden waren. Die am Unfallort verbliebenen Feuerwehrkräfte reinigten die Fahrbahn von Motor- und Hydrauliköl.

Bei Renovierungsarbeiten auf dem Dach des Hauses 17, Redtenbachergasse 81, waren am 26. Mai Isoliermaterial sowie die hölzerne Dacheindeckung in Brand geraten. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr hatte sich der Brand über mehrere Schächte in drei darunterliegende Stockwerke ausgebreitet. Bei Ankunft der ersten Löschkräfte kam es zu einem Zerknall einer 33 kg Propangasflasche, wodurch es auch zum Zerbersten von mehreren Auslagen- und Fensterscheiben in den Häusern der Umgebung kam. Bei Beginn der Löscharbeiten kam es zu einem weiteren Zerknall einer Propangasflasche, wobei die Metallteile bis zum 150 m weit geschleudert wurden. Durch den massiven Einsatz der Feuerwehr ist es gelungen, weitere vier Gasflaschen vor dem Zerbersten zu bergen. Der Brand wurde mit drei Rohren und einem Wendestrahrohr über eine Drehleiter unter Atemschutz gelöscht. Da durch den Explosionsdruck die umliegenden Gebäude beschädigt waren, mußten die umliegenden Gassen für über eine Stunde gesperrt werden. Der Einsatz dauerte bis in die frühen Nachtstunden.

Nach einem Banküberfall am 14. Juni hatte sich ein Räuber in einem Kindermodengeschäft in 19, Döblinger Hauptstraße 67, verschanzt. Im Zuge eines Schußwechsels mit der Polizei geriet das Geschäft in Brand. Nachdem die Polizei das Lokal gestürmt und den Täter überwältigt hatte, wurde der Brand mit einem Rohr Tankwasser gelöscht. Der Einsatz erregte schon auf Grund seiner Vorgeschichte großes Aufsehen. Über die Zeit des Polizei- und Feuerwehreinsatzes war die Döblinger Hauptstraße für jeden Verkehr gesperrt.

Bei Baggerarbeiten im Hof der öffentlichen Hauptschule in 2, Max-Winter-Platz 2, war es am 18. August zu einer starken Geruchsbelästigung gekommen. Da die Ursache für diese Belästigung nicht sofort festgestellt werden konnte und bei den Arbeiten auch Kriegsrelikte gefunden wurden, wurden die Arbeiten sofort unterbrochen. Der Baggerfahrer wurde mit Atembeschwerden und Kopfschmerzen an die Rettung übergeben. Anschließend Untersuchungen ergaben, daß militärische Kampfstoffe als Ursache ausgeschlossen werden konnten. Im Zuge der Untersuchungen wur-

den Glasbehälter, die mit einer unbekanntem Flüssigkeit gefüllt waren, sichergestellt und einer weiteren Analyse durch einen Chemiker zugeführt. Ein derartiger zerbrochener Glasbehälter dürfte die Ursache der Geruchsbelästigung gewesen sein. Der Einsatz dauerte den ganzen Vormittag.

Vermutlich durch Brandlegung war es am 31. August im Großkeller der Wohnhausanlage in 2, Handelskai 214, zu einem Brand gekommen, wodurch eine Verrauchung im gesamten Block entstand. Aus diesem Grunde mußten sämtliche Bewohner der Stiegen 17, 18 und 19 evakuiert werden. Darunter befanden sich zwei Rollstuhlfahrer sowie ein geistig behindertes Mädchen. Die evakuierten Bewohner wurden in Bussen der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe untergebracht. Eine auf Stiege 19 wohnhafte Herzpatientin wurde unter ärztlicher Betreuung und unter Aufsicht der Feuerwehr in ihrer Wohnung belassen. Der Brand selbst wurde mit zwei Rohren unter Atemschutz gelöscht. Die Aufräumarbeiten dauerten bis in die Nachmittagsstunden.

Wie Erhebungen der Polizei ergaben, hatte ein Angehöriger der Lackfabrik in 21, Artemsgasse, am 17. September im Kartonagenlager der Firma einen Brand gelegt. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand eine in der Mitte der Betriebsanlage gelegene Halle in Vollbrand. Auf Grund der Situation wurde Alarmstufe zwei und in weiterer Folge Alarmstufe drei ausgelöst. Da bekannt war, daß sich keine Arbeiter mehr im Gefährdungsbereich aufhielten, konnte sofort mit den Löscharbeiten angefangen werden. Es wurde ein umfassender Löschangriff durchgeführt, wobei besonders auf ein Lager mit Spraydosen geachtet werden mußte. Da die Rauchentwicklung weithin sichtbar und die Einsatzstelle in unmittelbarer Nähe der U-Bahn-Station Zentrum Kagran gelegen war, erschienen auch zahlreiche Schaulustige. Durch die Lage des Brandherdes waren Nachlös- und Aufräumarbeiten bis in die Nachmittagsstunden des folgenden Tages erforderlich.

Über Ersuchen der Polizei wurde am 5. November in 22, Moissiggasse, die Suche nach zwei flüchtigen Mördern mit zwei Drehleitern der Feuerwehr unterstützt. Dazu wurden die Fahrer der Drehleitern mit schuhsicheren Westen ausgerüstet und die Arbeitskörbe der Leitern mit je zwei Beamten der Alarmabteilung besetzt. Anschließend wurden die Dachflächen der umliegenden Häusern nach den Verbrechern abgesucht. Der Einsatz dauerte bis nach Mitternacht.

Vermutlich hatte im Krankenhaus Lainz am 7. November eine Patientin im Bett eine Zigarette geraucht. Dadurch war das Bettzeug wie auch die Matratze des Sicherheitsbettes in Brand geraten, der Brand hatte auch auf das angrenzende Nachtkästchen übergegriffen. Im selben Zimmer befanden sich noch fünf weitere bettlägrige Patienten, die auf Grund ihrer körperlichen Verfassung nicht in der Lage waren, zeitgerecht Hilfe herbeizurufen. Das Pflegepersonal wurde durch laute Hilferufe und Brandgeruch auf das Ereignis aufmerksam und leitete sofort Evakuierungs- und erste Löscharbeiten ein. Dadurch war der Brand beim Eintreffen der Feuerwehr bereits lokalisiert und die Patienten des Zimmers in Sicherheit. Die Patientin, die im Sicherheitsbett lag, war durch die Brandeinwirkung verstorben. Das Zimmer und die angrenzenden Gänge wurden mittels Ringlüfter belüftet.

Bei Ankunft der Feuerwehr stand am 22. Dezember eine im Erdgeschoß gelegene Wohnung des Hauses in 3, Rennweg 93, in Vollbrand. Es wurde sofort mit Löscharbeiten begonnen. Gleichzeitig drangen zwei Feuerwehrbeamte in den ersten Stock, um die in den darüberliegenden Wohnungen anwesenden Mieter zu warnen. Durch eine schlagartige Brandausbreitung im Bereich des Stiegenhauses war den Feuerwehrmännern der Weg abgeschnitten. Ein Beamter sprang vom ersten Stock in den Hof und erlitt dabei Brüche beider Beine sowie in Bereichen der Wirbelsäule. Der zweite wurde bewußtlos und blieb im Stiegenhaus liegen. Er erlitt schwere Verbrennungen im Bereich des Rückens und der Lunge. Er wurde von einem weiteren Atemschutztrupp gerettet und dem Rettungsarzt übergeben. Der Brand wurde im umfassenden Angriff mit zwei Rohren gelöscht. Im Zuge der Löscharbeiten mußten fünf Hausbewohner evakuiert werden. Durch den Einsatz der beiden verletzten Feuerwehrmänner wurden Wohnparteien gerettet.